EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1992

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

3.93 5000 20 U 11218

Inhaltsübersicht

	Seite
Deutsche Fassung	5
Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)	93
Französische Fassung	193

Sommaire

Version allemande	5
Listes (Institutions de révision et fonds de placement)	93
Version française	193

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungen 9

Bankenkommission und Sekretariat 10

I. Einleitung 11

II. Wesentliches in Kürze 12

III. Wirtschaftliches Umfeld / Aktuelle Probleme der Banken 13

1. Rezessive Wirtschaftslage 13
2. Immobilienmarkt 13
3. Probleme bei der Refinanzierung 14
4. Auswirkungen auf die Banken 15

IV. Aufsicht über die Banken 16

1. Gesetzgebung 16
   1.1 Revision des Bankengesetzes 16
      1.1.1 Einleitung 16
      1.1.2 Geltungsbereich 17
      1.1.3 Einheitslizenz 18
      1.1.4 Bewilligungsvoraussetzungen 19
      1.1.5 Beziehungen zur Nationalbank 21
      1.1.6 Konsolidierte Aufsicht 22
      1.1.7 Internationale Zusammenarbeit 23
      1.1.8 Eigenmittel 25
   1.2 Verhältnis zwischen revidiertem Aktienrecht und Bankengesetz 26
   1.3 Aufgaben der Aufsichtsbehörden nach dem Entwurf Börsengesetz 27

2. Rundschreiben 28
   2.1 Bewilligungs- und Meldepflichten 28
   2.2 Frühinformation 29
   2.3 Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten 30

2.4 Länderrisiken 32
2.5 Eigenmittelerleichterung 33
2.6 Aufhebung des Rundschreibens 91/1 «Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten / Verbot der VSB-Formulare B» vom 25. April 1991 34
2.7 Neue Rundschreibensammlung 34

3. Praxis der Aufsichtsbehörde 35
3.1 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit 35
3.1.1 Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken 35
3.1.2 Ausstellung unrichtiger Bescheinigungen 36
3.1.3 Geldwäscherei 37
3.1.4 Rothschild Bank AG 38
3.2 Ausländisch beherrschte Banken 39
3.2.1 Liste Gegenrecht bietender Staaten 39
3.2.2 Japan und Südkorea 39
3.2.3 Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Niederlassung Zürich / Gründung der Russischen Kommerz Bank AG 41
3.2.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI) / Banque de Commerce et de Placements S.A. (BCP) 42
3.2.5 Konsolidierte Aufsicht über amerikanische Broker-Dealer 44
3.3 Eigenmittel 44
3.3.1 Berner Kantonalbank 44
3.3.2 Solothurner Kantonalbank 46
3.3.3 SKA/CS Holding 46
3.3.4 Eigenmittel für «andere Liegenschaften» 47
3.3.5 Gemeindegarantien 48
3.3.6 Abzug zugunsten der Kantonalbanken 48
3.3.7 Eigenmittelunterlegung für Marktrisiken 50
3.4 Rechnungslegung 51
3.4.1 Totalrevision der Gliederungsvorschriften 51
3.4.2 Auslegung des Rundschreibens «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» 52
3.4.3 Neupublikation der Jahresrechnung 54

3.5 Revisionswesen 55
3.5.1 Unabhängigkeit der Revisionsstellen 55
3.5.2 Verwertung von Hypothekarkrediten 56
3.5.3 Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds 56
3.6 Kantonalbanken 56
3.6.1 Externe Revisionsstellen 57
3.6.2 Aufsicht über die Kantonalbanken 57
3.7 Raiffeisenbanken 59
3.8 Spar- und Leihkasse Thun 59

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden 61
4.1 Behörden des Bundes 61
4.2 Nationalbank 62
4.3 Verbände 63

5. Internationale Angelegenheiten 64
5.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 64
5.2 Europäische Gemeinschaft 65
5.3 International Organization of Securities Commissions (IOSCO) 66
5.4 Dreiländer-Treffen 67
5.5 Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) 68

6. Behandelte Geschäfte (Statistik) 69
6.1 Sitzungen 69
6.2 Verfügungen 70
6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen 70

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften 71
7.1 Bestand Ende 1992 71
7.2 Erteilte Bewilligungen 72
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit 73

V. Aufsicht über die Anlagefonds 77

1. Revision des Anlagefondsgesetzes 77

2. Praxis der Aufsichtsbehörde 80
2.1 Immobilienanlagefonds 80
2.1.1 Verkehrswertschätzung von Immobilien 80

2.1.2 Begehren um Erlass aufsichtsrechtlicher Massnahmen 82
2.1.3 Europrogramme 83
2.1.4 UTO-Immobilienfonds 83
2.2 Wertschriftenanlagefonds 84
2.2.1 Rundschreiben Nr. 20 über die Wertpapierleihe 84
2.2.2 Entmaterialisierung der Anteilscheine von Anlagefonds 85
2.2.3 Ausländische Anlagefonds mit schweizerischem «Investment Manager» 86
2.2.4 Zulässigkeit von performanceabhängigen Verwaltungskommissionen 86
2.2.5 Abschreibungen auf Bergwerksaktien 87
3. Behandelte Geschäfte 88
4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1992 88

VI. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 90

VII. Interna 91
1. Bankenkommission 91
2. Sekretariat 91
3. Rechnung 91
4. Organigramm 92

Verzeichnisse 93

Anerkannte Revisionsstellen
- für Banken und Anlagefonds
- nur für Anlagefonds

Schweizerische Anlagefonds

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidg. Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
EBankG	Entwurf zur Revision des Bankengesetzes im Rahmen des Eurolexverfahrens
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidg. Bankenkommission (SR 952.721)
VSB 92	Vereinbarung vom 1. Juli 1992 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich

Vizepräsident

Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel

Mitglieder

Prof. Dr. rer. pol. Bruno Gehrig, Winterthur
Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich
Flavio Pedrazzoli, Lugano
Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen
Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr. iur. Kurt Hauri, Direktor
Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor, Rechtsdienst
Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen und Anlagefonds
Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat
Max Nydegger, Zentrale Dienste

Adresse

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031/61 69 11, Telefax 031/61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission beaufsichtigt drei Bereiche des Finanzsektors. Die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG) sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen. Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1992 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Sommer 1993 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1992» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (1992: EBK-Bulletin 22).

II. Wesentliches in Kürze

Im Berichtsjahr setzte sich die Strukturbereinigung im Bereich der Regionalbanken verstärkt fort. Einerseits mussten zahlreiche Institute infolge ihres massiv gestiegenen Wertberichtigungsbedarfs Anlehnung an eine Grossbank, eine Kantonalbank oder an eine andere Regionalbank suchen. Andererseits gab es auch Institute, welche sich freiwillig und im Sinne einer zukunftsgerichteten Strategie zusammenschlossen. Erfreulicherweise sind in keinem einzelnen Fall Kunden zu Schaden gekommen.

Trotz dem Scheitern des EWR-Abkommens in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 befürwortet die Bankenkommission die Übernahme der im Eurolex-Paket enthaltenen Vorschläge zur Anpassung des Bankengesetzes an die einschlägigen EG-Richtlinien. Wichtigstes Postulat ist aus der Sicht der Aufsichtsbehörde die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden, welche heute nötiger ist denn je.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt fünf neue Rundschreiben erlassen. Nebst der wesentlichen Verbesserung der rechtzeitigen Information der Aufsichtsbehörde mit Bank-Kenndaten wurden sowohl im Bereich der Klumpenrisiken als auch bei den Länderrisiken und in bezug auf bankeigene, jedoch betriebsfremde Liegenschaften neue und teilweise für die Banken vorteilhaftere Regelungen in Kraft gesetzt.

Die Bankenkommission begrüsst den im Dezember 1992 verabschiedeten Entwurf zum revidierten Bundesgesetz über die Anlagefonds. Der Revisionsentwurf gewährleistet nicht nur eine modernere Konzeption des Anlegerschutzes, sondern sollte auch die Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität der schweizerischen Kollektivvermögen wiederherstellen.

Bei einem Immobilienfonds stellte die Aufsichtsbehörde aufgrund einer von ihr angeordneten Neuschätzung fest, dass die Fondsleitung die Liegenschaften massiv unterbewertet hatte. Inzwischen musste auch in einem zweiten Fall eine Überprüfung der Verkehrswerte angeordnet werden. Sonst aber hat ein genereller Vergleich zahlreicher, in den Jahren 1990 und 1991 verkaufter Immobilien mit deren letztem Schätzwert ergeben, dass die Verkehrswertschätzungen durchwegs markt- und damit gesetzeskonform gewesen sind.

III. Wirtschaftliches Umfeld / Aktuelle Probleme der Banken

1. Rezessive Wirtschaftslage

In ihrem letzten Jahresbericht hatte die Bankenkommission darauf hingewiesen, dass das gesamtwirtschaftliche Geschehen und die sich abzeichnende Rezession in der Schweiz vereinzelt auch für die Bankenbranche Schwierigkeiten mit sich brachten (Jahresbericht 1991 S. 14 ff.). Die rezessive Tendenz hat sich im Berichtsjahr bestätigt. Die Wirtschaft ist zur Zeit weltweit in einer Talsohle.

In der Schweiz verursachte die Unsicherheit über den Ausgang der Abstimmung, dem Europäischen Wirtschaftsraum beizutreten, zusätzlich einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten. Eine Mehrzahl von Unternehmen hielt sich mit Investitionen für Projekte in der Schweiz selber bis zum Abstimmungstag am 6. Dezember 1992 zurück. Belebende Impulse für ein Anziehen der Binnenwirtschaft fehlten deshalb weitgehend. Ausdruck der unerfreulichen Wirtschaftslage sind ebenfalls die massiven Defizite der öffentlichen Hand. Auch von dieser Seite konnten deshalb vorübergehend keine nennenswerten Impulse erwartet werden. Ein weiteres Hindernis für Investitionen, die die Wirtschaft wieder ankurbeln könnten, stellen ferner die immer noch hohen Zinssätze dar. Als Lichtblick konnte immerhin gewertet werden, dass sich das Zinsniveau entspannte.

2. Immobilienmarkt

Der Immobilienmarkt war durch die Korrekturen der überhitzten Konjunktur geprägt und deshalb weiterhin stark rückläufig. Damit einher ging ein beträchtlicher Rückgang im Baugewerbe. Nachdem die Investitionen im Bau- und Immobilienbereich traditionell stark von den Banken, namentlich von den Kantonal- und Regionalbanken, finanziert werden und die Hypothekarverschuldung in der Schweiz sehr hoch ist, wirkt sich der generell schlechte Zustand dieses Bereiches stark auf die Bankbranche aus.

Namentlich jene Banken, die im Hypothekargeschäft die klassischen Belehnungsgrundsätze missachteten, einer kongruenten Refinanzierung und einem gesunden Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital zu wenig Beachtung schenkten sowie die belehnten Liegenschaften zu wenig gründlich überprüften, sehen sich heute

angesichts der stark gesunkenen Verkehrswerte der Immobilien einem massiven Wertberichtigungsbedarf gegenüber. Die Banken waren, anders als im Vorjahr, nicht mehr bereit oder in der Lage, Liegenschaften unbeschränkt in den Eigenbestand zu übernehmen, um gefährdete Kredite zu retten. Nachdem bereits in der Vorperiode teilweise hohe Wertberichtigungen erforderlich waren, erreichten erneut einige Banken die Grenzen des für sie Verkraftbaren. Hypothekarschulden, die nicht mehr verzinst wurden, wirkten sich zusätzlich belastend aus. Die entsprechenden Darlehen wurden zu ertragslosen Aktiven.

Die meisten der im Berichtsjahr vollzogenenen Fusionen und die Anlehnungen von problembelasteten Banken an stärkere Institute gründeten denn auch in der Regel in einem nicht mehr tragbaren Wertberichtigungsbedarf auf hypothekarisch gesicherten Ausleihungen. Neben anderen können beispielsweise die Übernahme der EKO Hypothekar- und Handelsbank Olten durch die Schweizerische Kreditanstalt, diejenige der Ersparniskasse des Amtsbezirkes Signau durch die Bank in Langnau oder jene der Bank in Kriegstetten durch die Solothurner Kantonalbank genannt werden. Die Bankenkommission geht davon aus, dass die Strukturbereinigung fortschreiten wird.

3. Probleme bei der Refinanzierung

Das hohe Zinsniveau und ein gesteigertes Bewusstsein der Anleger für höher verzinsliche Anlagen führten zu höheren Refinanzierungskosten für die Banken. Der Zufluss von Kundengeldern aus dem breiten Publikum auf tiefverzinste Sparhefte stagnierte bei manchen Banken erkennbar. Der Trend zur Umschichtung auf einträglichere Anlageformen setzte sich fort. Besonders davon betroffen sind kleinere Institute aus dem Regionalbankensektor, die im Anschluss an die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Problemfälle und Übernahmen gegen einen Vertrauensschwund im Publikum anzukämpfen hatten. Auch institutionelle Investoren hielten sich für Anlagen bei solchen Banken vermehrt zurück oder tätigten solche nur gegen vollumfängliche Sicherstellung oder höhere Zinsen. Auch eine nur vorübergehende Liquiditätsbeschaffung bei der Nationalbank zum hohen Lombardzinssatz zwischen 9 und 11½ % war keine nach-

haltige Lösung der Refinanzierungsprobleme der betroffenen Banken. Die hohen Refinanzierungskosten verengten die Zinsmargen weiter, was sich zusätzlich ungünstig auf die Ertragslage auswirkte.

4. Auswirkungen auf die Banken

Die wirtschaftliche Rückbildung im allgemeinen und namentlich die genannten Probleme hatten wie im Vorjahr im Bankensektor Folgen. Die Strukturbereinigung und die Redimensionierung setzte sich verstärkt fort. Die am stärksten von den Problemen betroffenen Banken wurden von anderen übernommen oder gingen in Fusionen auf. Auf diese Weise reduzierte sich im Berichtsjahr die Zahl der Regionalbanken, die von diesem Prozess am stärksten betroffen sind, von 192 auf 175. Die Bankenkommission hält an ihrer Auffassung fest, dass dieser Prozess unvermeidbar und nicht durch Stützungsmassnahmen aufzuhalten ist. Sie wird gemäss ihrem gesetzlichen Auftrag weiterhin dafür sorgen, dass die Strukturbereinigung möglichst ohne Gläubigerverluste und Schaden für den Bankenplatz Schweiz abläuft. Gemeinsam mit den Banken und deren Verbänden gelang ihr dies bislang. Das entsprechende Instrumentarium wurde erweitert. Um den Banken unter anderem die Übernahme von Liegenschaften aus angeschlagenen grundpfändlich gesicherten Krediten zu erleichtern, hat die Bankenkommission den Eigenmittelunterlegungssatz für die Liegenschaften, die seit dem 1. Januar 1993 erworben werden, von 30% auf 10% gesenkt (vgl. Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 8 BankV; s. auch Ziff. 2.5 S. 33).

IV. Aufsicht über die Banken

1. Gesetzgebung

1.1 Revision des Bankengesetzes

1.1.1 Einleitung

Nach der Unterzeichnung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum durch den Bundesrat arbeitete die Bankenkommission im vergangenen Jahr im Rahmen des Eurolex-Verfahrens zwecks Anpassung des Bankengesetzes eng mit dem Eidg. Finanzdepartement zusammen (vgl. Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, BBl 1992 IV 275 ff. und Zusatzbotschaft II zur EWR-Botschaft, BBl 1992 V 693 ff.). Da das Volk und die Stände das EWR-Abkommen bekanntlich verworfen haben, werden die geplanten Änderungen des Bankengesetzes nicht wie vorgesehen am 1. Januar 1993 in Kraft treten. Die Änderungsvorschläge beschränkten sich auf die Anpassung unseres Rechts an jene Bestimmungen des Gemeinschaftsrechtes, bei denen es keine entsprechende Norm in der schweizerischen Gesetzgebung gibt. Die geplanten Änderungen hätten unser Aufsichtssystem nicht revolutioniert, da die schweizerische Gesetzgebung bereits weitgehend mit dem Acquis übereinstimmt. Die EG-Richtlinien stellen nicht unverhältnismässig hohe Anforderungen, sondern repräsentieren den auf internationaler Ebene weitgehend anerkannten Mindeststandard. Sie orientieren sich stark an den Ideen und Vorstellungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (nachfolgend Basler Ausschuss). Im Unterschied zu den EG-Richtlinien haben die Empfehlungen des Basler Ausschusses keinen völkerrechtlich verbindlichen Charakter. Sie sind weniger detailliert und bezwecken nicht wie EG-Richtlinien die Einführung einer Einheitslizenz und die Harmonisierung der Bewilligungsvoraussetzungen. Vielmehr handelt es sich um bestimmte grundlegende Prinzipien, zu deren Verwirklichung sich die Mitgliedstaaten wie die Schweiz im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten verpflichtet haben.

Vor diesem Hintergrund erachtet es die Bankenkommission für sinnvoll, trotz der Ablehnung des EWR-Abkommens eine Revision der bestehenden Bankengesetzgebung anzustreben. Damit die

Schweiz international weiterhin als zuverlässiger Partner gilt, ist es wichtig, dass sie den unbestrittenen, wenn auch nicht verbindlichen internationalen Empfehlungen angemessen Rechnung trägt und ihr Recht entsprechend ausgestaltet.

So haben bestimmte der vorgesehenen und nachfolgend erläuterten Änderungen, die im Falle der Annahme des EWR-Abkommens in Kraft getreten wären, nichts an Aktualität eingebüsst.

Die nachfolgend zitierten Gesetzesbestimmungen, welche sich auf den Revisionsentwurf des Bankengesetzes beziehen, sind mit der Abkürzung EBankG versehen. Der für die parlamentarische Schlussabstimmung vom 9. Oktober 1992 gültige Text wurde von der Eidg. Druck- und Materialzentrale unter der Nummer 92.057-43 veröffentlicht.

1.1.2 **Geltungsbereich**

Die Erste Bankenrichtlinie 77/780/EWG definiert Kreditinstitute als Unternehmen, deren Tätigkeit darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren. Die Zweite Bankenrichtlinie 89/646/EWG verpflichtet die Mitgliedstaaten, jeder natürlichen Person und jedem Unternehmen, welches nicht ein Kreditinstitut ist, die gewerbsmässige Entgegennahme von Publikumsgeldern zu untersagen.

Das Gemeinschaftsrecht bezweckt nicht die Schaffung eines einheitlichen Bankensystems, sondern vielmehr die Harmonisierung der Bewilligungsvoraussetzungen zur Ausübung einer Banktätigkeit. Daher wäre weder eine Änderung des schweizerischen Bankbegriffes, der in Art. 2a BankV umfassender umschrieben ist als der entsprechende Bankbegriff in der EG-Richtlinie, noch eine Aufnahme der Definition in das Gesetz erforderlich gewesen. Es wäre hingegen nicht mehr möglich gewesen, neben Banken und Nichtbanken einen Drittstatus aufrechtzuerhalten. Das Konzept der den Banken gleichgestellten Finanzgesellschaften nach Art. 1 Abs. 2 BankG, auf welche nur bestimmte Gesetzesartikel anwendbar sind, hätte nicht beibehal-

ten werden können. Denn entweder erfüllen diese Finanzgesellschaften die Bewilligungsvoraussetzungen für die Ausübung einer Banktätigkeit und sind somit Banken, die allen Bestimmungen des Bankengesetzes voll unterstehen, oder sie erfüllen die Bewilligungsvoraussetzungen nicht und können folglich auch nicht als Banken bezeichnet werden.

Dem Status einer bankähnlichen Finanzgesellschaft, welche sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfiehlt (Art. 1 Abs. 2 Bst. a Satz 1 BankG), kommt nur eine geringe praktische Bedeutung zu, gibt es davon doch nur noch deren drei. Die Finanzgesellschaften, auf welche nur Art.7 und 8 BankG anwendbar sind (bankähnliche Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen; Art. 1 Abs. 2 Bst. a Satz 2 BankG), sind keiner Aufsicht durch die Bankenkommission unterstellt. Dieser Status erweckt bedauerlicherweise zuweilen vor allem im Ausland den falschen Eindruck, dass eine solche Aufsicht besteht. Zudem sind die Bestimmungen von Art. 1 Abs. 2 Bst. b und c BankG gegenstandslos geworden, da heute keine Gesellschaft mehr aufgrund dieser Bestimmungen dem Bankengesetz unterworfen ist. Der Streichung von Art. 1 Abs. 2 BankG steht also nichts entgegen.

1.1.3 **Einheitslizenz**

Art. 2 Abs. 3 EBankG sah die Einführung des wichtigen Prinzips der Einheitslizenz vor. Zurzeit muss eine Bank, die in einem Land eine Bewilligung zur Ausübung einer Banktätigkeit besitzt, in jedem anderen Land eine Bewilligung einholen, wenn sie dort eine Zweigniederlassung eröffnen möchte. Das System der Einheitslizenz erlaubt es einer Bank, die vom Herkunftsland bewilligten Tätigkeiten auch in anderen EWR-Staaten auszuüben, sofern diese Tätigkeiten von der im Anhang der Zweiten Bankenrichtlinie aufgeführten Liste erfasst werden. In jenem Anhang werden vierzehn Tätigkeiten umschrieben, bei denen die gegenseitige Anerkennung gilt. Es handelt sich hierbei um die häufigsten Banktätigkeiten (Entgegennahme fremder Gelder, Ausleihungen, Zahlungsverkehr, Emissionsgeschäft usw.). Damit das Prinzip der Einheitslizenz von allen Staaten akzeptiert werden kann,

ist eine Harmonisierung der Bewilligungsvoraussetzungen erforderlich. Um eine Diskriminierung derjenigen Länder zu verhindern, welche das Universalbankensystem nicht kennen und in welchen die Banken die auf der Liste aufgeführten Tätigkeiten nicht direkt ausüben, sondern indirekt über eigens dafür gegründete Tochtergesellschaften, sieht die Zweite Bankenrichtlinie vor, dass bestimmte Finanzinstitute ohne Bankenstatus sich ebenfalls auf die gegenseitige Anerkennung berufen können. Dabei wird allerdings vorausgesetzt, dass diese zu mindestens 90% von einem Kreditinstitut des Herkunftslandes beherrscht werden, dass sie in die konsolidierte Aufsicht des Mutterunternehmens einbezogen sind und dass letzteres solidarisch für die Erfüllung der Verpflichtungen haftet.

Die vorgeschlagene Gesetzesänderung war eng mit einer Teilnahme der Schweiz am EWR verknüpft.

1.1.4 **Bewilligungsvoraussetzungen**

Die bestehenden Bewilligungsvoraussetzungen sollten mit dem Entwurf in verschiedener Hinsicht ergänzt werden, insbesondere durch die Einführung einer Meldepflicht jeder qualifizierten Beteiligung an einer Bank (Art. 3 Abs. 5 und 6 EBankG). Darüber hinaus mussten die Halter solcher qualifizierter Beteiligungen gewährleisten, dass sich ihr Einfluss nicht zum Schaden einer umsichtigen und soliden Geschäftstätigkeit auswirkt (Art. 3 Abs. 2 Bst. c bis EBankG). Die heutige Entwicklung in Richtung einer grösseren Transparenz zeigt ihre Auswirkung auch bezüglich der Aktionärsstruktur. In der Tat können bedeutende Aktionäre einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung einer Gesellschaft haben. Sowohl der neue Art. 663c OR als auch der Entwurf für ein Börsengesetz enthalten Bestimmungen zur Offenlegung der bedeutenden Aktionäre. Diese Transparenz ist sowohl im Interesse der betreffenden Gesellschaft, ihrer übrigen Aktionäre als auch der Aufsichtsbehörde. Deshalb wäre es angebracht, auch das Bankengesetz in dem Sinne zu ändern, wie es vorgesehen war.

Art. 3 Abs. 4 EBankG, welcher für die Banken eine Meldepflicht über ihre Tätigkeit im Ausland vorsah, hatte zum Zweck, der Banken-

kommission die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen zu ermöglichen. Insbesondere sollte der Bankenkommission die Ausübung einer konsolidierten Aufsicht über die Gesamtheit der Aktivitäten eines Bankkonzerns erleichtert werden. Der Basler Ausschuss empfiehlt, dass als Voraussetzung jeglicher internationaler Tätigkeit einer Bank einerseits eine Bewilligung des Ursprungslandes (Hauptsitz der Bank) und andererseits eine Bewilligung des Empfangslandes («inward» und «outward consent») vorliegen soll. Unabhängig vom EWR-Vertrag hätte eine entsprechende Bestimmung deshalb im Bankengesetz ihre Berechtigung.

Art. 3 Abs. 4 EBankG überliess wie in der Vergangenheit weiterhin den Kantonen die Verantwortung für die innere Organisation und die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit der Verantwortlichen einer Kantonalbank. Er präzisierte immerhin, dass damit eine tatsächliche Aufsicht verlangt war. Die neue Bestimmung hielt die Kantone dazu an, unabhängige Aufsichtsinstanzen für die Überwachung ihrer Kantonalbank vorzusehen. Es handelt sich dabei um eine Forderung, welche schon heute Geltung hat, wie dies die Bankenkommission in ihrem letzten Jahresbericht (vgl. Jahresbericht 1991 S. 53 ff.) betont hatte. Ungeachtet des EWR-Vertrages ist das Konzept der Aufsicht über die Kantonalbanken heute ein Diskussionsthema. Die Notwendigkeit, die heutige Gesetzesbestimmung zu präzisieren, zeigt sich immer deutlicher (vgl Ziff. 3.6 S. 56). In ihrem letzten Jahresbericht tönte die Bankenkommission darüber hinaus an, dass sie ihre Anstrengungen zu verstärken gedenke, damit alle Kantonalbanken das Revisionsmandat auf eine externe Revisionsstelle übertragen werden. Gemäss Art. 18 Abs. 2 BankG sind die Kantonalbanken von der Revision nach Abs. 1 befreit, sofern sie von einer eigenen sachkundigen Kontrollstelle geprüft werden Es gilt aber zu bedenken, dass die Kantonalbanken ihre Geschäftstätigkeit erweiterten und zusätzlich die Innovationen im Banksektor die Ansprüche an die Kontrolle und die Revision erhöhten, so dass ein internes Inspektorat einer Bank allein nicht mehr in der Lage ist, den Anforderungen gerecht zu werden. Im Moment, da sich die Frage der Änderung des Bankengesetzes stellt, insbesondere der Präzisierung von Art. 3 Abs. 4 BankG, sollte auch ins Auge gefasst werden, Art. 18 Abs. 2 BankG zu streichen, der seine Berechtigung verloren hat. Eine Änderung von Art. 3 Abs. 4 BankG wird auch die Gelegenheit bieten, eine

Präzisierung der Tragweite des Begriffes der «Verbindlichkeiten der Kantonalbanken» vorzunehmen. Die Kantonalbanken werden bezüglich Berechnung der eigenen Mittel heute tatsächlich verschieden von den übrigen Banken behandelt. Sie geniessen einerseits auf dem Total der erforderlichen eigenen Mittel eine Erleichterung von 12,5%, andererseits ist ihnen nicht gestattet, nachrangige Anleihen als eigene Mittel anzurechnen.

Schliesslich war ein Art. 3quater EBankG vorgesehen – bedingt durch den EWR-Vertrag, der jede nationale Diskriminierung verbietet –, gemäss welchem natürliche und juristische Personen eines Mitgliedstaates des EWR hinsichtlich der Art. 3bis und 3ter BankG nicht mehr als Ausländer zu betrachten waren. Materiell bedeutete der Art. 3quater EBankG einzig, dass das Gegenrechtserfordernis, welches alle ausländisch beherrschten Banken erfüllen müssen, gegenüber einem Bürger oder einer Gesellschaft aus einem EWR-Staat nicht hätte geltend gemacht werden können. Diese Bestimmung entsprach einem Prinzip, welches aufgrund des EWR-Vertrages im ganzen EWR Geltung hat. In der Praxis handelte es sich aber um eine wenig bedeutende Änderung des Bankengesetzes, weil die grosse Mehrheit der EWR-Staaten bereits heute das Gegenrecht gewährt.

1.1.5 **Beziehungen zur Nationalbank**

Die Art. 7 und 8 BankG, welche in ihrer heutigen Form Grundlage für eine ziemlich einschränkende Regelung der Schweizerischen Nationalbank über die Bildung von Emissions-Syndikaten bilden, wurden im Entwurf liberaler formuliert. Trotzdem verzichtete der Entwurf nicht auf jegliche Vorschrift über den Kapitalexport. Eine Bewilligung wäre weiterhin im Falle starker Spannungen auf den Devisenmärkten oder der Gefährdung der schweizerischen Währungspolitik erforderlich gewesen. Um eine gewisse Kontrolle der Finanzoperationen in Schweizer Franken zu gestatten, hätte Art. 7 Abs. 5 EBankG der Schweizerischen Nationalbank erlaubt, nach dem Muster der geltenden Vorschriften in Deutschland zu verlangen, dass die Syndikats-Führung durch eine Schweizer Bank oder eine ausländische Bank mit Sitz in der Schweiz übernommen werde.

1.1.6 **Konsolidierte Aufsicht**

Die EG-Richtlinie 83/350 betreffend die Beaufsichtigung von Kreditinstituten auf konsolidierter Basis, im Jahre 1992 durch die EG-Direktive 92/30 ersetzt, verlangt, dass jegliches rechtliches Hindernis entfällt, welches die freie Zirkulation der zu einer konsolidierten Aufsicht innerhalb eines Bankkonzerns notwendigen Informationen verbietet. Wenn auch die Übermittlung von Informationen unter gewissen Bedingungen schon heute möglich ist, schien die ausdrückliche gesetzliche Verankerung angebracht, um den Banken zu erlauben, gewisse Informationen an ihre Muttergesellschaften zu übermitteln (Art. 4 Abs. 4 EBankG).

Es ist unumstritten, dass die Schwierigkeiten einer einzigen Gruppengesellschaft einen Konzern als Ganzes zu destabilisieren vermögen. Es ist deshalb im Konzern sehr wichtig, eine Gesamtübersicht der wirtschaftlichen Einheit zu erlangen, auch wenn es sich dabei um verschiedene, juristisch getrennte Gesellschaften handelt. Sowohl die Bank als auch die Aufsichtsbehörde muss imstande sein, Grossrisiken auf allen Ebenen des Konzerns gesamthaft zu erfassen und zu kontrollieren. In gewissen Fällen kann dies bedingen, dass konkrete Kundeninformationen erhoben werden. Es ist offensichtlich, dass ein moderner Bankkonzern nicht ohne eine detaillierte Gesamtkenntnis der Kreditlimiten und Positionen geführt werden kann. Für die Berechnung der eigenen Mittel verlangt die Bankenverordnung von den Banken schon seit Jahren, dass sie eine konsolidierte Bilanz der von ihnen direkt oder indirekt beherrschten Gesellschaften erstellen. Desgleichen ist auch eine Meldung der Klumpenrisiken des Bankkonzerns auf konsolidierter Basis notwendig. Daraus folgt, dass die Schweizer Banken von ihren ausländischen Tochtergesellschaften die dazu notwendigen Informationen erhalten müssen. Im Gegenzug kann die Schweiz ausländischen Bankkonzernen nicht verwehren, was sie von den eigenen Konzernen verlangt. Folglich muss es Tochtergesellschaften ausländischer Banken in der Schweiz gestattet sein, dass sie ihren Muttergesellschaften die notwendigen Informationen ins Ausland liefern, vorausgesetzt dass sie vertraulich behandelt und einzig zum bestimmten Zweck verwendet werden, entsprechend dem Spezialitätsprinzip. Die Notwendigkeit eines derartigen Informationsflusses wird speziell in den beiden Empfehlungen des Basler Aus-

schusses vom April 1990 und Juli 1992 hervorgehoben. Schon deshalb würde es sich empfehlen, die Bestimmung des Entwurfes ins Gesetz zu übernehmen.

Darüber hinaus sollte das Gesetz das Prinzip der konsolidierten Aufsicht festschreiben, welches heute nicht erwähnt wird. Eine Anpassung des Gesetzes wäre angebracht, obwohl die Bankenkommission in ihrer Praxis Finanzkonglomerate schon auf konsolidierter Basis beaufsichtigt. Das Bundesgericht hat die Rechtmässigkeit dieser Praxis im CS-Holding-Entscheid bestätigt.

1.1.7 **Internationale Zusammenarbeit**

Eine der wichtigsten Bestimmungen, die hätte in Kraft treten sollen, war Art. 23sexies EBankG, der eine gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit der Bankenkommission mit ausländischen Aufsichtsbehörden geschaffen hätte. Es bestehen heute in der Bankengesetzgebung keine Regelungen in diesem Bereich. Trotzdem muss die Bankenkommission unter gewissen Voraussetzungen mit ausländischen Behörden zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit wickelt sich an sich ohne Schwierigkeiten ab, da sie in den meisten Fällen im Interesse der betroffenen Bankinstitute liegt. Die EG-Bankenrichtlinien sehen eine enge Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden vor. Deshalb war es von Bedeutung, auch im inländischen Recht eine eindeutige gesetzliche Regelung über Zulässigkeit und Schranken der Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden einzuführen. Es war vorgesehen, dass Informationen nur zur direkten Beaufsichtigung von Banken weitergegeben und verwendet werden konnten (Spezialitätsprinzip). Die ausländischen Behörden oder privaten Organisationen mit hoheitlichen Befugnissen mussten zudem an das Amts- bzw. Berufsgeheimnis gebunden sein. Darüber hinaus durften die Informationen nicht ohne Zustimmung der Bankenkommission an Dritte weitergeleitet werden. Ferner musste auch das Bundesamt für Polizeiwesen angehört werden, wenn die Informationen an Strafbehörden hätten weitergeleitet werden sollen. Damit sollte verhindert werden, dass die Vorschriften über die Rechtshilfe in Strafsachen über die Amtshilfe umgangen werden können (Art. 23sexies Abs. 2 Bst. a, b und c EBankG). Darüber hinaus war auch ein beson-

derer Schutz für Bankkunden vorgesehen, welche durch die Weiterleitung von Informationen an ausländische Behörden betroffen sind. In Anwendung des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren wurde ihnen das Recht zugestanden, eine formelle Verfügung mit der Möglichkeit der Anfechtung beim Bundesgericht zu verlangen (Art. 23sexies Abs. 3 EBankG).

Art. 23sexies Abs. 4 EBankG hätte den Aufsichtsbehörden der EWR-Vertragsstaaten erlaubt, bei schweizerischen Zweigniederlassungen von Banken mit Hauptsitz in ihrer Aufsichtshoheit direkt Kontrollen vorzunehmen. Unter gewissen Voraussetzungen hätte die Bankenkommission auch Aufsichtsbehörden aus anderen Staaten zu direkten Kontrollen bei schweizerischen Zweigniederlassungen ermächtigen können.

Mit Art. 23sexies Abs. 5 EBankG war vorgesehen, dass der Bundesrat befugt gewesen wäre, im Rahmen von Art. 23sexies Abs. 2 EBankG die Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden in Staatsverträgen zu regeln. Der Abschluss von bilateralen Amtshilfeabkommen hat den Vorteil, dass Einzelheiten geregelt werden können, wie zum Beispiel die Bezeichnung der zuständigen Behörden, die gegenseitige Aufteilung von Rechten und Pflichten, die gegenseitige Anerkennung der Aufsichtsbehörden sowie die Bedingungen, unter welchen Informationen an weitere mit Aufsichtsaufgaben befasste Behörden weitergeleitet werden können. Ausserdem ist auch in Betracht zu ziehen, dass andere Staaten bilaterale Abkommen wünschen könnten. Es ist deshalb sinnvoll, im Gesetz entsprechende Möglichkeiten vorzusehen, um auf solche Anforderungen antworten zu können.

Mit Ausnahme der direkten Kontrolle vor Ort im Falle von Zweigniederlassungen waren alle Regelungen der internationalen Amtshilfe darauf angelegt, der Bankenkommission die Zusammenarbeit mit internationalen Aufsichtsbehörden nicht nur für EWR-Vertragsstaaten, sondern für alle Länder zu ermöglichen («erga omnes»). Unabhängig der Vorgaben der EG-Bankenrichtlinien im Bereich der Amtshilfe ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden auch in den Empfehlungen des Basler Ausschusses enthalten. Im April 1990 empfahl der Ausschuss im Zusammenhang mit dem Bankengeheimnis, die entsprechenden Gesetzesbestimmun-

gen so anzupassen, dass ein Informationsaustausch mit ausländischen Bankenaufsichtsbehörden nicht behindert oder gar ausgeschlossen ist. Es sei vielmehr vorzusehen, dass Informationen ausgetauscht werden können, wenn diese vertraulich behandelt werden und allein bankenaufsichtsrechtlichen Zwecken dienen. Der vollständige Zugang zu Informationen über Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen im Ausland wurde schliesslich vom Basler Ausschuss in der Empfehlung vom Juli 1992 betreffend die Überwachung von internationalen Bankkonzernen gefordert (siehe auch Ziff. 5.1 S. 64).

Es gilt zu unterstreichen, dass es nicht Ziel der internationalen Zusammenarbeit ist, Informationen über vergangene Vorfälle oder Beweismaterial über mögliche Verfehlungen auszutauschen. Die Zielsetzungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden sind vielmehr präventiver Natur. Es geht ganz im Zeichen des Gläubigerschutzes in erster Linie darum, die Solidität der betroffenen Banken in einer aktuellen und zukunftsbezogenen Optik sicherzustellen. Die internationale Zusammenarbeit hat an Bedeutung stark zugenommen. Die Schweiz wird sich ihr nicht entziehen können. Die Argumente für den im Rahmen von Eurolex vorgesehenen Art. 23sexies EBankG, der über die EWR-Vertragsstaaten hinausgereicht und alle Länder einbezogen hätte, gelten deshalb nach wie vor. Eine entsprechende Regelung wird so bald als möglich in das Bankengesetz aufzunehmen sein.

1.1.8 **Eigenmittel**

Bezüglich der eigenen Mittel ist anerkannt, dass die schweizerischen Vorschriften einem internationalen Vergleich standhalten. Die schweizerischen Anforderungen sind gesamthaft betrachtet strenger als die Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft. Vertiefte systematische Prüfungen, welche in technische Details gehen, wären aber nötig gewesen, um eine völlige Übereinstimmung zwischen dem schweizerischen Recht und dem EG-Recht herbeizuführen. Es war deshalb vorgesehen, in einem ersten Schritt in der Bankenverordnung nur die Bestimmungen zu ändern, welche offensichtlich im Widerspruch zum EG-Recht stehen. Konkret bedeutete dies eine Auf-

hebung der Gemeindegarantie (Art. 11 Abs. 1 Bst. c BankV) und eine Anpassung der Bestimmungen für die Kantonalbanken (Art. 13 Abs. 3 Bst. b und Art. 11 Abs. 3 BankV). Die Bankenkommission vertritt die Auffassung, dass es sich empfiehlt, die erwähnten Änderungen vorzunehmen, weil sie einem praktischen Bedürfnis entsprechen und in Übereinstimmung mit der internationalen Entwicklung sind (vgl. Ziff. 3.3.5 S. 48 und 3.3.6 S. 48).

1.2 Verhältnis zwischen revidiertem Aktienrecht und Bankengesetz

Am 1. Juli 1992 trat das revidierte Aktienrecht in Kraft. Damit ist zu klären, inwieweit die neuen Aktienrechtsbestimmungen für Banken und Revisionsstellen gelten und in welchem Verhältnis sie zu den Bestimmungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung stehen.

Zunächst ist davon auszugehen, dass für die als Aktiengesellschaften organisierten Banken die neuen Vorschriften des Aktienrechts grundsätzlich verbindlich sind. Wie im Verhältnis zum alten Aktienrecht gilt aber auch im Verhältnis zum revidierten Aktienrecht das Bankengesetz als Spezialgesetz, d.h. dessen vom Aktienrecht abweichende Regelungen gehen vor. Neue Bestimmungen des Aktienrechts, die im Vergleich zum Bankengesetz und der Verordnung weitergehen, sind dabei zweckmässigerweise als nicht von der Bankengesetzgebung abweichend anzusehen und deshalb grundsätzlich für alle Bankaktiengesellschaften verbindlich. Nicht anwendbar sind die neuen Aktienrechtsbestimmungen auf die nicht als Aktiengesellschaften konstituierten Banken, es sei denn, das Bankengesetz selber (Art. 6 Abs. 2 BankG) oder andere gesetzliche Vorschriften (Art. 827 und 920 OR) erklärten ausdrücklich die Bestimmungen des Aktienrechts allgemein als für alle Banken verbindlich (z.B. Art. 6 Abs. 2 BankG). Das Verhältnis einzelner Aktienrechtsbestimmungen zu solchen des Bankengesetzes und der -verordnung ist auf der Basis dieser Grundsätze zu beurteilen.

Die Bankenkommission sah sich nach dem Inkrafttreten des revidierten Aktienrechts mit verschiedenen Fragen über die Gültigkeit

einzelner neuer Bestimmungen im Verhältnis zum Bankengesetz konfrontiert. Da die Antworten hiezu für alle Banken und Revisionsstellen von Belang sind, entschied die Bankenkommission, die Fragen nicht im einzelnen zu beantworten, sondern in einem Rundschreiben zu den neuen Aktienrechtsbestimmungen Stellung zu nehmen. Die Arbeiten zu diesem Rundschreiben sind noch nicht abgeschlossen.

1.3 Aufgaben der Aufsichtsbehörde nach dem Entwurf Börsengesetz

Die im Juni 1990 vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe lieferte ihren Vorentwurf mit Bericht zu einem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz) im März 1991 ab. Im Januar 1992 veröffentlichte der Bundesrat den Bericht über die Ergebnisse des im Sommer 1991 durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens (vgl. auch Jahresbericht 1991 S. 60 f.). Dabei wurde das Konzept eines Rahmengesetzes mit weitgehender Selbstregulierung, verbunden mit einer effizienten Aufsicht, begrüsst. Als Aufsichtsbehörde wurde mit überwiegender Mehrheit die Bankenkommission vorgeschlagen. In der Folge beauftragte der Bundesrat das Finanzdepartement, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. Da die Botschaft zur Zeit noch nicht vorliegt, halten sich die folgenden Ausführungen an den Bericht der Expertengruppe.

Nach der Konzeption des Gesetzesentwurfs sollen sich die Börsen ohne zu starre gesetzliche Fesseln den sich wandelnden Bedürfnissen anpassen können. Der Entwurf beschränkt sich auf die Gewährleistung von Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Selbstregulierung greifen soll. Selbstregulierung in diesem Sinne bedeutet aber nicht Abkehr von oder Verzicht auf staatliche Aufsicht, sondern eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen behördlicher Oberaufsicht und privater Selbstkontrolle mit entsprechenden gesetzlichen Verpflichtungen. Die Aufsichtsbehörde wird aber in Lage sein müssen, bei Bedarf unmittelbar und effizient einzugreifen und sich mit raschen Entscheiden kompetent durchzusetzen. Die Marktaufsicht wird von der Aufsichtsbehörde auch in einem selbstregulierenden System hohe Flexibilität erfordern. Die Behörde soll zwar nicht permanent am Markt sein, sie muss aber dauernd Marktnähe sicherstellen,

um jederzeit bereit zu sein, rasch und wenn notwendig direkt vor Ort und für längere Zeit eingreifen zu können.

Im wesentlichen werden sich die Aufgaben der Aufsichtsbehörde auf folgende Bereiche konzentrieren:

Neben den formellen Bewilligungen für Börsen- und Effektenhändler und den Anerkennungen der für Effektenhändler zulässigen Revisionsstellen wird im Zentrum ihrer Tätigkeit zum einen die Aufsicht über die Börsen- und die Effektenhändler stehen. Börsen- und Effektenhändler unterliegen für die Einhaltung des Börsengesetzes und der von den Börsen erlassenen Reglementen der Überwachung und Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde. Dieser steht zur Erfüllung ihrer Aufgabe eine umfassende Auskunftspflicht der Beaufsichtigten sowie der Revisionsstellen zu. Zum andern wird der Behörde die Aufsicht über die Offenlegung von Beteiligungen an kotierten Gesellschaften sowie über die öffentlichen Kaufangebote obliegen. Für die zum Vollzug des Börsengesetzes notwendigen Untersuchungen werden der Aufsichtsbehörde die erforderlichen Kompetenzen zugewiesen.

Zudem wird in Zukunft die internationale Zusammenarbeit einen wesentlichen Bestandteil der Aufsichtstätigkeit ausmachen. Mit der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte und dem raschen Wachstum der grenzüberschreitenden Transaktionen gewinnt eine international koordinierte Aufsicht stark an Bedeutung.

2. Rundschreiben

2.1 Bewilligungs- und Meldepflichten

Im Zusammenhang mit der Neuauflage der Rundschreibensammlung (vgl. Ziff. 2.7 S. 34) wurde das Rundschreiben «Meldepflichten (Zusammenfassung)» vom 11. Mai 1978 überarbeitet und erneuert. Ziel der Überarbeitung war eine übersichtliche Zusammenfassung der bewilligungs- und meldepflichtigen Tatbestände für Ban-

ken und Revisionsstellen aufgrund des Bankengesetzes, der Bankenverordnung, der Verordung über die ausländischen Banken in der Schweiz sowie der geltenden EBK-Rundschreiben. Das Rundschreiben 92/1 «Bewilligungs- und Meldepflichten» wurde auf den 31. Dezember 1992 in Kraft gesetzt und wird zukünftig periodisch an den aktuellen Stand angepasst.

2.2 Frühinformation

Ein wichtiger Pfeiler der Aufsichtstätigkeit der Bankenkommission stellt die statistische Auswertung von Bank-Kenndaten dar. Die Daten werden dabei im wesentlichen mit den Vorjahreszahlen verglichen oder Quervergleichen innerhalb einer Bankengruppe unterzogen. Mit dieser Analyse können für eine einzelne Bank unvorteilhafte Entwicklungen oder Situationen frühzeitig aufgedeckt werden. Gegebenenfalls wird auf diese Weise ein rechtzeitiges Eingreifen ermöglicht. Je neuer das diesen Auswertungen zugrundeliegende Zahlenmaterial ist, desto früher können Schlussfolgerungen gezogen und einer weiteren Verschlechterung vorgebeugt werden.

Die wichtigsten Bank-Kenndaten erhält die Bankenkommission von den Banken über die bankengesetzlichen Revisionsstellen jedes Jahr mit den dem Revisionsbericht integrierten sogenannten Analyseformularen (Eigenkapital-Analyse und Erfolgs-Analyse). Die Mehrzahl der Revisionsberichte gehen bei der Bankenkommission in den Sommermonaten des dem revidierten Geschäftsjahr folgenden Jahres ein. Bislang erhielt damit die Bankenkommission die wichtigsten Bank-Kenndaten in einem vergleichsweise späten Zeitpunkt. Bis zum Eintreffen der Revisionsberichte musste sie sich deshalb auf Zahlen aus der vorletzten Rechnungsperiode abstützen. Die Tätigkeit der Bankenkommission im statistischen Bereich basierte teilweise auf Ereignissen, die bis zu eineinhalb Jahre zurücklagen. Angesichts der mangelnden Aktualität konnten solche Auswertungen und Analysen den Ansprüchen an eine moderne Bankenaufsicht nicht mehr länger genügen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Rezession zeigte sich ferner, dass die Bankenkommission auf aktuelles Zahlenmaterial angewiesen ist.

Mit dem auf den 31. Dezember 1992 in Kraft gesetzten Rundschreiben 92/2 «Frühinformation» werden nun die Banken verpflichtet, die Formulare «Eigenkapital-Analyse» und «Erfolgs-Analyse» innert 60 Tagen nach Geschäftsabschluss zusätzlich der Bankenkommission direkt einzureichen. Damit wird gewährleistet, dass die statistischen Auswertungen und Analysen bereits rund drei Monate nach Jahresende vorgenommen werden können. Dies bedeutet eine gegenüber dem heutigen Zustand wesentliche Verbesserung der Informationslage der Bankenkommission bezüglich der Bank-Kenndaten.

2.3 Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten

Bei den neuen Finanzinstrumenten und ganz allgemein bei den Ausserbilanzgeschäften stellt sich grundsätzlich die Frage, wie hoch der maximal zu erwartende Verlust bzw. der dem Kreditrisiko ausgesetzte Betrag (sog. Kreditrisikoäquivalent) ist und in welchem Umfange Verpflichtungen einzelner Kunden aus Ausserbilanzgeschäften bei der Berechnung der meldepflichtigen Engagements nach Art. 21 Abs. 1 BankV einzubeziehen sind. Die Bankengesetzgebung, insbesondere Art. 21 BankV, gibt darauf keine Antwort.

Nach geltender Praxis der Bankenkommission sind Verpflichtungen einzelner Kunden aus Ausserbilanzgeschäften grundsätzlich in ihrer vollen Höhe, d.h. zu 100% der Kontraktsumme zu berücksichtigen. Abweichende Regelungen bestanden bis anhin nur bei Devisentermingeschäften (vgl. Ziff. 3 Bst. b des Rundschreibens 74/1 «Fremdwährungspositionen» vom 19. Dezember 1974), bei Optionen und Financial Futures (vgl. Kapitel 4 des Rundschreibens 91/2 «Optionen und Financial Futures» vom 29. Mai 1991) sowie bei Forward Rate Agreements (FRA; vgl. EBK-Bulletin 21 S. 19). Das Kreditrisikoäquivalent wird bei diesen Geschäften mittels fester, zum Teil laufzeitunabhängiger Prozentsätze des Kontrakt- bzw. Nominalwertes berechnet. Mit dem am 16. Dezember 1992 verabschiedeten und am 1. März 1993 in Kraft tretenden Rundschreiben 92/3 «Klumpenrisiken aus Termingeschäften und Derivaten» änderte die Bankenkommission diese Praxis insoweit, als zum einen die Ausnahmeregelung generell auf ausserbilanzielle Zins-, Devisen-, Aktien-, Aktienindex-, Edelmetall-, Buntmetall- und übrige Warengeschäfte ausgedehnt worden ist. Zum

andern wird als alternative Methode zum bisher geltenden System fester Anrechnungssätze die Methode des Marktbewertungsansatzes («Current Exposure Method») zugelassen.

Nach der vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und von der Europäischen Gemeinschaft propagierten Methode des Marktbewertungsansatzes berechnet sich das Kreditrisikoäquivalent bei Termingeschäften und Derivaten anhand der aktuellen Wiederbeschaffungskosten («replacement value») zuzüglich einer Sicherheitsmarge («Add-on») zur Abdeckung des Kreditrisikos während der Restlaufzeit des Kontraktes. Im Gegensatz zur Methode der festen Anrechnungssätze, bei welcher das Kreditrisikoäquivalent gewissermassen für jeden Kontrakt unabhängig von dessen Marktentwicklung geschätzt wird, berücksichtigt die neu zugelassene Methode des Marktbewertungsansatzes fortlaufend Veränderungen der Risikolage.

Die sogenannten Wiederbeschaffungskosten drücken den aktuellen Preis aus, welchen die Bank bezahlen müsste, um bei Ausfall einer Gegenpartei ein entsprechendes Ersatzgeschäft abschliessen zu können. Die Berechnung erfolgt auf der Basis der zum gegebenen Zeitpunkt gültigen Marktkurse für das Ersatzgeschäft.

Das Add-on ist eine kalkulatorische Grösse und dient zur Abdeckung des Kreditrisikos in Form von Schwankungen der Wiederbeschaffungskosten. Da die Banken die Wiederbeschaffungskosten mindestens einmal pro Woche, bei aussergewöhnlichen Marktverhältnissen gar täglich, zu berechnen haben, reduziert sich das Kreditrisiko maximal auf eine Woche. Dabei wird allerdings von normalen Marktverhältnissen ausgegangen, bei welchen die Banken die Möglichkeit haben, das Engagement bzw. das Verlustrisiko bei einer Gegenpartei durch Glattstellungen herabzusetzen. Die vorgesehenen Add-on-Faktoren beruhen auf statistischen Erfahrungswerten über die wöchentliche Volatilität der den Kontrakten jeweils zugrundeliegenden Basiswerte. Die im Rundschreiben vorgesehenen Add-on-Faktoren sind bedeutend höher als die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und vom Rat der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagenen Faktoren. Die Konzeption des Rundschreibens fusst auf der Überlegung, dass die Klumpenrisikobestimmungen im Unterschied zu den Eigenmittelvorschriften, die von einer angemessenen Risikostreuung auf zahlreiche Gegenparteien ausgehen und sich in

erster Linie am erwarteten durchschnittlichen Verlust einer Geschäftsart orientieren, den maximalen Verlust bei Ausfall einer einzelnen Gegenpartei erfassen sollen.

Die Methode des Marktbewertungsansatzes erfasst das Kreditrisikoäquivalent risikogerechter und exakter als die Methode der festen Anrechnungssätze. Die Methode der festen Anrechnungssätze wird indessen weiterhin zugelassen, weil es in der Schweiz zurzeit nur wenige Banken gibt, die über die zur Anwendung der Methode des Marktbewertungsansatzes notwendigen elektronischen Systeme verfügen. Es ist deshalb jeder Bank freigestellt, ob sie das Klumpenrisiko mit festen Anrechnungssätzen oder nach der neuen Methode ermitteln will. Die Bank darf die neue Methode indessen nur anwenden, wenn sie in der Lage ist, Wiederbeschaffungskosten unter Einbezug des Add-on wöchentlich bzw. täglich zu berechnen.

2.4 Länderrisiken

Das bisherige Rundschreiben vom 17. Dezember 1990 verlangte für Forderungen mit Länderrisiko einen pauschalen Wertberichtigungssatz von 65%. Diese undifferenzierte Bewertungsweise wurde von verschiedener Seite kritisiert. Ein Einheitswertberichtigungssatz stand im Widerspruch zu den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten der einzelnen Länder und damit zu ihrer effektiven Risikosituation. Neugeschäfte mit Risikoländern konnten wegen der sofort zu bildenden Wertberichtigung von 65% nicht mehr getätigt werden.

Deshalb beauftragte die Bankenkommission 1991 eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Nationalbank, der Bankiervereinigung und der Treuhandkammer sowie Mitarbeitern des Sekretariates der Bankenkommission, ihr Vorschläge für eine differenziertere Behandlung der Wertberichtigungen für Länderrisiken zu unterbreiten (vgl. Jahresbericht 1991 S. 45 ff.).

Die Arbeitsgruppe legte der Bankenkommission den Entwurf für ein neues Rundschreiben 92/4 «Länderrisiken» vor, welches am 31. Dezember 1992 in Kraft gesetzt wurde.

Kernpunkt des neuen Rundschreibens ist der Wechsel vom pauschalen Wertberichtigungssatz zu einem System mit länderspezifi-

schen Mindestwertberichtigungen. Die Bankenkommission bestimmt grundsätzlich mindestens einmal jährlich die nach Ländern differenzierten Mindestwertberichtigungssätze. Sie veröffentlicht zu diesem Zweck im letzten Quartal jeden Jahres eine entsprechende Länderliste, welche die ab Ende des jeweiligen Kalenderjahres einzuhaltenden Mindestwertberichtigungen festlegt. Für die Zusammensetzung der Länderliste und die Festlegung der staatenspezifischen Mindestwertberichtigungen bewertet die Bankenkommission die einzelnen Länder nicht selbst, sondern stützt sich zum einen auf die Einschätzung des Länderrisikos jedes Staates durch massgebende Geschäftsbanken mit Sitz in der Schweiz und zum anderen auf Länderbeurteilungen spezialisierter Institutionen.

In das revidierte Rundschreiben wurde neu auch die Bestimmung aufgenommen, dass Banken auf Gesuch hin Handelsbestände und aktiv bewirtschaftete Portfolios mit Länderrisiken zu Sekundärmarktpreisen bewerten können.

2.5 Eigenmittelerleichterung

Die angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt drückt sich auch dadurch aus, dass immer mehr für Hypothekardarlehen verpfändete Liegenschaften verkauft werden müssen oder gar Gegenstand von Zwangsverwertungen werden. In solchen Fällen ist es oft schwierig, überhaupt einen Käufer zu finden. Vielfach treten deshalb Banken als Käufer auf und übernehmen aus grundpfändlich gesicherten Krediten, welche notleidend oder bei welchen die Grundpfänder zwangsverwertet werden, betriebsfremde Liegenschaften in ihr Eigentum (vgl. III Ziff. 2 und Jahresbericht 1991 S. 14/15). Dieses Vorgehen bindet in grösserem Ausmass eigene Mittel der einzelnen Bank, müssen doch nicht für den Bankbetrieb benutzte Liegenschaften mit eigenen Mitteln im Umfang von dreissig Prozent des Buchwertes unterlegt werden (Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 8 BankV).

Um den Banken die Übernahme von Liegenschaften zu erleichtern und um damit den Liegenschaftsmarkt etwas zu beleben, beschloss die Eidg. Bankenkommission, allen Banken auf den nach dem 1. Januar 1993 erworbenen betriebsfremden Liegenschaften

eine befristete Eigenmittelerleichterung zu gewähren. Sie reduzierte zu diesem Zwecke gestützt auf Art. 4 Abs. 3 BankG mit dem Rundschreiben «Eigenmittelerleichterung für andere Liegenschaften» vom 16. Dezember 1992 den Unterlegungssatz von dreissig auf zehn Prozent. Dieser reduzierte Satz liegt immer noch über demjenigen des EG-Bankenrechts, welches eine Unterlegung von acht Prozent verlangt. Die Erleichterung gilt bis Ende 1994.

2.6 Aufhebung des Rundschreibens 91/1 «Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten / Verbot der VSB-Formulare B» vom 25. April 1991

Am 1. Oktober 1992 trat die neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken vom 1. Juli 1992 (VSB 92) in Kraft. Gleichzeitig wurde die Sorgfaltspflichtvereinbarung vom 1. Juli 1987 aufgehoben. Da die neue Sorgfaltspflichtvereinbarung den Kerngehalt des Rundschreibens 91/1 «Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten / Verbot der VSB-Formulare B» vom 25. April 1991 übernommen hatte, setzte die Bankenkommission das Rundschreiben 91/1 auf den 1. Oktober 1992 ausser Kraft, (vgl. Ziff. 3.1.1 S. 35).

2.7 Neue Rundschreibensammlung

Die Bankenkommission kann Rundschreiben an alle Beteiligten erlassen, insbesondere zum Zweck, sie über die Praxis der Kommission zu informieren, ihnen Empfehlungen zu erteilen und von ihnen bestimmte Auskünfte einzuholen (Art. 8 Abs. 2 ROG-EBK). Die Rundschreiben dienen der Rechtssicherheit, indem sie erläutern, wie die Aufsichtsbehörde die rechtlichen Vorschriften in einem konkreten Fall anzuwenden gedenkt. Ist eine betroffene Bank oder Revisionsstelle nicht einverstanden, so kann sie eine gegen sie gerichtete Verfügung der Bankenkommission wegen Rechtswidrigkeit beim Bundesgericht anfechten.

Letztmals wurde die Rundschreibensammlung in bereinigter Form 1978 herausgegeben. Im Laufe der Jahre vielmals geändert,

verlor sie ihre Übersichtlichkeit. Im Spätherbst 1992 erschien sie in neuer Gestaltung, in einem einzigen Ordner in deutscher und französischer Sprache, ergänzt mit einem chronologischen und einem systematischen Verzeichnis sowie mit einem Stichwortverzeichnis. Die bisherige Aufteilung in «Weisungen» und «Erläuterungen» wurde aufgegeben.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.1.1 Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Am 1. Oktober 1992 trat die neue Vereinbarung über die Standesregeln der Banken vom 1. Juli 1992 zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und den unterzeichnenden Banken in Kraft (VSB 92). Sie löst die 1987 abgeschlossene und am 30. September 1992 abgelaufene Sorgfaltspflichtvereinbarung (VSB 87) ab. Die bis anhin geltenden Regeln zur Identifikation des Vertragspartners bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen und zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten wurden an die seit 1987 eingetretenen Entwicklungen (u.a. Erlass von Art. 305ter StGB, Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften «zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche») angepasst und verfeinert. Die VSB 92 bringt gegenüber der VSB 87 folgende wesentliche Änderungen und Ergänzungen: Die Limite für die Identifikation des Vertragspartners bei Kassageschäften wurde von Fr. 100000.– auf Fr. 25000.– herabgesetzt. Bei Kassageschäften über Beträge von mehr als Fr. 25000.– ist inskünftig immer die Frage nach dem wirtschaftlich Berechtigten zu stellen. Erstmals geregelt wurde die Frage der Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten bei Sammelkonten und -depots berufsmässig tätiger Finanzintermediäre wie Broker, Vermögensverwalter und Treuhänder (vgl. Jahresbericht 1991 S. 18) sowie die sich bei der Identifikation ergebenden Probleme bei Trusts. Zu erwähnen ist schliesslich die Überführung der im EBK-Rund-

schreiben 91/1 über die «Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten/ Verbot der VSB-Formulare B» vom 25. April 1991 enthaltenen Ausnahmeregelung für die Berufsgeheimnisträger. Danach brauchen Rechtsanwälte und Notare die Identität der von ihnen vertretenen wirtschaftlich Berechtigten dann nicht bekanntzugeben, wenn sie mit dem sogenannten Formular R bestätigen, dass die Art des Mandates anwaltlicher Natur ist bzw. unter eine der abschliessend aufgeführten Rubriken fällt.

Die Bankenkommission begrüsst den Abschluss der Vereinbarung und die darin vorgenommenen Verbesserungen. Sie anerkennt die Standesregeln – vorbehältlich besonders gelagerter Einzelfälle und wesentlich neuer Tatsachen – als Mindeststandard für die Auslegung des bankengesetzlichen Gewährsbegriffes im Bereich der Identifikationsvorschriften (vgl. Jahresbericht 1991 S. 18). Die privatrechtlichen Regeln im Bereiche der Kundenidentifikation haben sich seit der ersten Sorgfaltspflichtvereinbarung von 1977 insgesamt bewährt. Die neue VSB 92 vermag den heutigen Anforderungen an eine korrekte und zweckmässige Identifikation zu genügen. Es besteht folglich kein Anlass, sie durch behördliche Weisungen zu ersetzen. Ein Nebeneinander von behördlichen Weisungen und privaten Standesregeln wäre der Rechtssicherheit und praktischen Anwendbarkeit abträglich. Aus diesem Grunde hatte die Bankenkommission in ihrem Rundschreiben 91/3 «Richtlinien zur Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäscherei» vom 18. Dezember 1991 auf eine eigenständige Regelung im Bereiche der Kundenidentifikation verzichtet und sich mit einem knappen Hinweis auf Art. 305ter StGB und die Standesregeln der Banken, nunmehr die VSB 92, begnügt.

3.1.2 **Ausstellung unrichtiger Bescheinigungen**

Gemäss Art. 12 Abs. 9 der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) werden der Bankenkommission die Entscheide der Aufsichtskommission VSB zur Kenntnisnahme zugestellt. Im Frühjahr 1992 unterbreitete die Aufsichtskommission VSB der Bankenkommission mehrere Entscheide. Nahezu alle beruhten auf fast identischen Sachverhalten und erfüllten den Tatbestand der Ausstellung unrichtiger Bescheinigungen. Alle Verfahren betrafen Raiffeiseninstitute.

In allen Fällen ging es um Manipulationen auf Kundenkonti bzw. in einem Fall des Verwalterkontos über das Jahresende 1990. Nach Umbuchungen von Kundenguthaben auf das bankinterne Konto «Pro-Diverse» auf Ende Dezember 1990 und gleich hohen Rückbuchungen Anfang Januar 1991 wurden für Kunden per Jahresende niedrigere und somit gefälschte Kontosaldi ausgewiesen. Die Manipulationen wurden offensichtlich in der Absicht getätigt, die Steuerbehörden zu täuschen.

Nach ständiger Praxis der Bankenkommission ist die Ausstellung von unrichtigen Bescheinigungen mit dem Erfordernis der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit nicht zu vereinbaren (vgl. z.B. EBK-Bulletin 15 S. 5 ff. und S. 11 ff.). Die Bankenkommission eröffnete deshalb gegen die betroffenen Raiffeisenbanken Gewährsverfahren. In der Folge wurden die Verwalter für ihr Verhalten gerügt und ihnen die Entfernung im Wiederholungsfall angedroht.

3.1.3 **Geldwäscherei**

Gemäss gefestigter, vom Bundesgericht geschützter Praxis der Bankenkommission hat die Bank die wirtschaftlichen Hintergründe eines Geschäfts sorgfältig und umfassend abzuklären, wenn Anzeichen darauf hindeuten, dass es Bestandteil eines rechtswidrigen oder unsittlichen Sachverhaltes sein könnte oder wenn es sich um ein kompliziertes, ungewöhnliches oder bedeutsames Geschäft handelt (EBK-Bulletin 15 S. 6; BGE 108 Ib 191 E. 3b und 111 Ib 127). Dieser aufsichtsrechtliche Grundsatz, welcher in dem am 1. Mai 1992 in Kraft getretenen Rundschreiben 91/3 «Richtlinien zur Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäscherei» vom 18. Dezember 1991 verfeinert und konkretisiert worden ist, verbietet – nicht erst seit dem Inkrafttreten der Geldwäscherei-Strafbestimmung von Art. 305bis StGB – sowohl die vorsätzliche als auch die fahrlässige Beteiligung der Banken an Geschäften, mit denen die deliktische Herkunft von Vermögenswerten verschleiert werden soll.

In einem im Berichtsjahr entschiedenen Fall stellte die Bankenkommission fest, dass eine Bank bei der Durchführung und Abwicklung der von einem Kunden gewünschten Transaktionen, die, wie sich später herausstellen sollte, zur Verschleierung der deliktischen Herkunft der eingebrachten Vermögenswerte dienten, die nach dem

Gebot für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit erforderliche Sorgfalt verletzt hatte. Die Bank liess mehrere Anhaltspunkte ausser Acht, die auf einen möglichen deliktischen Zusammenhang hinwiesen und eine besondere Aufmerksamkeit hätten hervorrufen sollen. Ein Indiz lag in der beharrlichen Weigerung des Kunden, weder der Bank noch seinem Rechtsanwalt den wirtschaftlich Berechtigten an den eingebrachten Vermögenswerten bekanntzugeben. Ein weiteres gewichtiges Indiz lag im nicht näher begründeten Wunsch des Kunden, Vermögenswerte von bestehenden auf neue Konten zu übertragen, ohne eine dokumentarische Spur (sogenannter «paper trail») zu hinterlassen. Die Bank kam dem übersteigerten Geheimhaltungs- und Diskretionsbedürfnis des Kunden sogar noch entgegen, stellte sie ihm doch zur besseren Verschleierung der wahren Herkunft und Eigentümer der Gelder eine der Bank nahestehende Treuhandgesellschaft zur Verfügung. Da die Bank nach Bekanntwerden des Falles verschiedene zweckmässige und überzeugende Massnahmen getroffen hatte, verzichtete die Bankenkommission jedoch auf konkrete Massnahmen. Sie beliess es bei der Feststellung, dass das Verhalten und Vorgehen der Bank bei den fraglichen Transaktionen unsorgfältig und mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit nicht zu vereinbaren war.

3.1.4 **Rothschild Bank AG**

Nachdem die Bankenkommission die Bank Rothschild AG verschiedentlich auf vermutete Klumpenrisiken und zu bildende Wertberichtigungen aufmerksam gemacht hatte, meldete diese im Laufe des Berichtsjahres einen aufgrund notleidend gewordener Kredite entstandenen beträchtlichen, die Eigenmittel tangierenden Wertberichtigungsbedarf. Auf Intervention der Bankenkommission bereinigte die Bank die Eigenmittelsituation, indem sie die notleidenden Kredite zum Buchwert an eine neugegründete Auffanggesellschaft verkaufte. Gegen ihren Kreditchef erstattete die Bank Strafanzeige wegen des Verdachts auf ungetreue Geschäftsführung, Veruntreuung, Urkundenfälschung und möglicher weiterer Delikte.

Bei der genaueren Überprüfung der verkauften notleidenden Kreditengagements durch eine unabhängige Revisionsgesellschaft wurden gravierende Mängel im Kreditbereich und schwerwiegende

Verstösse gegen gesetzliche und bankinterne Vorschriften festgestellt. Da das Vertrauensverhältnis aufgrund der geschilderten Vorkommnisse massiv gestört war, wechselte die Bank mit Bewilligung der Bankenkommission ihre Revisionsstelle.

Zur Zeit klärt die Bankenkommission die Verantwortlichkeiten der in die notleidenden Kreditengagements verwickelten Personen sowie die Rolle der bankengesetzlichen Revisionsstelle ab.

3.2 Ausländisch beherrschte Banken

3.2.1 Liste Gegenrecht bietender Staaten

Folgende Staaten erfüllen aufgrund bisheriger Bewilligungsverfahren zurzeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Die EG-Mitglieder (wobei die Frage des Gegenrechts bezüglich Irland, Portugal und Griechenland bislang noch nicht zu entscheiden war), Finnland, Hongkong, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Südkorea, Türkei und die US-Bundesstaaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvania, Texas und Wisconsin.

3.2.2 Japan und Südkorea

Die durch das japanische Ministry of Finance sistierten bilateralen Gespräche wurden im Frühjahr 1992 wieder aufgenommen (Jahresbericht 1991 S. 37). Die Verhandlungen wurden im wesentlichen geprägt durch die Reform des japanischen Finanzsystems. Von der Bankenkommission und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten wurde ein neu formulierter Forderungskatalog vorgebracht. Gestützt auf die bei dieser Verhandlungsrunde erzielten Ergebnisse konnte die Bankenkommission im Sommer 1992 das Vorliegen des Gegenrechts mit Japan für einstweilen zehn weitere Gesuche zur Umwandlung bankähnlicher Finanzgesellschaften in Banken bejahen. Alle zehn Institute erhielten bis Ende Jahr eine Banklizenz.

Den acht verbleibenden japanischen bankähnlichen Finanzgesellschaften, die infolge der Änderung der Bankenverordnung vom 23. August 1989 aufgrund ihrer Emissionstätigkeit neu dem Bankengesetz unterstehen werden, verlängerte die Bankenkommission die Übergangsfrist um maximal ein Jahr. Diese Verlängerung erscheint gerechtfertigt, da diese Institute die fast einjährige Verzögerung in den Gegenrechtsverhandlungen nicht zu vertreten haben.

1992 wurden die Gespräche zwischen dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den südkoreanischen Behörden aufgenommen. In Anbetracht des eingeleiteten Deregulierungsprozesses im Finanzbereich Südkoreas wurde die Erteilung von zwei Banklizenzen an die beiden grössten südkoreanischen Bankinstitute diskutiert. Heute verfügen alle drei Schweizer Grossbanken in Südkorea über eine Wertschriften-, eine Grossbank zusätzlich über eine Bankvertretung. Der Umwandlung dieser Vertretungen in vollberechtigte Zweigniederlassungen stehen die südkoreanischen Behörden positiv gegenüber.

Südkorea arbeitet seit 1981 an der Umsetzung eines Langzeitplanes, der eine Finanzmarktliberalisierung und Internationalisierung anstrebt und einen schrittweisen Öffnungsprozess in Gang setzt (Jahresbericht 1991 S. 38). Trotz den Liberalisierungsbestrebungen und erzielten Fortschritten kann noch nicht davon gesprochen werden, dass Südkorea gegenwärtig generell Gegenrecht bietet. Insbesondere die Transparenz der Marktzugangskriterien ist trotz des Deregulierungsprozesses noch nicht gewährleistet. Aufgrund der massiven Einschränkungen der Geschäftstätigkeit, denen schweizerische Banken in Südkorea unterworfen sind, kann die Gewährleistung des Gegenrechts durch Südkorea nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten der schweizerischen Banken beurteilt werden. In diesem Sinne erteilte die Bankenkommission einer südkoreanischen Bank eine Betriebsbewilligung. Die wesentlichen qualitativen Unterschiede, aufgrund derer Südkorea das Gegenrecht nach wie vor nicht generell gewährleistet, werden Gegenstand der künftigen Gespräche und Verhandlungen mit den südkoreanischen Behörden sein.

3.2.3 Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Niederlassung Zürich / Gründung der Russischen Kommerz Bank AG

Die Bankenkommission erteilte im Berichtsjahr der Russischen Kommerz Bank AG, einer 100%igen Tochtergesellschaft der Rosvneshtorgbank, Moskau, die Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Bank. Ein entsprechender Handlungsbedarf entstand, als nach den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der ehemaligen Sowjetunion die Zürcher Zweigniederlassung der Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, der im Verhältnis zum Hauptsitz in Moskau keine rechtliche Selbständigkeit zukam, relativ ungeschützt der internationalen Gläubigerwelt gegenüberstand. Die Gläubiger der Bank hatten es daher in der Hand, auf das Niederlassungsvermögen zur Durchsetzung ihrer Ansprüche Arrest zu legen. Der Hauptsitz Moskau wäre damit gezwungen worden, entweder laufend neue Mittel in die Niederlassung einzuschiessen, um das durch Arreste blockierte Vermögen wiederherzustellen, oder die Niederlassung in Konkurs fallen zu lassen. Im Falle einer Liquidation hätte die Bankenkommission aber die Bewilligung zur weiteren Geschäftstätigkeit als Bank entziehen müssen. Mit diesem Akt wäre allen Gläubigern faktisch angezeigt worden, mit Arrest oder andern Vollstreckungsmassnahmen die ordentliche Liquidation zu verunmöglichen. Der Umstand, dass bei unverändertem Weiterbestehen die Arrestnahme bei der Zweigniederlassung Zürich zur wachsenden Gefahr geworden wäre, hätte letzten Endes dazu geführt, dass die den inländischen Gläubigern zur Deckung ihrer Forderungen dienenden Aktiven immer weniger ausreichend, die Konkursdividende somit immer kleiner geworden wäre. Vor allem zum Schutze der inländischen Gläubiger drängten sich daher Massnahmen auf.

Wie bereits in den Jahren 1985 und 1988, als die Bankenkommission in Sachen Bank für Aussenhandel der UdSSR bzw. Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR verfügte, stellte sich mit dem im Berichtsjahr ergangenen Entscheid erneut die Frage, ob die Bewilligungsvoraussetzungen insbesondere hinsichtlich Gegenrecht und konsolidierter Aufsicht erfüllt sind.

Gestützt auf die beiden in den 80er Jahren getroffenen Entscheide sowie aufgrund neuer Gesetzgebungen der Russischen Föderation hätte die Gewährleistung des Gegenrechts hinsichtlich

Russland aus rein rechtlicher Sicht bejaht werden können. Ob darüber hinaus das faktische Gegenrecht gewährleistet ist, konnte mangels Erfahrung nicht abschliessend beurteilt werden. Die Bankenkommission ging aber davon aus, dass aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Absicht, in Russland eine Bank zu kaufen bzw. zu gründen und diese faktisch umfassend und gewinnbringend zu betreiben, kaum Hindernisse entgegenstehen dürften. Eine definitive Bejahung des vollen Gegenrechts war angesichts der besonderen Umstände aber nicht möglich. Der erteilten Bewilligung kommt deshalb in bezug auf das Gegenrecht keinerlei präjudizierende Wirkung zu.

Aufgrund der geltenden russischen Bankengesetzgebung übt die Zentralbank der Russischen Föderation die Aufsicht über jede Banktätigkeit in der Russischen Föderation aus. Die Bankenkommission ging denn auch davon aus, dass in der gegenwärtigen Umbruchphase in Russland die konsolidierte Aufsicht durch die Russische Zentralbank zwar angestrebt wird, dass sie aber in der heutigen Wirklichkeit kaum die im Sinne des «Basler Konkordats» erforderliche effektive Durchsetzung erfahren wird. Gestützt auf diese Einschätzung war die Bankenkommission bereit, im vorliegenden Fall im Sinne einer Ausnahmeregelung eine Übergangsfrist zu akzeptieren. Es ist ihr aber innert angemessener Frist nachzuweisen, dass die Muttergesellschaft, die Rosvneshtorgbank, nach international anerkannten Normen auf konsolidierter Basis überwacht und damit auch die Russische Kommerz Bank AG in Zürich in die Überwachung miteinbezogen werden wird.

3.2.4 **Bank of Commerce and Credit International (BCCI) / Banque de Commerce et de Placements S.A. (BCP)**

Nach der Schliessung der BCCI durch verschiedene ausländische Aufsichtsbehörden entzog die Bankenkommission der BCP (Tochter der BCCI in der Schweiz) die Geschäftsbewilligung nicht (Jahresbericht 1991 S. 41). Die Interessen der Bankgläubiger konnten mit der Übernahme der BCP durch einen neuen Aktionär aufgrund von Kapitalzuschüssen besser gewahrt werden. Zu diesem Zeitpunkt waren noch keine Hinweise vorhanden, dass auch die BCP in unlautere oder rechtswidrige Geschäfte verwickelt war. Die Bankenkommis-

sion untersuchte jedoch im Berichtsjahr, ob die Organe der BCP für die kriminellen Machenschaften der ausländischen Führung der BCCI mitverantwortlich waren.

In ihrem Untersuchungsbericht vom 4. Mai 1992 kam die Bankenkommission zum Schluss, dass die BCP von der BCCI-Gruppe in schwerwiegender Weise zu unlauteren Zwecken missbraucht worden war. So wurden besonders in der Mitte der 80er Jahre in grossem Umfang Zahlungen über die BCP geleitet, welche der BCCI letztlich dazu dienten, Verluste zu verschleiern und fiktive Gewinne zu erzeugen. Zudem wurde die BCP 1988 durch eine Gesellschaft in eine Operation zur Geldwäscherei von Drogengeldern einbezogen, was durch eine verdeckte Fahndung ausländischer Behörden ermittelt und aufgedeckt wurde.

Die Untersuchung ergab jedoch keine Hinweise, wonach die heute noch in der Bank tätigen Personen um die Hintergründe dieser Machenschaften wussten. Aufgrund der damaligen Informationen und unter Vorbehalt neuer Tatsachen bejahte die Bankenkommission deshalb das Vorliegen der gesetzlichen Bewilligungsvoraussetzungen. Die Bankenkommission hielt der Bank jedoch in verschiedener Beziehung mangelnde Sorgfalt bei ihren Geschäften vor. Sie wies die BCP unter anderem an, in Zukunft

- ihre Sorgfaltspflicht bei der Kontoeröffnung peinlichst genau zu wahren und die wirtschaftlichen Hintergründe und den Zweck von Transaktionen abzuklären, welche der Form oder dem Betrag nach ungewöhnlich sind, sofern der wirtschaftliche Zweck und die Rechtmässigkeit nicht ohne weiteres erkennbar sind;
- regelmässige Interbankzahlungen von nennenswertem Umfang nur abzuwickeln, wenn die entsprechenden «Vostro»-Konti ordnungsgemäss eröffnet sind. Hinweise an Korrespondenzbanken, gegenüber weiteren Zahlungsempfängern den Namen der eigenen Bank zu verheimlichen, haben zu unterbleiben;
- den Verwaltungsrat durch die Direktion in jedem Fall zumindest mündlich über die Identität des Kunden und seine Geschäftstätigkeit zu informieren, wenn ein Kredit an einen Kunden mit Nummernkonto beantragt wird. Im Sitzungsprotokoll ist festzuhalten, dass diese Orientierung erfolgte.

3.2.5 **Konsolidierte Aufsicht über amerikanische Broker-Dealer**

Im Jahre 1989 entschied die Bankenkommission, dass amerikanische Broker-Dealer, welche von Holdinggesellschaften geführt werden und nur teilweise der Aufsicht durch die Securities and Exchange Commission (SEC) unterstehen, den Anforderungen des Basler Ausschusses an die konsolidierte Aufsicht noch nicht genügen (Jahresbericht 1989 S. 42 ff., EBK-Bulletin 21 S. 34–38).

Im Rahmen der Erteilung einer Bankbewilligung trug die Bankenkommission im Berichtsjahr der Tatsache Rechnung, dass die SEC kürzlich erweiterte Kompetenzen erhielt. Gestützt auf eine Änderung des Securities Exchange Act 1933 ist die SEC nämlich neu befugt, nicht nur von einem ihr direkt unterstellten Broker-Dealer, sondern auch von dessen sämtlichen übrigen Gruppengesellschaften Informationen über ihre Finanzlage und Geschäftstätigkeit einzuverlangen. Die SEC hat in diesem Zusammenhang Vollzugsvorschriften, sog. «Temporary Risk Assessment Provisions» erlassen, welche alle Gruppengesellschaften quartalsweise zur Einreichung von Informationen über Eigenkapital, Liquidität, Refinanzierung und alle sonstigen wesentlichen Aspekte der Geschäftstätigkeit verpflichten.

Darüber hinaus sicherte die SEC der Bankenkommission zu, sie werde diese von sämtlichen Vorfällen bei Schwester- und Tochtergesellschaften des betreffenden Broker-Dealer in Kenntnis setzen, die möglicherweise eine negative Auswirkung auf die gesamte Gruppe haben könnten. Bei dieser Sachlage konnte die Bankenkommission in teilweiser Änderung ihrer bisherigen Praxis feststellen, dass die Aufsicht der SEC über Broker-Dealer und deren Gruppengesellschaften der konsolidierten Aufsicht über einen Bankkonzern weitgehend ähnlich ist.

3.3 Eigenmittel

3.3.1 **Berner Kantonalbank**

Gemäss Art. 4 Abs. 1 Bst. a BankG haben die Banken für ein angemessenes Verhältnis zwischen ihren eigenen Mitteln und ihren Verbindlichkeiten zu sorgen. Die Bankenkommission kann in beson-

deren Fällen Erleichterungen von den Richtlinien zulassen oder Verschärfungen anordnen (Art. 4 Abs. 3 BankG).

Die Eigenmittelvorschriften des Bankengesetzes sind auch für die Kantonalbanken verbindlich. Die Berner Kantonalbank konnte Ende 1991 aufgrund von ausserordentlich hohen Wertberichtigungen und Rückstellungen die gesetzlich geforderte Eigenmittelbasis nicht mehr einhalten. Die Bankenkommission gewährte der Berner Kantonalbank eine befristete Eigenmittelerleichterung und liess bis Ende 1992 einen Eigenmittelfehlbetrag zu. Dieser Betrag war begrenzt auf die Höhe der Eigenmittel, die die Kantonalbank im Zusammenhang mit Hilfeleistungen für Regionalbanken aufzubringen hatte. Die Erleichterung war mit der Auflage verbunden, weder auf dem Dotations- noch auf dem Partizipationsscheinkapital Ausschüttungen vorzunehmen, da dies den Eigenmittelfehlbetrag noch zusätzlich vergrössert hätte.

Im Herbst gelangte die Berner Kantonalbank im Zusammenhang mit der im Grossen Rat des Kantons Bern anstehenden Diskussion über die Erhöhung des Dotationskapitals mit der Mitteilung an die Öffentlichkeit, dass für das Jahr 1992 erneut ein hoher Wertberichtigungsbedarf anstehe. Dieser sei namentlich im Zusammenhang mit Engagements aus den Vorjahren in der Grössenordnung zwischen fünf bis sieben Milliarden Franken zu sehen, die mit der Geschäftspolitik der neuen Bankleitung nicht zu vereinbaren und mit ausserordentlichen Verlustrisiken behaftet seien.

Die Bankenkommission wurde in der Folge vom Regierungsrat des Kantons Bern eingeladen, zu diesen problematischen Engagements und zu Massnahmen hiezu Stellung zu nehmen. Die Bankenkommission wies zunächst daraufhin, dass das kantonale Aufsichtsinstrumentarium zu verbessern sei, um namentlich auch in den der eidgenössischen Aufsicht nicht direkt unterstellten Bereichen Organisation und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit die Aufsichtskompetenzen effizient wahrnehmen zu können (vgl. auch Ziff. 3.6.2 und Jahresbericht 1991 S. 53 ff.). Ferner stellte die Bankenkommission fest, dass das effektive Ausmass der erforderlichen Wertberichtigungen am Jahresende aufgrund detaillierter Abklärungen eruiert werden müsse. Um die Publikation einer gesetzeskonformen Jahresrechnung sicherzustellen, verlangte die Bankenkommission

deren Vorlage vor der Veröffentlichung. Als weitere Schritte stellte die Bankenkommission den Abbau von Debitoren und Desinvestionen sowie eine Untersuchung des Umfeldes und der Verantwortlichkeiten für das Zustandekommen der risikobehafteten Engagements in den Vordergrund.

Nebst anderen Massnahmen ordnete der Regierungsrat des Kantons Bern eine solche Untersuchung an. Ferner erwägt er, wie andere Kantone auch, eine Übertragung der kantonalen Aufsichtskompetenzen auf die Bankenkommission (vgl. Ziff. 3.6.2).

3.3.2 **Solothurner Kantonalbank**

In der zweiten Hälfte des Jahres 1992 hat die Solothurner Kantonalbank die in Probleme geratene Bank in Kriegstetten übernommen. Durch diese Hilfeleistung erhöhen sich bei der Solothurner Kantonalbank die erforderlichen Eigenmittel im Umfang der Übernahmekosten.

Die Solothurner Kantonalbank reichte daraufhin ein Gesuch um Eigenmittel-Erleichterung ein. Die Bankenkommission ist analog zur Berner Kantonalbank bereit, diese Unterstützung im Interesse einer Regionalbank und ihrer Gläubiger als besonderen Fall im Sinne von Art. 4 Abs. 3 des BankG anzusehen, welcher eine Erleichterung von den Eigenmittel-Vorschriften rechtfertigt. Aus diesem Grunde wird der Solothurner Kantonalbank gestattet, einen zeitlich sowie betragsmässig begrenzten Eigenmittel-Fehlbetrag auszuweisen.

3.3.3 **SKA/CS Holding**

Seit dem Entscheid des Bundesgerichtes, welches am 11. Dezember 1990 die beiden Verwaltungsgerichtsbeschwerden der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) und der CS Holding abgewiesen hatte (vgl. Jahresbericht 1990 S. 34–35), ist die SKA der Bankenkommission gegenüber verantwortlich dafür, dass die Eigenmittel-Vorschriften des Bankengesetzes auf Stufe der ihr übergeordneten CS Holding konsolidiert eingehalten werden. Ende 1991, im Zeitpunkt des Ablaufes der in der Verfügung von 1989 durch die Bankenkommission ursprünglich gewährten Übergangsfrist, erfüllte die CS Hol-

ding konsolidiert die schweizerischen Eigenmittel-Vorschriften gemäss Bankengesetz für den gesamten CS-Holding-Konzern.

Die Bankenkommission untersucht zur Zeit die Frage, ob und inwieweit die Einhaltung der im internationalen Vergleich mehrheitlich strengen schweizerischen Eigenmittel-Vorschriften auf konsolidierter Ebene die Schweizer Bankkonzerne generell im internationalen Wettbewerb mit Banken und Wertschriftenhäusern anderer G-10-Staaten benachteiligt. Die Erkenntnisse über die konkreten Auswirkungen der schweizerischen Vorschriften auf die SKA-Gruppe – einer der wenigen in Zahlen nachvollziehbaren Anwendungsfälle der konsolidierten Aufsicht über ein internationales Finanzkonglomerat (vgl. Ziff. 5.3) – sind für diese Analyse von grosser Bedeutung.

3.3.4 **Eigenmittel für «andere Liegenschaften»**

Ende 1991 meldete eine Regionalbank der Bankenkommission in Anwendung der Vorschriften zur Risikoverteilung (Art. 4bis BankG, Art. 21 BankV, EBK-Rundschreiben 72/2) den geplanten Kauf einiger bestehender, voll vermieteter Mehrfamilienhäuser. Dabei stand der Anlagezweck im Vordergrund. Es handelte sich also nicht um sogenannte Zwangsübernahmen von Sicherheiten schlechter Schuldner.

Mit dem in der Folge getätigten Kauf verfügte die Regionalbank über einen Eigenbestand an anderen Liegenschaften, deren gesamter Buchwert auf knapp 150% der angerechneten Eigenmittel und über 12% der Bilanzsumme zu stehen kam.

Nach Meinung der Bankenkommission entspricht ein derartig hoher Immobilienbestand einer ungünstigen Risikoverteilung, gerade auch mit Blick auf das heutige Umfeld.

Ob sich solche Geschäfte mit dem primären Geschäftszweck einer Bank in Einklang bringen lassen, ist zudem zu bezweifeln. Ob die übrigen Voraussetzungen (Statuten/Reglemente, Organisation, Personal) in diesem Fall eingehalten sind, liess die Bankenkommission offen. Schliesslich sollte das gesamte Anlagevermögen auch bei Banken vermehrt mit Eigenmitteln refinanziert sein.

Der Bank wurde gestützt auf Art. 4 Abs. 3 BankG sowie in Abweichung von Art. 13 Abs. 1 Bst. a Ziff. 8 BankV empfohlen, den die

angerechneten Eigenmittel übersteigenden Teilbetrag anderer Liegenschaften vollumfänglich, d.h. zu 100% anstelle zu bloss 30% mit eigenen Mitteln zu unterlegen. Diese Berechnungsweise hatte die Bank erstmals auf Ende 1992 anzuwenden. Die Bank hat die Empfehlung angenommen.

3.3.5 **Gemeindegarantien**

Art. 11 Abs. 1 Bst. c BankV anerkennt den Garantiebetrag von Gemeinden (politische Gemeinde, Burgergemeinde, Kirch- oder Schulgemeinde) als Eigenmittel. Hingegen verbietet Art. 4 der Richtlinie 89/299 der europäischen Gemeinschaft betreffend Eigenmittel von Kreditinstituten ausdrücklich, in die Eigenmittel Staatsgarantien aufzunehmen. Die diesbezügliche Bestimmung der Schweiz (Art. 11 Abs. 1 Bst. c BankV) stand in klarem Widerspruch zum Recht der Gemeinschaft, weshalb es vorgesehen war, im Rahmen von Eurolex diese Bestimmung aus dem Katalog der anerkannten Eigenmittel zu streichen.

Die Bankenkommission vertritt die Ansicht, dass diese Bestimmung sicherlich überholt ist und zu grossen praktischen Problemen führt, weshalb sie, unter Gewährung einer angemessenen Übergangsfrist für die betroffenen Banken, aufgehoben werden sollte. Weder die EG-Richtlinien noch die vom Basler Ausschuss erarbeiteten Prinzipien anerkennen derartige Garantien als eigene Mittel. Ökonomisch betrachtet handelt es sich nicht um eigene Mittel, da die Garantie nicht Mitteln entspricht, die der Bank für deren Tätigkeit effektiv zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus haben die Schwierigkeiten einiger Regionalbanken gezeigt, dass diese Garantien – die bis vor kurzem eher als theoretische Verbindlichkeiten betrachtet wurden – im Falle der Leistung die betroffenen Gemeinden in eine problematische Situation bringen würden.

3.3.6 **Abzug zugunsten der Kantonalbanken**

Art. 13 Abs. 3 Bst. b BankV gewährt den Kantonalbanken einen Abzug von 12,5% von den erforderlichen eigenen Mitteln, dies unter Berücksichtigung einerseits der vom Kanton geleisteten Staatsgaran-

tie und andererseits der im Unterschied zu Nicht-Kantonalbanken fehlenden Anrechenbarkeit nachrangiger Schulden als eigene Mittel.

Im Rahmen von Eurolex stellte sich nach Prüfung und Gesprächen mit dem Kantonalbankenverband heraus, dass dieser Abzug zugunsten der Kantonalbanken, falls er nicht bereits als solcher im Widerspruch zu den EG-Richtlinien stehe, in der Praxis unwirksam und daher unbrauchbar würde, da dessen Beanspruchung gemäss EG-Anforderungen sich als Eigenmittelmanko niederschlagen würde. Konsequenterweise wurde in Betracht gezogen, diese Bestimmung ausser Kraft zu setzen und den Kantonalbanken dafür die Anrechenbarkeit nachrangiger Schulden zu erlauben, sofern diese durch die Staatsgarantie abgedeckt würden. Geht man aber davon aus, dass die nachrangigen Forderungen durch die Staatsgarantie abgedeckt werden, stellte die Nachrangigkeit eine reine Fiktion dar, wie dies die Bankenkommission bereits im Zusammenhang mit der Verordnungsänderung feststellte (EBK-Bulletin 19 S. 36). Dagegen erscheint es möglich, bei Kantonalbanken die Anrechenbarkeit nachrangiger Darlehen, die nicht durch die Staatsgarantie abgedeckt sind, zuzulassen, in Berücksichtigung der besonderen Art der Verpflichtung, die nachrangige Schuldinstrumente nach sich ziehen, obwohl es sich definitionsgemäss bei einer Kantonalbank um eine Bank handelt, für deren Verbindlichkeiten der Kanton eine Garantie übernimmt.

Auch wenn eine nachrangige Forderung eine Schuld ist, nimmt sie, ökonomisch betrachtet, im Falle einer Liquidation, eines Konkurses oder eines Nachlassverfahrens den Charakter von eigenen Mitteln an. Darüber hinaus dient die Staatsgarantie dem Schutz der gewöhnlichen Gläubiger und nicht derjenigen, die der Bank Quasi-Eigenmittel zur Verfügung stellen. Letztere stimmen zu, dass ihre Forderungen im Rang hinter alle übrigen zurücktreten. Sie sind folglich von den gewöhnlichen Gläubigern zu unterscheiden. Von daher ist es zu vertreten, nachrangige Darlehen nicht unter Verbindlichkeiten gemäss Art. 3 Abs. 4 BankG zu subsumieren. Als Art. 763 OR, der die Basis von Art. 3 Abs. 4 BankG bildet, eingeführt wurde, war der Begriff des nachrangigen Darlehens noch unbekannt. Man bedachte daher nicht, dass nachrangige Darlehen den Banken zur Schaffung von eigenen Mitteln dienen könnten, sondern sah lediglich, dass, im Falle der Kantonalbanken, eine Abdeckung dieser Verbindlichkeiten durch eine Staatsgarantie zu erfolgen hat. Folgerichtig ist zuzulassen,

dass diese Verbindlichkeiten aus der Staatsgarantie ausgeschlossen werden können.

Unabhängig vom EWR-Abkommen und im Sinne einer Angleichung an die internationalen Standards erscheint es wünschenswert, dass auch die Kantonalbanken nachrangige Schulden als eigene Mittel anrechnen können. Es versteht sich von selbst, dass diese Möglichkeit nicht mit dem heute geltenden Abzug von 12,5% kumuliert werden kann. Es würde sich empfehlen, nicht nur die Art. 11 Abs. 3 und Art. 13 Abs. 3 Bst. b BankV zu ändern, sondern im gleichen Sinne zugleich Art. 3 Abs. 4 BankG. Eine Anpassung des letzteren würde den Vorteil der Klarheit ohne Veränderung des materiellen Gehaltes mit sich bringen.

3.3.7 **Eigenmittelunterlegung für Marktrisiken**

Noch nicht zum aquis communautaire unter dem EWR-Abkommen gehört die künftige EG-Richtlinie über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Kapitaladäquanzrichtlinie). Sie soll in der Europäischen Gemeinschaft auf Anfang 1995 in Kraft treten. Die Kapitaladäquanzrichtlinie regelt die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken auf Wertschriften- und Währungspositionen sowie die Begrenzung der Klumpenrisiken für Wertpapierfirmen und Banken. Bezüglich des Marktrisikos auf Wertschriftenpositionen beruht sie, in leicht modifizierter Form, auf dem im Januar 1992 zwischen dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und der International Organization of Securities Commissions diskutierten Harmonisierungsvorschlag (vgl. Ziff. 5.1 und 5.3). Da zwischen diesen Organisationen auf weltweiter Ebene noch keine Einigung zustande kam, musste die Europäische Gemeinschaft im Hinblick auf die Verwirklichung ihres Binnenmarktes zu einem vorläufigen Abschluss gelangen. Die Kapitaladäquanzrichtlinie enthält jedoch eine Revisionsklausel, welche die Anpassung an eine später erreichte Harmonisierung auf übergeordneter Ebene vorbehält.

Für die Schweiz stellt sich trotz der Ablehnung des EWR-Abkommens die Frage nach der Umsetzung der Kapitaladequanzrichtlinie ins nationale Recht, weil die EG in diesem Bereich der Harmonisie-

rung ausnahmsweise weiter fortgeschritten ist als der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht. Da es sich um ein äusserst komplexes Regelungswerk handelt, sind längere Vorarbeiten erforderlich. Aus Gründen der Rechts- bzw. Wettbewerbsgleichheit müssen die besonderen Eigenmittelvorschriften für das Wertschriftengeschäft sowohl auf die Banken als auch auf die ausschliesslich dem zukünftigen Börsengesetz unterstellten Effektenhändler des Nicht-Bankenbereichs Anwendung finden. Es sind also einerseits die Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung zu ergänzen und andererseits parallele Verordnungsbestimmungen zu einem zukünftigen Börsengesetz zu entwerfen. Höchste Anforderungen stellen insbesondere die komplizierten Regelungen zur Erfassung des Zinsänderungsrisikos auf den festverzinslichen Wertschriften im Handelsbestand sowie allgemein die tägliche Bewertung der Handelsbestände zum Marktpreis. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit dieser Materie ist deshalb für Finanzinstitute und Aufsichtsbehörde gleichermassen notwendig. Änderungen gegenüber der EG-Richtlinie, welche sich aus einer allfälligen Einigung zwischen Basler Ausschuss und IOSCO ergeben, können bis zum Inkrafttreten des Börsengesetzes immer noch eingebaut werden.

3.4 Rechnungslegung

3.4.1 Totalrevision der Gliederungsvorschriften

Die Banken haben ihre Bilanzen, den Anhang dazu und die Erfolgsrechnungen nach den in den Art. 23–25 BankV und im Anhang II BankV vorgeschriebenen Gliederungsschemata aufzustellen. Diese Gliederungsvorschriften datieren aus dem Jahre 1972. Sie vermögen den Entwicklungen des modernen Bankgeschäftes zum Teil nicht mehr zu genügen. Ihre Anwendung auf die Innovationen der Bankwirtschaft bereitet je länger, je mehr Schwierigkeiten. Auch werden sie den heutigen Ansprüchen an eine transparente und aussagekräftige Jahresrechnung nicht mehr gerecht. Die Bankenkommission beschloss deshalb, die Art. 23–25 BankV und den Anhang II BankV einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Sie setzte zu diesem Zwecke im Frühjahr 1992 eine Expertenkommission unter dem Vorsitz

von Prof. Dr. oec. Max Boemle, Ordinarius an den Universitäten von Freiburg und Lausanne, ein. Der Expertenkommission gehören Vertreter der Banken und Revisionsgesellschaften sowie der Schweizerischen Nationalbank und des Sekretariates der Bankenkommission an.

Der Auftrag an die Expertenkommission umfasst die Anpassung der Rechnungslegungsvorschriften der Bankenverordnung an die Entwicklungen des Bankgeschäftes seit 1972 und an die gestiegenen Anforderungen hinsichtlich klarer und transparenter Information. Zu berücksichtigen sind dabei das revidierte Aktienrecht sowie die Rechtsetzung der Europäischen Gemeinschaft im Bankbilanzrecht. Ferner hat die Revision die Aufnahme von Bestimmungen über die Darstellung und Gliederung der Bank-Konzernrechnung vorzusehen.

Ziel der Revision im Bereich Bilanzwahrheit und -klarheit ist es, die Transparenz und den Informationsgehalt der Bilanzen und Erfolgsrechnungen und insbesondere auch des Anhangs zu verbessern. Namentlich sollen Kompensationsmöglichkeiten beseitigt und das Bruttoprinzip durchgesetzt werden.

Die Expertenkommission nahm ihre Arbeit im Sommer 1992 auf. Gemäss ihrem Auftrag ist vorgesehen, dass sie im Verlaufe des Jahres 1993 der Bankenkommission einen Revisionsentwurf vorlegen wird.

3.4.2 **Auslegung des Rundschreibens «Bildung und Auflösung von stillen Reserven»**

Die Anwendung und Auslegung des auf den 31. Dezember 1990 in Kraft gesetzten Rundschreibens 90/2 «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» (RSstR) gab, was angesichts der heiklen Thematik nicht zu erstaunen vermag, Anlass zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Bankenkommission, Banken und Revisionsgesellschaften. Die unterschiedlichen Auffassungen akzentuierten sich in der Anwendung von Bandbreiten bei der Bewertung und in der Behandlung von freiwerdenden Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Im Frühling 1992 entschied die Bankenkommission, dass (a) Bandbreiten für Rückstellungen und Wertberichtigungen nicht zuläs-

sig sind und (b) die stille, perioden-, positions- und zweckfremde Verwendung von freiwerdenden Rückstellungen und Wertberichtigungen einen Verstoss gegen das Bruttoprinzip darstellt. Dieser Beschluss wurde der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Treuhand-Kammer am 24. April 1992 mitgeteilt.

Die Möglichkeit, innerhalb von Bandbreiten die Bewertungsgrundsätze verschieben zu können, ohne dass dies als Änderung der Bewertung im Sinne des RSstR erscheint und aufgefasst würde, ist mit den Zielsetzungen des Rundschreibens nicht vereinbar. Dadurch könnten stille Reserven aufgelöst werden, ohne dass dies in der Jahresrechnung offengelegt werden müsste. Die Wirksamkeit des Rundschreibens ist deshalb nur dann gewährleistet, wenn die Bewertungsgrundsätze klar definiert, eindeutig festgelegt und nachvollziehbar sind. Bandbreiten sind deshalb unzulässig.

Werden Rückstellungen und Wertberichtigungen für andere Zwecke verwendet als für diejenigen, für welche sie ursprünglich gebildet wurden, so kommt dies einer Verwendung, d.h. einer Auflösung von stillen Reserven gleich, die gemäss dem RSstR zu behandeln ist. Die Neuverwendung von Rückstellungen und Wertberichtigungen ist deshalb offenzulegen, wenn sie, allenfalls zusammen mit anderen Auflösungen von stillen Reserven, wesentlich im Sinne des RSstR ist.

Die Bankenkommission wurde in der Folge ersucht, diese Beschlüsse in Wiedererwägung zu ziehen. Sie entschied, dass auf das Verbot der Bandbreiten nicht mehr zurückgekommen wird, übertrug jedoch die Frage betreffend die Neuverwendung von Rückstellungen und Wertberichtigungen zur Überprüfung an die Expertenkommission für die Revision der Art. 23–25 BankV (siehe Ziff. 3.4.1 S. 51). Die Expertenkommission bestätigte im Grundsatz die Beurteilung der Bankenkommission, präzisierte jedoch deren Ausführungen vom 24. April 1992. Die Bankenkommission beschloss am 24. September 1992, die von der Expertenkommission ausgearbeitete Formulierung als neue Ziff. 3.4 ins RSstR aufzunehmen. Diese Änderungen sehen im wesentlichen wie folgt aus:

- Rückstellungen und Wertberichtigungen, welche betriebswirtschaftlich nicht mehr erforderlich sind, werden zu stillen Reserven.

- Werden freiwerdende Rückstellungen und Wertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst, muss eine Buchung über die Ertragsposition «Verschiedenes» erfolgen.
- Werden freiwerdende Rückstellungen und Wertberichtigungen für die Bildung von betriebsnotwendigen Rückstellungen und Wertberichtigungen mit anderem Zweck verwendet («Neuverwendungen»), muss eine erfolgswirksame Buchung über die Aufwandposition «Verluste, Abschreibungen, Rückstellungen» vorgenommen werden.
- Sowohl bei individuellen wie auch bei Pauschalrückstellungen und -wertberichtigungen ist deren Zweckbestimmung klar festzuhalten.

3.4.3 **Neupublikation der Jahresrechnung**

Eine Bank publizierte im Schweizerischen Handelsamtsblatt eine Jahresrechnung, in welcher sie eine direkte Belastung des Gewinnvortrages des Vorjahres zur Bildung von Wertberichtigungen für Länderrisiken vorgenommen hatte. Dieses Vorgehen widerspricht in krasser Weise den bankenrechtlichen Bilanzierungsvorschriften. Die Bankenkommission verfügte eine Neupublikation der Jahresrechnung.

Durch die direkte Verrechnung eines Wertberichtigungsbedarfs für Länderrisiken mit dem Gewinnvortrag des Vorjahres hatte die Bank das Bruttoprinzip verletzt sowie gegen die Bilanzierungsvorschrift von Art. 25 Ziff. 2.7 BankV in Verbindung mit Ziff. 2.7 Anhang II B BankV verstossen, welche für die Bildung von Wertberichtigungen die Position «Verluste, Abschreibungen und Rückstellungen» vorschreibt. Der Einwand der Bank, mit einer Fussnote zur Position «Gewinnvortrag» diese direkte Belastung transparent erläutert zu haben, vermochte diesen Verstoss nicht gutzumachen.

Hinzu kam, dass die Bank mit dem gewählten Vorgehen versuchte, den Ausweis eines Reinverlustes zu vermeiden. Gegenüber der zuerst veröffentlichten Jahresrechnung, die einen Reingewinn zeigte, musste die Bank in der verfügten Neupublikation, in welcher korrekt die Aufwandposition «Verluste, Abschreibungen und Rückstellungen» mit dem Wertberichtigungsbedarf belastet wurde, einen Reinverlust ausweisen.

3.5 Revisionswesen

3.5.1 Unabhängigkeit der Revisionsstellen

Das schweizerische Bankaufsichtssystem beruht auf der unmittelbaren Prüfung in den Banken durch von der Bankenkommission anerkannte Revisionsgesellschaften einerseits und der Oberaufsicht durch die Bankenkommission als unabhängige Verwaltungsbehörde des Bundes mit umfassenden Eingriffskompetenzen andererseits. Das gegenwärtige System gestattet der öffentlichen Verwaltung, sich von einer Aufgabe zu entlasten, welche die Privatwirtschaft im allgemeinen fachlich kompetent sowie flexibel erfüllen kann.

Die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes und das Auftreten von grossen Risiken in gewissen Geschäften haben das Bankaufsichtssystem auf die Probe gestellt. Wie die Banken unterstehen auch die bankengesetzlichen Revisionsstellen der Aufsicht der Bankenkommission. Daraus abgeleitet wurden Administrativverfahren gegen Verantwortliche eröffnet, welche die Aufsichtsbehörde über schwerwiegende Mängel in der internen Organisation oder über die finanzielle Lage einer Bank nicht korrekt informiert haben. Die Bankenkommission ist in solchen Fällen befugt einzugreifen, sei es, indem sie Weisungen zu organisatorischen Veränderungen in den Revisionsgesellschaften erlässt, sei es, indem sie leitenden Revisoren, die nicht mehr Gewähr für eine einwandfreie Tätigkeit bieten, die Anerkennung entzieht. Als weitestreichende Massnahme gilt der Entzug der Anerkennung als bankengesetzliche Revisionsstelle.

Bis heute hat sich das schweizerische Aufsichtssystem insgesamt gut bewährt. Verbesserungen sind jedoch anzustreben. Zu prüfen ist, wie die Unabhängigkeit der bankengesetzlichen Revisionsstellen gegenüber den zu revidierenden Banken weiter verstärkt werden kann. Die geltenden strengen Anforderungen an die personelle und finanzielle Unabhängigkeit, die Begrenzung der Einnahmen aus einem einzelnen Revisionsmandat, die Genehmigungspflicht für den Revisionsstellenwechsel sowie die Sanktionsmöglichkeiten der Bankenkommission bei Verletzung der Revisionspflicht vermögen den Interessenkonflikt nicht vollständig zu beseitigen. Andere Massnahmen sind im Einzelfall, wenn notwendig, vorzusehen, wie z.B. die Zuteilung der Revisionsmandate durch die Bankenkommission, ein

periodisch vorgeschriebener Wechsel der Revisionsstelle oder des leitenden Revisors oder die regelmässige Qualitätskontrolle der Revisionsarbeit durch eine andere bankengesetzliche Revisionsstelle.

3.5.2 **Bewertung von Hypothekarkrediten**

Während der letzten Jahre sind beträchtliche Abweichungen bei der Bewertung, vor allem von Hypothekarkrediten, aufgefallen (Jahresbericht 1991 S. 43 f.). Mit der Schweizerischen Bankiervereinigung sind Gespräche zwecks Erarbeitung von geeigneten Weisungen zur Vereinheitlichung aufgenommen worden, um die Bewertungsprobleme möglichst zu vermindern. Die Anregung der Bankenkommission ist wohlwollend aufgenommen worden, und die ersten Reaktionen lassen die Inkraftsetzung einer Empfehlung der Schweizerischen Bankiervereinigung erwarten (vgl. auch Ziff. III Ziff. 2 S.13).

3.5.3 **Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds**

Die Bankenkommission genehmigte eine von der Treuhand-Kammer beantragte Teilrevision des Tarifes für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds (SR 952.715). Der neue Tarif trat am 1. Januar 1992 in Kraft und gilt für die Revision der Jahresabschlüsse vom 31. Dezember 1991 an. Die Stundenentschädigungen, die sich wie bisher an den Ansätzen der Honorarordnung der Treuhand-Kammer orientieren, wurden an die Kostensteigerungen angepasst und berücksichtigen die spezifische Rolle und gewachsene Verantwortung der bankengesetzlichen Revisionsstellen.

3.6 **Kantonalbanken**

Im Jahresbericht 1991 vertrat die Bankenkommission entschieden die Auffassung, dass das Instrumentarium der kantonalen Instanzen, denen die Aufsicht über die jeweilige Kantonalbank übertragen ist, verstärkt werden müsse und dass bei jenen Kantonalbanken, die noch nicht über eine externe Revisionsstelle verfügen, auf die Einsetzung einer solchen hingewirkt werden müsse (vgl. Jahresbericht 1991 S. 53 ff.).

3.6.1. **Externe Revisionsstellen**

Hinsichtlich dieses Postulates führte die Bankenkommission bei den elf Kantonalbanken, bei welchen Anfang 1992 das interne Inspektorat die Aufgaben der externen Revisionsstelle wahrnahm, eine Erhebung durch mit dem Ziel festzustellen, ob diese Inspektorate den Anforderungen nach Art. 18 Abs. 2 BankG für die Wahrnehmung der externen Revision nach wie vor genügten. Die Untersuchung zeigte auf, dass Mitarbeiterbestand, Instrumente der Prüfungsplanung sowie die organisatorischen Grundlagen der Inspektorate mit dem Wachstum der Banken und den Veränderungen des Bankgeschäftes teilweise nicht Schritt gehalten hatten.

In zwei Fällen forderte die Bankenkommission unmittelbar die Übertragung der bankengesetzlichen Revision auf eine externe Revisionsstelle. Vier weitere Kantonalbanken waren bereit, eine externe Revisionsstelle einzusetzen oder diese Massnahme zu prüfen. Das weitere Vorgehen bei den restlichen Instituten bleibt noch offen.

3.6.2 **Aufsicht über die Kantonalbanken**

Im Rahmen von «Eurolex» (vgl. Zusatzbotschaft II zur EWR-Botschaft vom 15. Juni 1992 S. 182 und 198) hätte mit einem revidierten Art. 3 Abs. 4 BankG ausdrücklich eine Verpflichtung der Kantone ins Gesetz eingefügt werden sollen, eine institutsunabhängige kantonale Aufsicht über die Kantonalbanken einzurichten, die auch die Einhaltung der Bewilligungsvoraussetzungen gemäss Art. 3 Abs. 2 BankG sicherstellt. Die im Vorjahr von der Bankenkommission geforderte Verstärkung des kantonalen Aufsichtsinstrumentariums hätte damit positivrechtlich verankert werden können.

Die Kantone nahmen die Postulate nach einer verstärkten, den Bedürfnissen des modernen Bankgeschäftes angepassten Beaufsichtigung ihrer Kantonalbanken auch ohne gesetzliche Verankerung zur Kenntnis. Ergebnis der Überlegungen war, dass die bestehenden kantonalen Aufsichtsinstanzen diese Aufgabe nicht ohne weiteres übernehmen können und dass die Schaffung einer angemessenen kantonalen Aufsicht für ein einzelnes Bankinstitut mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden sein kann. So kam der Gedanke auf, die

kantonale Überwachungskompetenz der Bankenkommission zu übertragen und auf eine eigene Aufsicht zu verzichten.

An die Bankenkommission wurde in der Folge die Frage herangetragen, ob und in welchem Rahmen dies gegebenenfalls möglich sein könnte. Die Bankenkommission steht dem Ansinnen, die kantonalen Aufsichtskompetenzen über eine Kantonalbank an sie zu übertragen, grundsätzlich positiv gegenüber. Nachdem die Anforderungen an die Beaufsichtigung von Banken gestiegen sind und weiterhin steigen werden, erscheint die Vereinigung der Aufsicht auch über die Kantonalbanken bei einer einzigen Behörde als durchaus sinnvoll und administrativ zweckmässig.

Grundlagen für diese Übertragung wären zunächst einmal im kantonalen Recht zu schaffen. Es ist von jedem einzelnen interessierten Kanton abzuklären, inwieweit entsprechende Regelungen mit seiner Souveränität und Verfassung zu vereinbaren sind. Es sind aber auch Fragen des eidgenössischen Staats- und Verwaltungsrechts zu klären. Der nicht reichhaltigen Rechtsprechung hiezu kann immerhin entnommen werden, dass eine bestehende verfassungsmässige und gesetzliche Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen nicht ohne weiteres verschoben werden kann, jedenfalls nicht bloss aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Bund und einem einzelnen Kanton.

Die anstehenden staatsrechtlichen Fragen unterbreitete die Bankenkommission dem Bundesamt für Justiz zur Begutachtung. In seiner Stellungnahme kam dieses zum Schluss, dass eine Übertragung der Aufsicht über die Kantonalbanken auf die Bankenkommission verfassungsrechtlich möglich sei. Auf bundesrechtlicher Ebene sei aufgrund einer Anpassung des Bankengesetzes der Aufsichtsbereich der Bankenkommission zu erweitern und vorzusehen, dass die Übertragung durch einseitigen Akt des interessierten Kantons erfolgen könne. Die bundesrechtliche Regelung müsse den Rahmen der übertragbaren Aufsichtsfunktionen enthalten und die Interventionsmöglichkeiten der Bankenkommission gegenüber den Kantonalbanken festlegen. Ein von einem an einer Übertragung der Aufsichtskompetenzen interessierten Kanton seinerseits in Auftrag gegebenes Gutachten kommt ebenfalls zum Schluss, dass hiefür eine Grundlage im Bankengesetz geschaffen werden müsse. Aufgrund der bestehenden

gesetzlichen Regelung könne sich der Kanton in seiner Gesetzgebung höchstens einseitig verpflichten, (a) in seinem Aufsichtsbereich Empfehlungen der Bankenkommission einzuholen und (b) diese alsdann kraft seiner Kompetenzen umzusetzen.

3.7 Raiffeisenbanken

Wie alle anderen Banken sind auch die Raiffeisenbanken verpflichtet, dafür zu sorgen, dass zwischen ihren eigenen Mitteln und den gesamten Verbindlichkeiten ein angemessenes Verhältnis besteht. Im Berichtsjahr sah sich die Bankenkommission gegenüber den Raiffeisenbanken in diesem Bereich zu einer Klarstellung veranlasst. Art. 11 BankV legt das deckungsfähige Eigenkapital abschliessend fest. Nicht als eigene Mittel anrechenbar sind gemäss dieser Bestimmung von der Zentralbank des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken ausgegebene Garantien.

Eigenmittelfehlbeträge können demzufolge nicht mit solchen Garantien abgedeckt werden. Ausnahmen können höchstens für eine beschränkte Zeitdauer und lediglich für unbedeutende Fehlbeträge zugelassen werden.

3.8 Spar- und Leihkasse Thun

Über die Schliessung der Spar- und Leihkasse Thun, die bereits das Berichtsjahr 1991 nachhaltig prägte, wurde bereits im Jahresbericht 1991 S. 12 und 26 ff. sowie im EBK-Bulletin 22 S. 9 f. informiert.

Im August 1992 reichte der Kommissär bei der Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkurssachen für den Kanton Bern (Obergericht des Kantons Bern) den Status der Bank per 30. Juni 1992 ein. Er orientierte gleichzeitig die Öffentlichkeit über die Ergebnisse seiner Erhebungen und Bewertungen zur Vermögenslage der Spar- und Leihkasse Thun in Liquidation. Grundlage des Status bildeten die direkte Bewertung von 80% aller Ausleihungen sowie Pauschalbe-

wertungen auf den restlichen 20%. Die übrigen Bilanzpositionen wurden auf ihre Werthaltigkeit hin untersucht, unter Abschätzung künftiger Risiken, welche zu Rückstellungen führen mussten. Der Kommissär hielt fest, dass die Spar- und Leihkasse Thun in Liquidation auf den 30. Juni 1992 eine Überschuldung von rund 170 Millionen Franken auswies. Diese massive Überschuldung sei das Resultat eines umfangreichen Wertberichtigungsbedarfes von ca. 255 Millionen Franken, dem Eigenmittel von lediglich 85 Millionen Franken gegenüberstünden. In diesem Zusammenhang ist bezüglich der Höhe der Zahlen und der darauf abgestützt prognostizierten Verlustquote von ca. 25% anzumerken, dass die Aktiven einer Bank in Liquidation soviel wert sind, wie sie im Zeitpunkt der Veräusserung einbringen, und daher jeder Status nur die Qualität einer Schätzung haben kann. Die Liquidatorin schloss sich der Beurteilung des Kommissärs an, die Bank sei überschuldet. Sie reichte in der Folge namens der Bank ein Gesuch um Gewährung einer Nachlassstundung im laufenden Liquidationsverfahren beim Obergericht des Kantons Bern ein. Dieses entsprach dem Gesuch, womit die Bank auf den 1. Januar 1993 in Nachlassstundung trat.

Die Liquidatorin stellte mit Ausnahme der Festhypotheken alle Kredite fällig. Im Verlauf des Jahres wurden 45% auf fälligen Guthaben sowie die Nettoguthaben unter 5000 Franken vollständig ausbezahlt. Die Rückführung der Kredite wurde konsequent vorangetrieben. Die Umsetzung der Konvention XVIII der Bankiervereinigung wurde vorbereitet, so dass eine rasche Vergütung von maximal 30000 Franken pro Gläubiger von Spar-, Lohn-, Gehalts- und Rentenkonti auf den Zeitpunkt der vom Obergericht gewährten Nachlassstundung (1. Januar 1993) vorgenommen werden kann. Es ist zu berücksichtigen, dass erst dieser Zeitpunkt die Leistung der Banken gemäss Konvention XVIII der Bankiervereinigung auslöst. In diesem Zusammenhang ist zweifellos zu prüfen, ob der Schutz bezüglich Umfang und Adressatenkreis sowie bezüglich Leistungszeitpunkt nicht Ergänzungen bedarf.

Die Missstände, die zur Liquidation der Bank führten, veranlassten die Bankenkommission, gegen die Bank und die verantwortlichen Organe Strafanzeige beim Eidgenössischen Finanzdepartement einzureichen. Die vom Kreditchef eingeleiteten und betreuten sowie vom

Direktor und vom Verwaltungsrat geduldeten Geschäfte missachteten den Grundsatz der Risikoverteilung. Damit entstand eine Risikokonzentration, die, die rechtzeitige Meldung durch die Bank vorausgesetzt, von der Bankenkommission niemals hätte toleriert werden können. Zudem entsprachen die Geschäfte weder bezüglich der Belehnung noch der Einhaltung der Kompetenzen den bankinternen Normen sowie bezüglich Dokumentation und Überwachung nicht den bankengesetzlichen Vorschriften. Damit haben die verantwortlichen Organe die Verletzung der Bewilligungsvoraussetzungen, der Meldepflichten und der Führung der Geschäftsbücher zu verantworten. Zudem reichte die Bankenkommission beim Untersuchungsrichteramt Thun eine Strafanzeige gegen den ehemaligen Kreditchef der Bank wegen ungetreuer Geschäftsführung ein.

Die Spar- und Leihkasse Niedersimmental, ehemals 60%ige Tochtergesellschaft der Spar- und Leihkasse Thun, trat Anfang Juli 1992 freiwillig in Liquidation. Der Vermögensstatus zeigte auf, dass bei der Bank keine Überschuldung vorlag. Die Auszahlung der Kundenforderungen konnte realisiert und die Übernahme der Kredite, Pfandbriefdarlehen und Kassenobligationen durch die Berner Kantonalbank vereinbarungsgemäss abgewickelt werden. Der Anspruch der Spar- und Leihkasse Thun in Liquidation auf den Liquidationserlös wurde mit Schadenersatzansprüchen der Spar- und Leihkasse Niedersimmental verrechnet. Dies erlaubt eine Verteilung des Liquidationserlöses an die Publikumsaktionäre, welchen dadurch ein Mehrfaches des Nennwertes ihrer Anteilscheine zukommt. Mit dem Abschluss der Liquidation wird nicht vor Mitte 1993 zu rechnen sein.

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

4.1 Behörden des Bundes

Die Bankenkommission nahm zuhanden des Eidgenössischen Finanzdepartements Stellung zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen, so namentlich zu den Einfachen Anfragen über ehemalige DDR-Tarnfirmen in der Schweiz, über die bessere und frühere

Kontrolle der Banken, über die Kontrolle der Kantonalbanken sowie zu den Motionen über Banken und über ein Zentrales Kundenregister und zur Parlamentarischen Initiative über die Revision des Bankengesetzes (Parlamentarische Oberaufsicht über die Eidgenössische Bankenkommission).

Aus bankenaufsichtsrechtlicher Sicht konnte einer Intervention des Preisüberwachers gegen die Erhöhung der Hypothekarzinssätze einer bestimmten Bank nicht zugestimmt werden. Die Refinanzierungsstruktur einer Bank ist in erster Linie Sache ihrer eigenen Führung. Die Bank erhöht die Hypothekarzinsen aufgrund ihrer bankeigenen Rentabilitäts- und Risikoverhältnisse und des herrschenden Zinsumfeldes.

In ihrer Vernehmlassung zu einer Bundesgesetzgebung über die Finanzdienstleistungen vertrat die Bankenkommission entgegen dem Antrag der Expertengruppe, den Entwurf des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel um einen Abschnitt über die Vermögensverwaltung zu erweitern, die Meinung, es seien zwei getrennte Gesetze zu erlassen (vgl. Jahresbericht 1991 S. 61 f.). Die Bankenkommission stellte sich zudem die Frage, ob nicht auch andere Finanzdienstleistungen ausser der Vermögensverwaltung unter das Gesetz fallen müssten.

Unter der Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartements bereitet zur Zeit eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, zu der auch Vertreter der Bankenkommission zählen, den Entwurf für ein verwaltungsrechtliches Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor vor, das sich an die «EG-Richtlinie vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche» und an die Empfehlungen der Financial Action Task Force on Money Laundering (vgl. Ziff. 5.5) anlehnt.

4.2 Nationalbank

An den beiden jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank vor allem

- Perspektiven der Zinsentwicklung
- die Beurteilung der Wirtschaftslage und der Lage der Banken, namentlich der Regionalbanken
- die Funktion der Nationalbank als «lender of last resort»
- die Unterstellung von Emissionshäusern und Finanzintermediären unter die Bankenaufsicht
- die differenzierte Regelung der Wertberichtigungen für Länderrisiken

4.3 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission besprachen an zwei Zusammenkünften vor allem

- die internationale Amtshilfe im Rahmen der EUROLEX-Änderung des Bankengesetzes
- die neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 92)
- Auslegungsfragen des EBK-Rundschreibens 90/2 «Bildung und Auflösung von stillen Reserven»
- umfassende Massnahmen, um die Strukturbereinigung im schweizerischen Bankenwesen möglichst ohne Gläubigerverluste zu begleiten.

Mit dem vom Verband Schweizer Regionalbanken Ende 1991 eingesetzten Prüfungsausschuss, der alle Mitgliedbanken auf allfällige Schwachstellen zu untersuchen und nötigenfalls die erforderliche Unterstützung zu veranlassen hat, arbeitete die Bankenkommission eingehend zusammen.

Eine kleine Kontaktgruppe der Treuhand-Kammer und der Bankenkommission nahm erste Gespräche auf, um grundlegende Probleme der Zusammenarbeit zwischen den Revisionsstellen und der Aufsichtsbehörde zu klären.

5. Internationale Angelegenheiten

5.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Nach längerer Vorbereitungszeit kam es im Berichtsjahr zu einer ersten Zusammenkunft des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht mit dem Technischen Ausschuss der IOSCO (International Organization of Securities Commissions). Die gemeinsamen Anstrengungen haben zum Ziel, die Kapitalunterlegung des Marktrisikos auf Wertschriftenpositionen der international tätigen Banken und Wertschriftenhäuser zu koordinieren und einen Mindeststandard zu finden. Die Arbeiten konzentrieren sich auf die Kapitalunterlegung des Positionsrisikos auf festverzinslichen Wertschriften und auf Beteiligungspapieren sowie auf die Definition des Eigenkapitals. Aufgrund der für die Wertschriftenhäuser heute generell grosszügigeren Anrechnung nachrangigen Kapitals besteht dabei aus Sicht der Bankenkommission die Gefahr, dass der Eigenkapitalbegriff des Basler Ausschusses als Resultat der Koordinationsbemühungen aufgeweicht wird, weil sonst die Banken gegenüber den Wertschriftenhäusern einen Wettbewerbsnachteil erleiden würden. Die geplante Veröffentlichung eines Konsultativpapieres durch den Ausschuss konnte infolge von Abstimmungsproblemen mit dem Technischen Ausschuss der IOSCO bisher nicht erfolgen (vgl. Ziff. 3.3.7 und 5.3).

Der Ausschuss hat den BCCI-Skandal zum Anlass genommen (vgl. Jahresbericht 1991 S. 64), das Basler Konkordat um vier Mindestanforderungen für die Beaufsichtigung internationaler Bankkonzerne und ihrer grenzüberschreitenden Niederlassungen zu ergänzen. Im wesentlichen geht es um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen der Aufsichtsbehörde des Herkunftslandes und derjenigen des Aufnahmelandes. Schwierigkeiten treten insbesondere bei der Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit den nationalen Geheimnisschutznormen auf. Die Empfehlungen betreffen Fragen zur Abklärung, ob und inwieweit die Aufsichtsbehörde des Herkunftslandes eine angemessene konsolidierte Aufsicht durchzuführen vermag. Des weiteren sollen vor der Errichtung grenzüberschreitender Niederlassungen alle betroffenen Behörden angehört und deren Zustimmung verlangt werden. Die Aufsichtsbehörde des Herkunftslandes muss alle Informationen der grenzüberschrei-

tenden Niederlassungen erhalten. Ist eine der Mindestanforderungen nicht gegeben, kann die Behörde des Aufnahmelandes einschränkende Massnahmen anordnen oder gegebenenfalls sogar die Zulassung verweigern.

Der Ausschuss setzte sich zum wiederholten Male mit der Überwachung von Finanzkonglomeraten auseinander (vgl. Jahresbericht 1991 S. 64 f.). Mit der Problematik beschäftigten sich zudem die Versicherungsaufsichtsbehörden der G10-Länder einerseits, der Technische Ausschuss der IOSCO andererseits. Dieser erstellte aufgrund verschiedener Überlegungen ein Arbeitspapier (Principles for the Supervision of Financial Conglomerates). Allerdings lehnte er eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem Basler Ausschuss auf diesem Gebiet ab.

5.2 Europäische Gemeinschaft

Obwohl der Gemeinsame Binnenmarkt auf den 1. Januar 1993 Realität wurde, muss im Bankenbereich auf verschiedene Richtlinien hingewiesen werden, welche noch nicht verabschiedet werden konnten, zu gegebener Zeit aber auch für die Schweizer Banken von Bedeutung sein werden.

Der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Einlagensicherungssysteme [KOM (92) 188] sieht vor, dass die Gesamtheit der Einlagen desselben Einlegers bis 15000 ECU von einem Einlagensicherungssystem gedeckt werden muss, wobei jedoch gewisse Arten von Einlagen – z.B. solche anderer Banken – von der Deckung ausgenommen werden können. Die Entschädigung ist innert drei Monaten seit der Zahlungsunfähigkeit des betreffenden Institutes auszuzahlen. Zur Umsetzung dieser Richtlinie dürfte eine Änderung der bestehenden Konvention XVIII der Schweiz. Bankiervereinigung «betreffend die Auszahlung von Spareinlagen und Gehaltskontoguthaben bei Zwangsliquidation einer Bank» genügen.

Demgegenüber würde die Anpassung von Art. 21 BankV an den «Geänderten Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Überwachung und Kontrolle der Grosskredite von Kreditinstituten» [KOM (92) 273] nach dem heutigen Stand der Dinge gewisse Änderungen der schweizerischen Regelung der sog. «Klumpenrisiken» erfordern.

Nach dem vorgenannten Richtlinien-Entwurf gelten zunächst einmal sämtliche Kredite, welche 10% der Eigenmittel der Bank überschreiten, als «Grosskredite». Diese sind der Aufsichtsbehörde in einem bestimmten Rhythmus zu melden und dürfen insgesamt 800% der Eigenmittel nicht übersteigen. Ausserdem sind Grosskredite, welche 25% der Eigenmittel der kreditgewährenden Bank überschreiten, grundsätzlich verboten. Diese Obergrenze kann allerdings für eine ganze Reihe von Kreditgeschäften, welche in der Richtlinie aufgezählt sind, ganz oder teilweise aufgehoben werden, z.B. für Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Kredite mit hypothekarischer Deckung. Die Regelung ist jedoch teilweise strenger als die in vielen Mitgliedstaaten – und in der Schweiz – geltenden Bestimmungen, weshalb teilweise langjährige Übergangsregelungen vorgesehen sind.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die EG-Staaten sich inzwischen auch auf den gemeinsamen Standpunkt für eine «Richtlinie des Rates über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten» («Kapitaladäquanzrichtlinie») geeinigt haben, die gemeinsame Regeln für die mit dem Wertschriftengeschäft verbundenen Marktrisiken sowohl für Banken als auch für Wertpapierhäuser einführen soll. Auf ihren Inhalt wird an anderer Stelle (vgl. Ziff. 3.3.7 S. 59) eingegangen. Über die Anpassung des schweizerischen Bankenrechtes an dasjenige der Europäischen Gemeinschaft äussert sich dieser Bericht im übrigen eingehend in Ziff. IV 1.1 S. 16.

5.3 International Organization of Securities Commissions (IOSCO)

Ein Vertreter der Bankenkommission wirkt seit 1990 in der für die Regulierung der Marktteilnehmer zuständigen Arbeitsgruppe Nr. 3 der IOSCO, der internationalen Organisation der Börsenaufsichtsbehörden, mit (vgl. Jahresbericht 1990 S. 46 f. und 1991 S. 66 f.). Die Arbeitsgruppe befasste sich hauptsächlich mit der Harmonisierung der Kapitalunterlegung des Marktrisikos auf Wertschriftenpositionen der international tätigen Wertschriftenhäuser und Banken, welche zwischen der IOSCO und dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht seit mehreren Jahren angestrebt wird (vgl. Ziff. 5.1). Die erhoffte Einigung scheiterte jedoch einstweilen an der Uneinigkeit der Börsenaufsichts-

behörden im übergeordneten Technical Committee der IOSCO. Insbesondere die SEC machte grundsätzliche Bedenken geltend gegen die von der Arbeitsgruppe Nr. 3 gemeinsam mit dem Basler Ausschuss entwickelte Baukastenmethode (building block approach) zur Messung des allgemeinen Marktrisikos einerseits und des spezifischen Risikos einzelner Wertschriften andererseits. Die SEC bekämpft vor allem eine Verwässerung ihrer strengeren Eigenmittelanforderungen auf Beteiligungspapieren (equities). Sie befürchtet überdies eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Banken, falls diese nicht sämtliche handelbaren, festverzinslichen Wertschriften dem Handelsbestand (trading portfolio) zuordnen, weil die im Anlagevermögen gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere öffentlich-rechtlicher Emittenten nach dem Basler Eigenkapitalmodell nicht oder lediglich mit einem stark reduzierten Satz für das Kreditrisiko, ohne Berücksichtigung des Zinsänderungsrisikos, unterlegt werden müssen. Eine Harmonisierung mit den Bankaufsehern scheint so lange fraglich, als sich die Börsenaufseher unter sich nicht auf eine gemeinsame Position in diesen strittigen Punkten einigen können.

Zu einem erfolgreichen Abschluss kamen dagegen die in der Arbeitsgruppe Nr. 3 geführten Diskussionen über die Beaufsichtigung von Finanzkonglomeraten. Die beantragten Grundsätze («Principles for the Supervision of Financial Conglomerates») wurden vom Technical Committee genehmigt und an der IOSCO-Jahresversammlung im Herbst 1992 veröffentlicht. Diese beachtenswerte Publikation bezeugt eine erfreuliche Annäherung der Standpunkte zwischen Börsen- und Bankaufsehern und zeigt die verschiedenen Methoden zur Beaufsichtigung von Finanzkonglomeraten sowie die Mittel zur Zusammenarbeit unter den für verschiedene Teile eines Konglomerates zuständigen Aufsichtsbehörden anschaulich auf (vgl. Ziff. 3.3.7)

5.4 Dreiländertreffen

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden Österreichs, Deutschlands und der Schweiz pflegten die Teilnehmer am 10. und 11. September 1992 in Wien einen wertvollen Gedankenaustausch über den Entwurf eines neuen österreichischen Bankenwesengesetzes, über die Erneuerung der deutschen Bank-

nebengesetze (Sparkassen, Bausparkassen, Investmentfonds) sowie über die Unabhängigkeit der Revisionsstellen, die Bewertung der Debitorenpositionen und die Wertpapierleihe.

5.5 Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF)

Die 1989 gegründete und inzwischen sämtliche Mitgliedländer der OECD sowie Hong Kong und Singapur umfassende internationale Gruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor, Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF), stand während ihres dritten Jahres unter schweizerischem Vorsitz. Das schweizerische Präsidialjahr unter der Leitung von Minister Alexis Lautenberg, Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, wurde im Juni 1992 mit einer Plenarsitzung in Lugano erfolgreich abgeschlossen.

Das Schwergewicht der Arbeiten lag auf der Entwicklung eines objektiven Verfahrens zur Prüfung des Vollzugs der 40 Empfehlungen der FATF in den einzelnen Mitgliedländern (vgl. Jahresbericht 1991 S. 67 f.). Jedes Mitgliedland hat sich spätestens drei Jahre nach seiner Annahme der Empfehlungen einer strengen Prüfung durch eine Gruppe von Experten aus mehreren anderen Mitgliedländern zu unterziehen. Deren Bericht wird nach einer Vernehmlassung des geprüften Landes in den Arbeitsgruppen der FATF diskutiert und mit allfälligen Änderungen von der Plenarsitzung verabschiedet sowie in summarischer Form im Jahresbericht der FATF veröffentlicht. Dieses aufwendige Verfahren stellt nicht nur für das geprüfte Land und die Experten, sondern auch für die FATF-Delegierten eine erhebliche zeitliche Belastung dar. Im schweizerischen Präsidialjahr wurden vier Länder (Frankreich, Schweden, England und Australien) geprüft. Im laufenden Jahr sollen acht Länder geprüft werden, darunter im März 1993 auch die Schweiz. Ein Vertreter der Bankenkommission wirkte überdies als Experte im Dezember 1992 am einwöchigen Examen der USA mit.

Zu Recht verzichtete die FATF einstweilen auf den Erlass neuer Empfehlungen, da bereits der Vollzug der geltenden 40 Empfehlungen, insbesondere deren Anwendung auf Finanzinstitute ausserhalb des Bankensektors, grosse Anstrengungen erfordert. Ein zu forsches

Voranschreiten würde nicht nur den Abstand zu den später der FATF beigetretenen Mitgliedländern vergrössern, sondern auch diejenigen Länder benachteiligen, welche sich um eine rasche Umsetzung der geltenden Empfehlungen bemühten. Statt dessen beschränkt sich die FATF zur Zeit auf auslegende Anleitungen zu den bestehenden Empfehlungen, welche neuen Geldwäscherei-Methoden sowie erkannten Lücken Rechnung tragen. In diesem Sinne wurden insbesondere mit SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) Empfehlungen für den elektronischen Zahlungsverkehr diskutiert und von SWIFT an ihre Teilnehmer mitgeteilt. Diese zielen darauf ab, den Strafverfolgungsbehörden bei Kundentransaktionen die Identifikation von Auftraggebern und Empfängern durch die Angabe von Name und Adresse oder der Kontonummer in der elektronischen Mitteilung zu erleichtern. Aus schweizerischer Sicht sind solche Angaben wegen des Bankgeheimnisses allerdings nur möglich, wenn der betroffene Bankkunde zustimmt. Fehlt diese Zustimmung, könnte der angestrebte Zweck jedoch ebenso erreicht werden, wenn jede einzelne Transaktion mit einer Referenznummer bezeichnet und die Identität desjenigen Finanzinstitutes festgehalten wird, welches den Zahlungsauftrag des Kunden entgegengenommen hat. Diese Angaben erlauben den Strafverfolgungsbehörden, auf dem Wege der internationalen Rechtshilfe vom ursprünglich beauftragten Finanzinstitut alle erforderlichen Auskünfte über die dank der Referenznummer leicht zu ermittelnde Transaktion sowie die Identität des Kunden zu erlangen. Entschieden abzulehnen ist indessen die in einzelnen Staaten verfolgte Tendenz, die nationalen und internationalen elektronischen Zahlungsverkehrs- und Kommunikationssysteme generell für die systematische Überwachung und für verdeckte Fahndungsoperationen zu öffnen.

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 11 zum Teil zweitägigen Sitzungen 216 (im Vorjahr 228) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 74 (86) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	37	(28)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	–	(–)
• Anerkennung von Revisionsstellen (Art.20 BankG)	–	(2)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	20	(31)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	1	(2)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	2	(6)
• Strafanzeigen	3	(2)
• Bewilligungsentzüge	–	(1)
• Verschiedenes (u.a. Art. 14 BankG)	11	(14)

Wie in den Vorjahren wurden einige Verfügungen der Bankenkommission durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht angefochten. Unter Berücksichtigung der Anlagefondsaufsicht ergab sich folgendes Bild:

Ende 1991 hängige Beschwerden	5
1992 neu eingereichte Beschwerden	3
1992 entschiedene Beschwerden	3
Ende 1992 hängige Beschwerden	5

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht ihr Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die

Empfehlung annimmt. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 90 (83) Empfehlungen erlassen. Bis auf eine wurden alle von den Banken angenommen. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Eigene Mittel	3	(1)
• Risikoverteilung	12	(11)
• Jahresrechnung	75	(69)
• Organisation	–	(2)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV ist mit 178 gegenüber 201 im Jahre 1991 zurückgegangen.

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1992

• Banken	487	(493)
– ausländisch beherrscht	145	(131)
– Zweigniederlassungen ausländischer Banken	23	(25)
• Raiffeisenkassen	1158	(1185)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	11	(13)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (voll unterstellt)	3	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)	91	(112)
• Vertreter ausländischer Banken	71	(78)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	26	(22)
• anerkannte Revisionsstellen	19	(19)

7.2 Erteilte Bewilligungen

Nach schweizerischem Recht organisierte Banken

- Asahi Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Bank Globo, Pfäffikon; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Bank Harwanne, Basel; Übernahme der Bankaktivitäten der BHB Beteiligungs- und Finanzgesellschaft, Basel (vormals «Basler Handelsbank» Beteiligungs- und Finanzgesellschaft)
- Bank of Yokohama (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Daiwa Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Ersparniskasse Schaffhausen, Schaffhausen; Übernahme der Bankaktivitäten der Stiftung EK Schaffhausen, Schaffhausen (vormals Ersparniskasse in Schaffhausen)
- Goldman Sachs & Co. Bank, Zürich
- KDB Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Vertretung in eine Bank
- Kokusai Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Nippon Credit Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Norinchukin Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Russische Kommerz Bank AG, Zürich; Übernahme von Aktiven und Passiven der Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moskau, Zweigniederlassung Zürich
- Sumitomo Bank (Schweiz) AG, Zug; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Takugin Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank

- Toyo Trust & Banking (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Von Graffenried AG, Bern; Umwandlung einer bestehenden Firma in eine Bank
- Wako Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank

Vertretungen

- Banco Cooperativo Español, S. A., Madrid, Vertretung in Genf
- Banco de Fomento e Exterior, Lissabon; Vertretung in Genf
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de l'Ain/Saône & Loire, Bourg-en-Bresse; Vertretung in Genf
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de la Haute-Savoie, Annecy; Vertretung in Genf
- Credit Suisse Financial Products, London; Vertretung in Zürich

Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Banco Cooperativo Español, S. A., Madrid
- Banco Commercial Português, Porto
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de l'Ain/Saône & Loire, Bourg-en-Bresse
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de la Haute-Savoie, Annecy

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- Bank EvK Ersparniskasse von Konolfingen, Grosshöchstetten; Übernahme von Aktiven und Passiven durch die Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich

- Bank in Ins, Ins; Fusion mit der Seeland Bank SB, Biel
- Bank in Thun, Thun; Übernahme durch die Berner Kantonalbank, Bern
- Bank Innova Zürich AG, Zürich; Übernahme durch die Banca del Gottardo, Lugano
- Banque de la Glâne et de la Gruyère, Romont; Fusion mit der Banque de l'Etat de Fribourg, Freiburg
- Caisse de Crédit Mutuel de Bassins-le-Vaud-Genolier, Bassins; Fusion mit der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne
- Caisse de Crédit Mutuel de Combremont, Combremont-le-Petit; Fusion mit dem Crédit Mutuel de la Broye, Granges
- Darlehens- und Immobilienbank AG, Luzern; Fusion mit der Volksbank Willisau AG, Willisau
- Darlehenskasse der Kirchgemeinde Zimmerwald, Zimmerwald; Fusion mit der BB Bank Belp, Belp
- EKO Hypothekar und Handelsbank, Olten; Übernahme von Aktiven und Passiven durch die Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
- Ersparniskasse Aeschi, Aeschi; Fusion mit der Spar- und Leihkasse Frutigen, Frutigen
- Ersparniskasse Huttwil, Huttwil; Fusion mit der Bank in Huttwil, Huttwil
- Ersparniskasse Niedersimmental, Wimmis; Fusion mit der Amtsersparniskasse Thun, Thun
- Ersparniskasse Schwanden, Schwanden; Fusion mit der Ersparniskasse Sernftal, Engi, zur GRB Glarner Regionalbank, Schwanden
- Ersparniskasse des Amtsbezirks Signau, Signau; Übernahme durch die Bank in Langnau, Langnau
- Ersparniskasse Ursenbach, Ursenbach; Übernahme durch die Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen, Wangen
- Kredit- und Handelsbank Lyss KKL, Lyss; Übernahme durch die Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
- Spar- und Kreditkasse Wohlen bei Bern, Wohlen; Übernahme durch die Gewerbekasse in Bern, Bern

- Spar- und Leihkasse Niedersimmental, Wimmis; in Liquidation
- Sparkasse Diepoldsau-Schmitter, Diepoldsau; Übernahme durch die St. Gallische Kantonalbank, St. Gallen
- Sparkasse Limmattal, Zürich; Fusion mit der Gewerbebank Zürich, Zürich
- Stiftung EK Schaffhausen, Schaffhausen
- Südwestdeutsche Landesbank (Schweiz) AG SüdwestLB, Zürich; Fusion mit der Westdeutschen Landesbank (Schweiz) AG, Zürich

Aufgabe der Tätigkeit als Zweigniederlassung oder Agentur einer ausländischen Bank

- Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moskau, Zweigniederlassung Zürich
- Chemical Bank, New York, Zweigniederlassung Zürich

Aufgabe der Vertretertätigkeit

- Australia and New Zealand Banking Group Limited, Melbourne
- Banco de Crédito Agricola, Madrid
- Banco di Napoli S.p.A., Neapel
- First National Bank of Atlanta, Georgia
- Nedbank Limited, Johannesburg
- The Chuo Trust and Banking Co., Ltd., Tokyo
- The First National Bank of Chicago, Chicago
- The Korea Development Bank, Seoul
- The Mitsubishi Trust and Banking Corporation, Tokyo
- Wachovia Bank & Trust Company N.A., Winston-Salem
- Yapi ve Kredi Bankasi A.S., Istanbul

Aufgabe der Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Banco de Crédito Agricola, Madrid

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft

- Asahi Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Attel & Cie. S.A., Lugano
- Barclays Finanz AG, Zürich; Fusion mit Barclays Bank (Suisse) SA, Genf
- BHB Beteiligungs- und Finanzgesellschaft, Basel
- Chemical New York – Capital Market Corporation Geneva SA, Genf
- Chuo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Daiwa Finanz AG, Zürich
- Fintrelex SA, Trélex
- Fuji Investment Management AG, Zürich
- Globo Investkredit AG, Pfäffikon
- Great Pacific Capital SA, Genf
- Kokusai (Schweiz) AG, Zürich
- Nippon Credit (Schweiz) AG, Zürich
- Norinchukin Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Ryoko Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Saudi Finance Corporation SAUDIFIN S.A., Genf (Konkurs)
- SITA Investment AG, Weinfelden
- Sumitomo International Finance AG, Zug
- Takugin Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Toyo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Wako (Schweiz) Finanz AG, Zürich
- Yokohama Finanz AG, Zürich

V. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Revision des Anlagefondsgesetzes

Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes beauftragte im Juni 1990 eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Peter Forstmoser, einen Entwurf zu einem neuen Anlagefondsgesetz auszuarbeiten. Der Vorentwurf der Expertengruppe lag im Dezember 1991 vor. Er wurde von März bis Juni 1992 den Kantonen, Parteien und interessierten Organisationen zur Vernehmlassung zugestellt. Der Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung wurde im Juli 1992 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nach einer Ämterkonsultation verabschiedete der Bundesrat am 14. Dezember 1992 den Gesetzesentwurf und die Botschaft zum revidierten Bundesgesetz über die Anlagefonds zu Handen des Parlamentes.

Der Gesetzesentwurf ist als Rahmengesetz ausgestaltet und enthält nur die wesentlichen Grundsätze. Mit dem Erlass von Detailbestimmungen erhält der Bundesrat eine umfassende, die Bankenkommission als Aufsichtsbehörde eine sachspezifische Verordnungskompetenz (technische Anlagevorschriften). Der Entwurf beschränkt sich somit auf grundlegende Bestimmungen und verfolgt als einzigen Zweck den Schutz der Anleger. Deren Stellung wird durch die Ausweitung der Parteirechte im Verwaltungsverfahren sowie durch erweiterte Auskunfts- und Informationsmöglichkeiten gestärkt.

Der Geltungsbereich des Anlagefondsgesetzes erfährt insofern keine Veränderung, als nach wie vor nur die vertragliche, nicht aber die gesellschaftliche Form der kollektiven Kapitalanlage dem Gesetz untersteht. Nicht geregelt wurden somit Investmentgesellschaften mit variablem Kapital (Société d'investissement à capital variable), die sich im Ausland einer grossen Beliebtheit erfreuen. Für die Ausweitung des Geltungsbereiches auf diese Form hätte zum einen das Gesellschaftsrecht angepasst werden müssen, was das Revisionsverfahren stark verzögert hätte, und zum andern wäre eine derartige Ausweitung nur dann erfolgversprechend gewesen, wenn gleichzeitig fiskalische Erleichterungen auf breitester Ebene beschlossen würden. Eine neue gesetzliche Regelung ist für bankinterne Sondervermögen vorgesehen. Von Nichtbanken verwaltete interne Sondervermögen sind indessen zu liquidieren. Zudem werden die bisher in einer speziellen Verordnung normierten ausländischen Anlagefonds neu im Gesetz geregelt.

Die Anpassung des Gesetzes an die europäische Richtlinie Nr. 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) bedingt insbesondere die Bildung einer Kategorie EG-kompatibler Effektenfonds, die Trennung von Fondsleitung und Depotbank sowie die Verschärfung der Informations- und Publikationsvorschriften. Mit der Anpassung an die erwähnte Richtlinie, die Teil des «acquis communautaire» ist, wird auch erreicht, dass das revidierte Gesetz trotz der Nicht-Teilnahme der Schweiz am Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum den vertraglichen Anforderungen entspricht.

Zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz und der Verbesserung seiner Attraktivität auf europäischer und internationaler Ebene sollen die Anlagemöglichkeiten der Fonds stark erweitert werden. So dürfen Fondsleitungen auch in Anlagen investieren, die aufgrund beschränkter Marktgängigkeit, hoher Kursschwankungen, begrenzter Risikoverteilung oder erschwerter Bewertung ein besonderes Risiko aufweisen, wie dies insbesondere bei Edelmetallen, Massenwaren (Commodities), Optionen und Terminkontrakten der Fall ist. Künftig soll auch in Fonds mit verschiedenen Segmenten (Umbrella-Funds) investiert sowie von modernen Anlagetechniken und derivativen Anlageinstrumenten Gebrauch gemacht werden können.

Vorgesehen sind ebenfalls Hypothekarfonds, die auf eine Laufzeit von maximal zehn Jahren abgeschlossen werden können und bei denen das jederzeitige Kündigungsrecht aufgehoben ist. Die Laufzeit des Fonds verlängert sich automatisch um dieselbe Periode, sofern nicht ein Jahr vor ihrem Ablauf die Anteile gekündigt werden.

Schliesslich regelt der Entwurf die Zusammenarbeit der Bankenkommission mit ausländischen Anlagefondsaufsichtsbehörden.

Die Bankenkommission hatte bereits vor einigen Jahren auf die Revisionsbedürftigkeit des Anlagefondsgesetzes hingewiesen (vgl. Jahresbericht 1990 S. 53 f.). Der vorliegende Entwurf für ein revidiertes Anlagefondsgesetz trägt ihren Revisionspostulaten im wesentlichen Rechnung. Die Aufsichtsbehörde begrüsst und unterstützt daher die Bestrebungen des Bundesrates, die schweizerische Anla-

gefondsgesetzgebung nicht allein dem EG-Recht anzupassen, sondern von Grund auf zu überarbeiten. Sie ist überzeugt, dass der vorliegende Entwurf zur Wiederherstellung eines attraktiven und konkurrenzfähigen Finanzplatzes Schweiz beitragen wird. Nachdem aber Volk und Stände den EWR-Vertrag verworfen haben, wird das schweizerische Fondsgeschäft von der Freizügigkeit beim Vertrieb von Anteilen schweizerischer Anlagefonds im EWR-Raum nicht profitieren können. Es stellt sich daher erneut die Frage der gegenseitigen Anerkennung der einschlägigen schweizerischen und EG-Normen bzw. einzelstaatlicher Vorschriften von EG-Ländern (vgl. Jahresbericht 1986 S. 46 und 1988 S. 65 f.). Die Abwanderung des Fondsgeschäftes aus der Schweiz, welche in den letzten Jahren immer grössere Ausmasse annahm, zeigt deutlich, wie dringlich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für schweizerische Anlagefonds ist.

Wenn auch die Bankenkommission die vom Bundesrat vorgeschlagene Totalrevision des Anlagefondsgesetzes unterstützt, so hat sie bezüglich der Einführung von Hypothekarfonds aufsichtsrechtliche Bedenken. Die volkswirtschaftliche und vor allem die politische Wünschbarkeit einer Verstetigung der Hypothekarzinssätze ist angesichts der hohen Verschuldung in diesem Bereich und der damit zusammenhängenden Probleme zwar unbestritten. Beim Hypothekargeschäft handelt es sich aber nicht um eine Anlage-, sondern um eine ausgesprochene Kredit-, d.h. Banktätigkeit. Jedes Kreditbegehren müsste fachgerecht geprüft werden, was ganz andere personelle und fachliche Anforderungen an die Fondsleitung stellt (Bonität der Schuldner, Bewertungsfragen). Ungeklärt ist auch die Frage, unter welchen Bedingungen der Depotbank oder anderen Banken überhaupt gestattet werden kann, eigene Hypotheken an den Fonds abzutreten (Treuepflicht). Ob die Hypothekarschuldner am Ende der Laufzeit des Fonds in einer möglicherweise völlig anderen Zinssituation überhaupt noch neue Kreditgeber bzw. Investoren finden werden, damit die Rückzahlung der Anteile an die Fondsanleger möglich wird, und ob für derart illiquide und nicht fungible Anlagen eine Börsenkotierung oder ein sonstiger geregelter Markt möglich sein wird, ist ebenfalls zweifelhaft. Schliesslich handelt es sich beim Hypothekarfonds nicht um einen Anlagefonds im Sinne des Gesetzes, fehlt doch mit dem Verzicht auf das jederzeitige Widerrufsrecht ein konstitutives Element des Anlagefonds.

2. Praxis der Aufsichtsbehörde

2.1 Immobilienanlagefonds

2.1.1 Verkehrswertschätzung von Immobilien

Die Probematik der Verkehrswertschätzung beschäftigt die Beteiligten seit Erlass des Bundesgesetzes über die Anlagefonds. In den letzten Jahren hatte die Bankenkommission wiederholt Anlass, in ihren Jahresberichten auf die Schwierigkeiten der Fondsleitungen bei der Erfüllung ihrer Pflicht zur korrekten Verkehrswertschätzung hinzuweisen. In den Jahren 1990 und 1991 erlitt der Immobilienmarkt einen Rückschlag infolge der rezessiven Wirtschaftsentwicklung sowie aufgrund der markant gestiegenen Zinssätze, welche die Anleger zur Umschichtung ihrer Anlagen in höher verzinsliche Alternativen veranlassten. Demzufolge waren zahlreiche Fondsleitungen massiven Rücknahmbegehren ausgesetzt, welche sich in den beiden letzten Jahren auf insgesamt 2,7 Mia. Franken beliefen (vgl. Jahresbericht 1991 S. 80). Um die Rücknahmebegehren honorieren zu können, musste eine bedeutende Anzahl Liegenschaften verkauft werden, was der Bankenkommission erstmals die Möglichkeit gab, im Frühling 1992 einen aussagekräftigen Vergleich zwischen dem Verkaufspreis einerseits und dem letzten von der Fondsleitung bekanntgegebenen Schätzwert andererseits anzustellen und zu prüfen, ob die Bewertungen marktkonform waren.

Gegenstand der Untersuchung waren insgesamt 357 Liegenschaften, deren Verkaufserlös total 2,1 Mia. Franken betrug. Im einzelnen wurden

- 1990: 150 Liegenschaften im Wert von total 725 Mio. Franken sowie
- 1991: 207 Liegenschaften im Wert von total 1,4 Mia. Franken verkauft.

Von diesen 357 Immobilien wurden deren 338 (95 %) zu einem höheren Preis als dem letzten Schätzwert verkauft. Die durchschnittliche Differenz zwischen dem Verkaufspreis und dem letzten Schätzwert betrug 10,1 %. Nur in 19 Fällen wurden Erlöse erzielt, welche

leicht unter den letzten Schätzungen lagen. Der Mindererlös betrug 3,2% oder, in absoluten Zahlen, 5,4 Mio. Franken gegenüber einem letzten Schätzwert von 169,3 Mio. Franken der einschlägigen Liegenschaften. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Verkäufe im allgemeinen zu Preisen realisiert wurden, welche dem Ergebnis der letzten Verkehrswertschätzung sehr nahe kamen. Die festgestellten Abweichungen sind als branchenüblich und vertretbar zu bezeichnen.

Die Kapitalisierungssätze der 1990 und 1991 verkauften Immobilien lagen zwischen 4,15% und 8,46%. Nur 7 Liegenschaften wurden zu einem Zinssatz von 5% oder weniger kapitalisiert; lediglich 5 Immobilien wiesen einen Kapitalisierungssatz von 8,0% oder höher auf. Die überwiegende Mehrheit der verkauften Liegenschaften, nämlich 271 von insgesamt 357, wurde zu einem Satz zwischen 5,51% und 7,0% kapitalisiert. Die Verkäufe entfielen ausgewogen auf sämtliche Kantone. Nur im Tessin wurde eine einzige Liegenschaft für 10,1 Mio. Franken verkauft. In der Westschweiz wurden 68 Immobilien veräussert, in der Deutschschweiz 288.

Im Jahresbericht 1991 wies die Bankenkommission darauf hin, dass sie in einem extremen Fall beschlossen habe, die Verkehrswerte gewisser zu einem Immobilienfonds gehörender Liegenschaften durch zwei neutrale, von ihr ernannte Experten überprüfen zu lassen (Jahresbericht 1991 S. 81). Diese Experten lieferten ihre Berichte im Frühling 1992 ab. Daraus ging hervor, dass die betroffene Fondsleitung am 31. Dezember 1990 die Fondsliegenschaften um etwa einen Drittel unterbewertet hatte. Eine derartige Differenz überschreitet eindeutig den Rahmen des Zulässigen. Die Schlussfolgerungen der Experten bestätigten somit den Verdacht der Unterbewertung, der die Bankenkommission zum Einschreiten veranlasst hat. Sie belegten ferner, dass die fraglichen Liegenschaften schon seit vielen Jahren unterbewertet waren. Dies ergab sich ebenfalls aus der vorstehend genannten, von der Bankenkommission im Frühjahr 1992 durchgeführten Untersuchung. Angesichts der erwähnten Baisse am Immobilienmarkt ist es möglich, dass sich der Verkehrswert der in Frage stehenden Immobilien inzwischen dem Marktpreis angenähert hat. Die Bankenkommission wies die Fondsleitung unter Androhung des

Bewilligungsentzuges an, ihre jetzigen Schätzungsexperten durch neue, der Aufsichtsbehörde genehme Sachverständige zu ersetzen. Diese werden den gesamten Liegenschaftenbestand des Fonds einer neuen Verkehrswertschätzung unterziehen müssen. Es handelt sich dabei um eine zukunftsgerichtete Massnahme.

Auch in einem anderen Fall, in welchem ebenfalls Hinweise auf eine Unterbewertung bestanden, ordnete die Bankenkommission eine Überprüfung der Verkehrswerte einer repräsentativen Anzahl Liegenschaften eines Immobilienfonds durch zwei neutrale Experten an. Der eine wurde durch die Fondsleitung vorgeschlagen und von der Bankenkommission akzeptiert, während der andere direkt von der Aufsichtsbehörde bestimmt wurde. Diese Experten werden ihre Berichte im Frühling 1993 abliefern.

2.1.2 **Begehren um Erlass aufsichtsrechtlicher Massnahmen**

Seit mehreren Jahren gelangt ein Basler Anleger immer wieder mit Beschwerden über den Immobilienfonds «Interswiss» an die Aufsichtsbehörde. Insbesondere rügte er, die Fondsliegenschaften seien nicht gesetzeskonform bewertet worden. Die Fondsleitung habe unzulässigerweise niedrigverzinsliche Obligationen erworben. Diese hätten nach dem raschen Zinsanstieg und der dadurch ausgelösten Rücknahmewelle zur Beschaffung von Liquidität mit hohen Kursverlusten verkauft werden müssen.

Die Bankenkommission leitete ein Verfahren ein und kam zum Schluss, die Vorwürfe seien unbegründet. Nachdem das Bundesgericht die entsprechende Verfügung wegen Verweigerung des rechtlichen Gehörs aufgehoben hatte (vgl. Jahresbericht 1990 S. 57 f.), reichte der Anleger ein neues Rechtsbegehren ein, das sich auch gegen den Immobilienfonds «Swissimmobil neue Serie» richtete. Nach einer erneuten Prüfung der Angelegenheit wies die Bankenkommission mit Verfügung vom 27. August 1992 sämtliche Anträge ab. Die dagegen erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist zur Zeit beim Bundesgericht hängig.

2.1.3 **Europrogramme**

Im Berichtsjahr konnte der Liquidator Fr. 19.– für Anteile des Anlagefonds Europrogramme International Serie 1969 in Liq. und Fr. 50.– für Anteile des Anlagefonds Europrogramme in Liq. als Abschlagszahlungen ausrichten. Für den Anlagefonds Europrogramme werden nun bis zum Abschluss der Liquidation keine weiteren Zahlungen mehr vorgenommen. In Sachen Anlagefonds Europrogramme International Serie 1969 in Liq. hat der Käufer der Fonds-Immobilien noch die vierte und letzte Rate in der Höhe von 20% des Gesamtpreises zu bezahlen.

Am 10. Juli 1992 wies das Bundesgericht die Verwaltungsgerichtsbeschwerden ab, die gegen den Entscheid der Bankenkommission eingereicht worden waren, der IFI Interfininvest SA die Bewilligung zu entziehen und die Fiducia Bankenrevision AG als Sachwalterin einzusetzen.

2.1.4 **UTO-Immobilienfonds**

Die Depotbank führte durch Kündigung des Kollektivanlagevertrages auf den 31. Dezember 1990 die Liquidation des UTO-Immobilienfonds herbei, worauf die Bankenkommission der Fondsleitung dieses Fonds wegen grober Verletzung ihrer gesetzlichen Pflichten bei der Ausgabe neuer Anteilscheine die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit entzog. Die Visura Treuhandgesellschaft, Zürich, wurde als Sachwalterin eingesetzt, um die gesetzeskonforme Durchführung der Liquidation sicherzustellen (vgl. Jahresbericht 1990 S. 56). Dagegen erhob die betroffene Fondsleitung Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht.

Nachdem es der Sachwalterin im Juli 1992 gelungen war, sämtliche Ansprüche des Fonds in einem Vergleich mit der Beschwerdeführerin und deren Organen zu regeln, beantragte die Fondsleitung dem Bundesgericht, die Verwaltungsgerichtsbeschwerde als gegenstandslos abzuschreiben. Nach Würdigung der im Vergleich vereinbarten Leistungen und der von der Beschwerdeführerin bereits geleisteten Zahlungen an den Fonds schloss sich die Bankenkommission diesem Begehren an. Daraufhin schrieb das Bundesgericht das Verfahren infolge Rückzuges der Beschwerde ab.

2.2 Wertschriftenanlagefonds

2.2.1 Rundschreiben Nr. 20 über die Wertpapierleihe

Die Wertpapierleihe ist in den angelsächsischen Ländern bereits seit langem bekannt und fasst in zunehmendem Masse nunmehr auch auf dem europäischen Kontinent Fuss. Ihr Ursprung liegt in den mancherorts anzutreffenden Unzulänglichkeiten des Wertschriftenclearings und den damit einhergehenden Lieferverzögerungen. Heute wird die Wertpapierleihe bei der Verwirklichung von verschiedenen Handels- und Arbitragestrategien eingesetzt, z.B. zur Belieferung von Shortpositionen.

Diese Anlagetechnik ist ebenfalls für Anlagefonds von Interesse, erlaubt sie doch den Fondsleitungen, zugunsten der Anteilscheininhaber eine Zusatzrendite zu erwirtschaften, indem Effekten aus den Beständen der Anlagefonds gegen Vereinnahmung einer Kommission «ausgeleiht» werden.

Obwohl rechtlich das Eigentum an den Effekten auf den Borger übergeht, wird der Darleiher – im Falle eines Anlagefonds die Fondsleitung als fiduziarische Eigentümerin der Fondsaktiven – wirtschaftlich so gestellt, wie wenn er Eigentümer geblieben wäre, erhält er doch vom Borger während der Leihdauer die anfallenden Dividenden, Zinsen und anderen Erträge. Grundsätzlich gehen allein die Stimmrechte auf den Borger über.

Diese Anlagetechnik beinhaltet zwar kein Kursänderungsrisiko, jedoch ein Delkredererisiko. Es besteht nämlich die Gefahr, dass die Gegenpartei nach Kündigung des Leihvertrages nicht mehr in der Lage ist, ihrer Pflicht der Rückerstattung von Effekten gleicher Art, Menge und Güte nachzukommen. Um das Delkredererisiko so weit wie möglich auszuschalten, werden an die Depotbank bezüglich zu leistender Sicherheiten bzw. Haftung hohe Anforderungen gestellt.

Das heutige Bundesgesetz über die Anlagefonds enthält keine die Wertpapierleihe betreffenden Bestimmungen. Die Bankenkommission erachtete diese Anlagetechnik jedoch mit dem Anlagefondsgesetz als vereinbar und erliess daher das entsprechende Rundschreiben Nr. 20, welches am 1. Oktober 1992 in Kraft trat. Es beschreibt, unter welchen Bedingungen Anlagefonds Effekten auslei-

hen dürfen. Die Wertpapierleihe bedarf einer ausdrücklichen Grundlage im Fondsreglement.

2.2.2 **Entmaterialisierung der Anteilscheine von Anlagefonds**

Das Anlagefondsgesetz verlangt in Art. 6, dass die Anlagen eines Anlagefonds vorbehältlich solcher in Immobilien und flüssigen Mitteln ausschliesslich in Wertpapieren zu erfolgen haben. Art. 6 Abs. 3 AFG hält ferner fest, dass der Bundesrat nicht in Wertpapieren verurkundete Anlagen zulassen kann, sofern diese sich in gleicher Weise wie Wertpapiere dafür eignen. Mit der Änderung der Verordnung über die Anlagefonds vom 6. November 1985 wurde ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Entmaterialisierung getan, ermöglicht diese doch den Erwerb von vertretbaren, nicht wertpapiermässig verurkundeten Beteiligungs- und Forderungsrechten, sofern sie an einem organisierten Markt unter regelmässiger Kurspublikation gehandelt werden.

Der Entwurf des neuen Anlagefondsgesetzes trägt dieser Tendenz zur Entmaterialisierung Rechnung, indem er zum einen Anlagen in entmaterialisierten Wertpapieren vorsieht und zum anderen die Fondsleitungen ermächtigt, Anlagefondsanteile nur auf Verlangen als Wertpapiere auszustellen, was heute gemäss Art. 20 Abs. 2 AFG ausdrücklich verboten ist.

Im Jahre 1992 sah sich eine Gesuchstellerin, die in der Schweiz einen französischen Anlagefonds zu vertreiben beabsichtigte, vor das Problem gestellt, dass – im Gegensatz zu den dargelegten, expliziten Erfordernissen der schweizerischen Anlagefondsgesetzgebung – nach den französischen Erfordernissen Anlagefondszertifikate nicht mehr in der Form von Wertpapieren ausgegeben werden. Um gleichzeitig den französischen und den schweizerischen Gesetzesbestimmungen nachzukommen, schlug die künftige Vertreterbank vor, dass die in der Schweiz zu vertreibenden Aktien der als SICAV (Société d'investissement à capital variable) konzipierten Anlagefonds auf Verlangen des Anlegers in materialisierter Form, d. h. als Wertpapiere mit aufgeschobenem Titeldruck ausgegeben werden. Dieses Vorgehen wird von der französischen Gesetzgebung ausdrücklich erlaubt und erfüllt gleichzeitig die Anforderungen von Art. 20 Abs. 2 AFG und Art. 4 Abs. 1 Bst. h AuslAFV.

2.2.3 **Ausländische Anlagefonds mit schweizerischem «Investment Manager»**

Im Verlaufe der letzten Jahre hatte die Bankenkommission verschiedentlich Gelegenheit, die Rolle der Schweizer Banken bei ausländischen Anlagefonds zu erörtern. Gemäss jüngster Praxis (Jahresbericht 1990 S. 258 f.) wurde – im Hinblick auf die blosse Hilfsfunktion des Anlageberaters – zugelassen, dass eine Schweizer Bank als «Investment Advisor» für einen Anlagefonds tätig sein kann, ohne dass dies einen schweizerischen Sitz des betreffenden Fonds begründet hätte.

Die Bankenkommission erweiterte ihre Haltung, indem sie einem schweizerischen Institut erlaubte, auf Vertragsbasis als «Investment Manager» für einen amerikanischen Anlagefonds tätig zu sein, ohne dass dies für ihn eine Unterstellung unter das schweizerische Anlagefondsgesetz zur Folge hätte. Die Bankenkommission machte jedoch zur Bedingung, dass die amerikanische Fondsleitung, welche gegenüber dem Anteilseigner nach wie vor die volle Verantwortung trägt, täglich über die getroffenen Anlageentscheide zu informieren ist, damit sie allenfalls unverzüglich ihr Veto einlegen oder aber eine andere Entscheidung treffen kann.

2.2.4 **Zulässigkeit von performanceabhängigen Verwaltungskommissionen**

Im Berichtsjahr wurde der Bankenkommission ein Bewilligungsgesuch für einen ausländischen Anlagefonds unterbreitet, welcher in seinem Reglement u.a. die Erhebung einer performanceabhängigen Verwaltungskommission vorsieht. Der Verordnung über die ausländischen Anlagefonds kann in diesem Zusammenhang lediglich entnommen werden, dass das Fondsreglement über Art, Höhe und Berechnung aller Vergütungen und Auslagen, die dem Anlagefonds selbst oder dem Anleger belastet werden, Auskunft geben muss (Art. 4 Abs. 2 Bst. e AuslAFV). Über die zulässigen Formen der Vergütungen äussert sie sich nicht. Die Verordnung zum schweizerischen Anlagefondsgesetz schreibt indessen vor, dass eine Bestimmung, wonach der Fondsleitung oder der Depotbank ein Anteil an den im

Anlagefonds erzielten Kapitalgewinnen zusteht, unzulässig sei (Art. 13 Abs. 3 AFV).

Vor diesem Hintergrund hatte die Bankenkommission abzuwägen, ob in Ermangelung einer entsprechenden Regelung in der Verordnung über die ausländischen Anlagefonds die Erhebung einer performanceabhängigen Verwaltungskommission zugelassen werden kann oder ob, gestützt auf das für schweizerische Anlagefonds geltende Recht, diese Art der Berechnung von Verwaltungsgebühren verboten werden soll. Die Bankenkommission entschied, dass ausländische Anlagefonds eine performanceabhängige Verwaltungskommission erheben dürfen, sofern deren Berechnung von einem repräsentativen Referenzindex (bench-mark) abhängt. Fällt die Performance des Anlagefonds im Vergleich zum Referenzindex schlechter aus, so muss diese Minderperformance erst aufgeholt werden, bevor dem Anlagefonds wieder eine Verwaltungsgebühr belastet werden darf. Es kann mithin nicht jedes Jahr wiederum bei Null begonnen werden. Eine performanceabhängige Verwaltungskommission darf zudem mit einer fixen kombiniert werden.

2.2.5 Abschreibungen auf Bergwerksaktien

Die Anlagefondsverordnung lässt im Sinne einer Ausnahme in Art. 18 Abs. 3 Bst. c Abschreibungen auf Aktien von Bergwerksunternehmen zu. Bisher nahmen die meisten Fondsleitungen von hauptsächlich in Bergwerkaktien investierenden Anlagefonds regelmässige Abschreibungen vor, namentlich auf Bergwerken, deren verbleibende Betriebsdauer weniger als 15 Jahre betrug.

Ein Bergwerk bildet selten für sich allein ein wirtschaftliches Unternehmen. Bergwerke sind zumeist Bestandteile von stark diversifizierten Konglomeraten, die Bergwerke kaufen, ausbeuten und verkaufen. Überdies ist die verbleibende Ausbeutungsdauer schwierig zu bestimmen und abhängig vom Marktpreis des jeweiligen Bergbauproduktes und von neu entdeckten Lagerstätten. Alle diese Elemente beeinflüssen bereits den Preis der Bergwerksaktien. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Vorname von Abschreibungen auf diesen Aktien besteht deshalb nicht. Auch im Interesse einer Praxisvereinheitlichung bezüglich Abschreibungen auf Bergwerksaktien

entschied deshalb die Bankenkommission, dass die Fondsleitungen, sofern sie es wünschen, weiterhin Abschreibungen auf Bergwerksaktien vornehmen können, dass sie aber entgegen der bisherigen Praxis nicht mehr dazu verpflichtet sind.

Die Auflösung der bis heute aufgelaufenen Abschreibungen kann nur beim Verkauf der Bergwerksaktien erfolgen, für die tatsächlich Abschreibungen vorgenommen worden sind. In diesem Fall sind die aufgelaufenen Abschreibungen anteilsmässig herabzusetzen und dem Verkaufserlös für die betroffenen Titel hinzuzurechnen.

3. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden 80 (83) Geschäfte behandelt. Die eingereichten Verwaltungsgerichtsbeschwerden sind noch – mit Ausnahme der 1990 eingelegten Berufung im Geschäft Europrogramme, die 1992 abgewiesen wurde – beim Bundesgericht hängig. Eine Beschwerde wurde zurückgezogen.

4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1992

	Anzahl per 31. 12.		Fondsvermögen per 31. 12. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./. Rückzüge per 31. 12. in Mio. Fr.	
	1992	1991	1992	1991	1992	1991
Schweiz. Anlagefonds						
Wertschriftenfonds	197	194	28 643	27 123	735	– 511
Immobilienfonds	32	32	6 978	7 049	– 187	– 1 047
Total	229	226	35 621	34 172	548	– 1 558
Ausländische Fonds						
Zur Werbung in der Schweiz zugelassen	442	352			26 742	21 431

Weitere statistische Angaben enthalten die Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank (Tabellen D 151 und D 152).

Im Berichtsjahr wurden 11 (5) neue schweizerische Wertschriftenfonds errichtet:

- CB WORLDWIDE EQUITY FUND
- DH MAJOR MARKETS FUND
- MLBS Balanced Fund A
- MLBS Balanced Fund B
- MLBS Fixed Income Fund A
- MLBS Fixed Income Fund B
- SWISSCA SMALL CAPS
- UBZ Gold Fund
- UBZ Nippon Convert
- UBZ World Income Fund
- Vontobel Swiss Small Companies

6 (3) Fonds sind zur Zeit in Liquidation.

Obwohl 11 neue schweizerische Fonds gegründet wurden, hat sich deren Gesamtzahl nur um 3 von 226 Ende 1991 auf 229 Ende 1992 erhöht.

Die Zahl der ausländischen Fonds hat sich erneut stark erhöht. Sie ist von 352 im Jahr 1991 auf 442 im Jahr 1992 gestiegen. Von den 90 neuen Fonds haben 75 ihr Domizil in Luxemburg.

Nach Herkunftsländern sieht die Statistik per Ende 1992 wie folgt aus:

• Länder ohne eine der schweizerischen ähnliche Aufsicht (Niederländische Antillen, Bahamas, Bermudas, Grand Cayman, Guernsey, Jersey, Liechtenstein, Panama)	39	(39)
• Luxemburg	349	(274)
• Deutschland	30	(23)
• Italien	9	(8)
• Irland	5	(1)
• Niederlande	5	(3)
• USA	3	(3)
• Österreich	1	(1)
• Frankreich	1	(0)

VI. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnungen nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entsprechen und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstelle geprüft.

Die Prüfungsergebnisse gaben im Jahre 1992 zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

VII. Interna

1. Bankenkommission

Herr Dr. iur. Silvio de Capitani, bisher Mitglied, trat als neuer Präsident an die Spitze der Bankenkommission.

Als neue Mitglieder wirken die Herren Prof. Dr. Bruno Gehrig und Flavio Pedrazzoli mit.

2. Sekretariat

Der Personalbestand verharrte auf dem im Vorjahr erreichten Endbestand von 41,5 Stellen. Damit konnten bei einem stark angestiegenen Arbeitsanfall die vordringlichen Aufgaben erfüllt werden. Indessen mussten manche weitere Vorhaben zurückgestellt bleiben.

Erfreulicherweise trat nur ein Mitarbeiter aus den Diensten des Sekretariates aus.

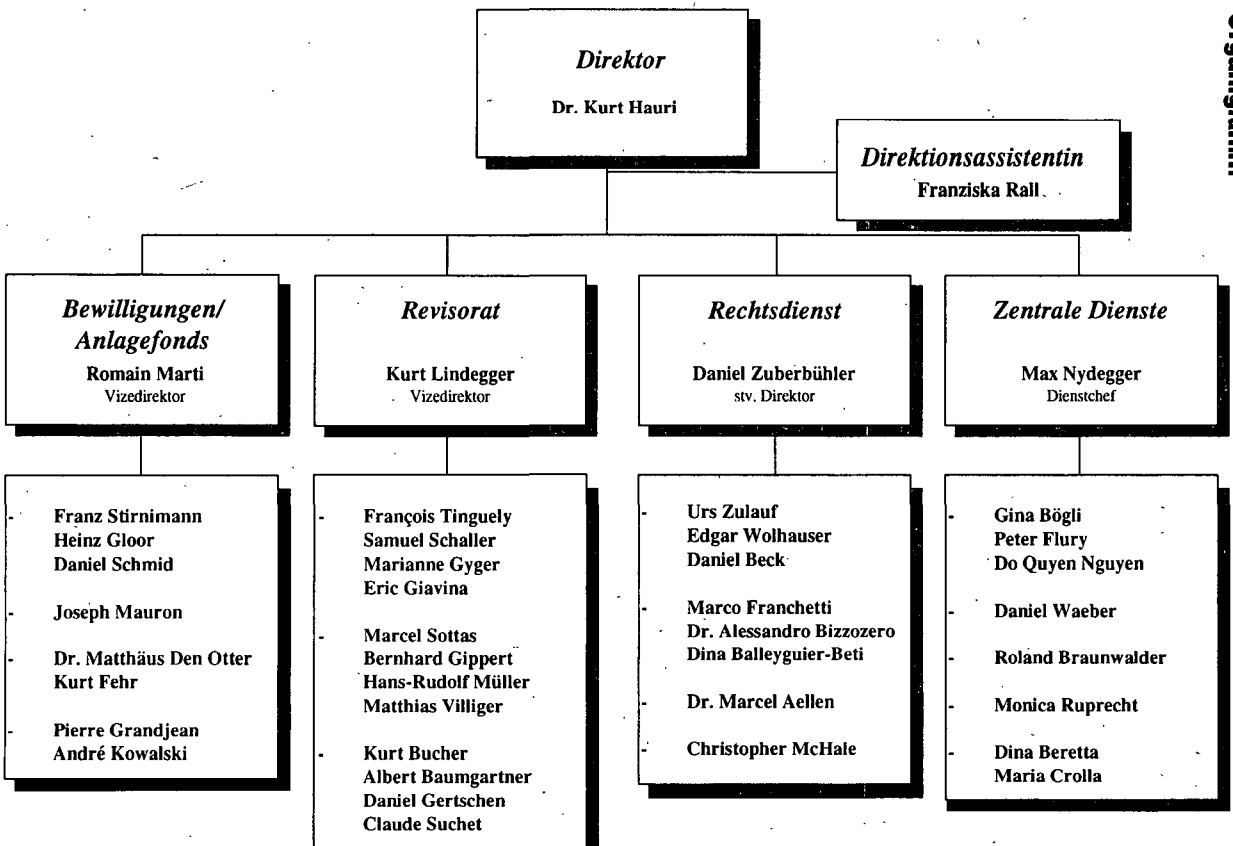
3. Rechnung

	Ausgaben		Einnahmen	
	1992 Fr.	1991 Fr.	1992 Fr.	1991 Fr.
Behörde und Sekretariat[1]	5 601 470	4 619 569		
Gemeinkosten[2]	4 954 894	4 147 608		
Aufsichtsgebühren[1]				
– Banken			6 675 096	5 423 416
– Anlagefonds			1 459 700	478 000
Spruch- und Schreibgebühren[1]			1 042 894	1 065 971
Vortrag aus den Vorjahren	2 155 871	356 081		
Unterdeckung[3]			3 534 545	2 155 871
	12 712 235	9 123 258	12 712 235	9 123 258

[1] Gemäss Staatsrechnung

[2] Räumlichkeiten, Energie, Mobiliar, EDV, Drucksachen, Porti, Telefon, Sicherheit etc.

[3] Gemäss Art. 1 Abs. 3 der Verordnung vom 4. Dezember 1978 über die Gebühren für die Beaufsichtigung der Banken und Anlagefonds (SR611.014) sind für die Berechnung der Aufsichtsgebühren die im Vorjahr erwachsenen Kosten massgebend. Die Unterdeckung wird somit auf das Jahr 1992 bzw. 1993 übertragen.


Direktor
Dr. Kurt Hauri
Direktionsassistentin
Franziska Rall
Bewilligungen/ Anlagefonds
Romain Marti
Vizedirektor
Revisorat
Kurt Lindegger
Vizedirektor
Rechtsdienst
Daniel Zuberbühler
stv. Direktor
Zentrale Dienste
Max Nydegger
Dienstchef
Franz Stirnimann
Heinz Gloor
Daniel Schmid
Joseph Mauron
Dr. Matthäus Den Otter
Kurt Fehr
Pierre Grandjean
André Kowalski
François Tinguely
Samuel Schaller
Marianne Gyger
Eric Giavina
Marcel Sottas
Bernhard Gippert
Hans-Rudolf Müller
Matthias Villiger
Kurt Bucher
Albert Baumgartner
Daniel Gertschen
Claude Suchet
Urs Zulauf
Edgar Wolhauser
Daniel Beck
Marco Franchetti
Dr. Alessandro Bizzozero
Dina Balleyguier-Beti
Dr. Marcel Aellen
Christopher McHale
Gina Bögli
Peter Flury
Do Quyen Nguyen
Daniel Waeber
Roland Braunwalder
Monica Ruprecht
Dina Beretta
Maria Crolla

Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen
Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds
Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. ATAG Ernst & Young AG, Basel
4. AUDIBA, Genève
5. Bankenrevisions- und Treuhand AG, Zürich
6. Coopers & Lybrand AG, Basel[1]
7. EXPERTA Revision AG, Zürich
8. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel[1]
9. Bankgesellschaft für Bankenrevision GBR, Basel
10. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen
11. KPMG Fides Peat, Zürich
12. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich
13. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
14. Price Waterhouse AG, Zürich
15. Revisa Treuhand AG, Zug
16. REBA REVISION Revisionsgesellschaften Schweizer Regionalbanken, Zürich
17. Revisuisse Price Waterhouse AG, Zürich
18. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne[2]
19. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

[1]) mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft Coopers & Lybrand AG, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse Coopers & Lybrand SA, Bâle

[2]) mit der ATAG Ernst & Young AG, Basel, verbunden
liée à la ATAG Ernst & Young SA, Bâle

2. Nur für Anlagefonds
Uniquement pour fonds de placement

20. Columbus Treuhand AG, Basel
21. Curator Revision, Zürich
22. Fiduconsult SA, Fribourg
23. Fidirevisa SA, Lugano
24. Fiducaire OFOR SA, Genève
25. Schweizerische Treuhandgesellschaft
    Coopers & Lybrand AG, Basel
26. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
AMERICAVALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Zürich
ASIA PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile
O = Obligationen
I = Immobilien
S = in der Schweiz
E = im Ausland
* = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1992
Etat au 31 décembre 1992

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. Mai	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1961	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyerzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	AE

Légende: A = actions et autres parts de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
* = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ASIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
ASIAVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari dell'Asia e dell'Australia	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Automation-Fonds	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
B-Fund Schweizerischer Wertschriften- fonds für festverzinsliche Anlagen in kontinentaleuropäischen Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
BAERBOND Anlagefonds für Obligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
BCG Rainbow Fund	BCG Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève
BCV Gestion	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA, Lausanne
BERNFONDS Anlagefonds für Immobilien	Berninvest AG Bern
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. Mai	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. November	ASE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	OSE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
	1990	31. März	ASE
Banque Cantonale Vaudoise Lausanne	1990	30. September	ASE
Schweiz.Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
BOND VALOR SCHWEIZER-FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND-INVEST Obligationenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA Genève
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
BSS Swissfund	Banque Scandinave en Suisse Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Coutts & Co. AG Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE
	1991	30. April	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
CB International Equity Fund	Commerzbank (Schweiz) AG Zürich
CB Worldwide Equity Fund	CB Fondsleitung AG Zürich
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	Union Bancaire Privée SA Genève
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers *	Investissements collectifs SA Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
CONVERT BOND SELECTION Anlagefonds für Wandelobligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
CONVERT VALOR SCHWEIZERFRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
	1990	31. Juli	AE
Commerzbank (Schweiz) AG, Zürich	1992	30. September	ASE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CONVERT VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich
CONVERT-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in Wandelobligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
COOP IMMOBILIENFONDS	CAG Anlagefonds AG Basel
CREDIT SUISSE FONDS-BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CREDIT SUISSE FONDS-INTERNATIONAL Anlagefonds für internationale Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CROSSBOW FUND	BVE Capital Management SA Genève
CS GOLD VALOR	CS-Fondsleitung AG Zürich
CS Tiger Fund	CS-Fondsleitung AG Zürich
CSF Fund	BVE Capital Management SA Genève
D-MARK BOND SELECTION Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	AE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
D-MARK-INVEST Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
DH MAJOR MARKETS FUND	Darier, Hentsch & Cie Genève
DOLLAR BOND SELECTION Anlagefonds für US-Dollar-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
DOLLAR-INVEST Anlagefonds für US-$- und can. $-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
E-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für europäische Anlagen und Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
ECU BOND SELECTION Anlagefonds für Ecu-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
EMETAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
ENERGIE-VALOR Anlagefonds für Werte der Energiewirtschaft	Société Internationale de Placements SIP Basel
EQUIBAER AMERICA Anlagefonds für amerikanische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
EQUIBAER EUROPE Anlagefonds für europäische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE
	1992	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	30. November	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EUROMED FUND	Gérifonds SA Lausanne
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
Europar	Banque Paribas (Suisse) SA, Genève
Europrogramme International **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG (Sachwalterin) Basel
Europrogramme International Serie 1969 **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG (Sachwalterin) Basel
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Darier, Hentsch & Cie Genève
FAR Fonds en actions romandes	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	31. Mai	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
	1990	30. November	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immobilière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA Genève
FORTUNA ANLAGEFONDS	Fortuna Investment AG Adliswil
FORTUNA RENTENFONDS	Fortuna Investment AG Adliswil
Fonds de placement en valeurs internationales de la Banque Scandinave en Suisse «Intelsec»	Banque Scandinave en Suisse Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1991	31. März	OSE
	1976	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
FRANCIT Anlagefonds für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GAM (CH) America	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Europe	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Mondial	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Pacific	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM Tradition	GAM TRADITION Anlagefonds AG, Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Julius Baer SA Genève
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1990	31. Dezember	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Banque Pallas (Suisse) Lausanne	1990	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève	1958	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Gestiamerica	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Gestieuropa	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GOLD PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizer Werte	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizer Werte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Hentsch Swiss Franc Bond Portfolio	Darier, Hentsch & Cie Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1986	31. Mai	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Hentsch Treasury Fund	Darier, Hentsch & Cie Genève
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
IBERIAVALOR Anlagefonds für spanische und portugiesische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Bern
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Zug
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Zürich
INTELBOND Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Genève
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	BNP Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1990	30. April	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1989	31. März	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
Coutts & Co. AG Zürich	1955	30. Juni	IS
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. Mai	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
J-FUND Schweizerischer Wertschriftenfonds für japanische Anlagen und diverse Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA Lausanne
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
JAPAN-PORTFOLIO Schweizerischer Anlagefonds für japanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
LA FONCIÈRE Fonds suisse de placement immobilier	Investissements Fonciers SA Lausanne
Leu Foreign Bonds	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu-World-Portfolio «A» Capital Gain, Swiss Franc Reference	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu-World-Portfolio «B» Income, Swiss Franc Reference	Leu Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1989	30. September	OSE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
LKB Expert-Ertrag	Luzerner Kantonalbank Luzern
LKB Expert-Zuwachs	Luzerner Kantonalbank Luzern
M-AUSSCHÜTTUNGS-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für multinationale Anlagen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
M-FUND Schweiz. Wertschriftenfonds für multinationale Anlagen	Überseebank AG Zürich
MLBS Balanced Fund A	Merrill Lynch Bank (Suisse) SA Genève
MLBS Balanced Fund B	Merrill Lynch Bank (Suisse) SA Genève
MLBS Fixed Income Fund A	Merrill Lynch Bank (Suisse) SA Genève
MLBS Fixed Income Fund B	Merrill Lynch Bank (Suisse) SA Genève
MULTIAMERICA Fondo d'investimento in valori nordamericani	Fongest SA Lugano
MULTIBOND DM Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in marchi tedeschi	Fongest Sa Lugano

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1990	31. Januar	ASE
	1990	31. Januar	ASE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
	1985	31. Dezember	ASE
	1992	31. Dezember	ASE
	1992	31. Dezember	ASE
	1992	31. Dezember	OSE
	1992	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
MULTIBOND FRS Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in franchi svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTIBOND HIGH YIELD	Fongest SA Lugano
MULTIBOND INTERNATIONAL Fondo d'investimento in obbligazioni internazionali	Fongest SA Lugano
MULTIBOND US-$ Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in dollari USA	Fongest SA Lugano
MULTICONVERT JAPAN	Fongest SA Lugano
MULTIHELVETIA Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTINIPPON Fondo d'investimento in valori mobiliari giapponesi	Fongest SA Lugano
OBLIGESTION	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
OP-INVEST	Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG Zürich
OVERLAND INTERNATIONAL BOND FUND	Overland Bank, Lugano

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1989	31. März	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1991	31. März	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
	1972	31. August	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
OVERLAND INTERNATIONAL STOCK FUND	Overland Bank, Lugano
PACIFIC-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen im pazifischen Raum	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
PACIFIC-VALOR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in Japan und weiteren Anrainerstaaten des Pazifiks	Société Internationale de Placements SIP Basel
PARFON Fonds de participations foncières suisses, Genève	Sofid SA Genève
PARGEST	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARJAPON	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARSUISSE	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PASCHE-AMERICA	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-BOND	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-EUROPE	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-PACIFIC	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-VALOR	Banque Pasche SA Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1972	31. August	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1990	31. Mai	ASE
	1986	31. Dezember	AE
	1986	31. März	AS
	1991	31. Dezember	AE
	1990	31. Dezember	OSE
	1991	31. Dezember	ASE
	1990	31. Dezember	AE
	1990	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
PAZIFIKWERT Anlagefonds für Werte des pazifischen Raumes	Folag Fondsleitung AG Zürich
PHARMAFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
PICTET VALSUISSE	Pictet & Cie, Banquiers Genève
POLY-BOND-INTERNATIONAL	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
Pro Fonds Global Internationaler Thesaurierungsfonds	PMG Fonds Management AG c/o ECOR Invest AG Dübendorf
PYRFORD FONDS DE PLACEMENT AUSTRALIEN Fonds de placement suisse en valeurs mobilières australiennes **en liq.**	Pyrford Investment Management SA Neuchâtel
PYRFORD FONDS DE PLACEMENT INTERNATIONAL Fonds de placement suisse en valeurs mobilières mondiales **en liq.**	Pyrford Investment Management SA Neuchâtel
RBC Dollar Prime Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Equity Fund **en liq.**	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Coutts & Co. AG Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. November	ASE
	1989	30. Juni	AS
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	30. November	OSE
Neue Aargauer Bank Brugg	1990	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
	1988	31. Dezember	OSE
	1989	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
RBC Government Securities Fund	Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Swiss Franc Bond Fund	Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Worldwide Fund	Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBZ Eur-Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
RBZ Far East Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
REALITE Fonds de placement immobilier	Sogefonds SA Genève
RENTVALOR Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
REVIT Immobilienfonds bernischer Banken *	Revit AG Bern Bern
ROMETAC-INVEST Fonds für internationale Anlagen in Rohstoff- und Energiewerten	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Rothschild Am-Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1987	31. März	OSE
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	AE
CEG Genève Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Rothschild DM Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Deutschen Mark	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Dollar Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in US-Dollar	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Equity Anlagefonds für schweizerische Wertschriften	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Franc Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Schweizer Franken	Rothschild Fund Management AG Zürich
SAFIT South Africa Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SAMURAI PORTFOLIO	Gertrust SA Genève
«SBC 100» Index-Fund Switzerland Anlagefonds basierend auf dem «SBV 100»-Index der Schweizer Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
SCHWEIZERAKTIEN Anlagefonds für Schweizer Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds Swissreal	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SEAPAC FUND	Gérifonds SA Lausanne

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AS
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Darier, Hentsch & Cie Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SFR-BAER Anlagefonds für Schweizer-Franken-Auslandobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SIAT Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
STERLING-INVEST Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
STOCKBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1988	31. März	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizer-Franken-Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmenttrust-Gesellschaft Basel
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizer Franken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizer-Franken-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SWISS RE GLOBAL FUND	Schweizer Rück Fondsleitung AG Zürich
SWISSAC Anlagefonds für Schweizer Dividendenwerte	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISSBAR Anlagefonds für Schweizer Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SWISSCA INTERPART	IFAG Fondsleitung AG Bern
SWISSCA INTERRENT	IFAG Fondsleitung AG Bern
SWISSCA PART	IFAG Fondsleitung AG Bern
SWISSCA RENT	IFAG Fondsleitung AG Bern
SWISSCA SMALL CAPS	IFAG Fondsleitung AG Bern

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank Bern	1982	30. November	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OS
Basler Kantonalbank Basel	1992	28. Februar	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSFONDS 1 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds (geschlossen)	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds *	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobiliarwerte	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL Neue Serie Schweizerische Immobiliar-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL Serie D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSINVEST Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Adimosa AG Basel
SWISSVALOR Neue Serie Anlagefonds für schweizerische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US Dollar Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US Dollar Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBZ Gold Fund Schweizerischer Wertschriften-fonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	UBZ Fondsleitung AG Zürich
UBZ Nippon Convert Schweizerischer Wertschriften-fonds für Wandel- und Options-anleihen japanischer Schuldner	UBZ Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Überseebank AG Zürich	1992	31. Dezember	AE
Überseebank AG Zürich	1992	31. Dezember	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UBZ World Income Fund Schweizerischer Wertschriften-fonds für festverzinsliche Anlagen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
UNIM Fonds de placements immobiliers *	Progestfonds SA Genève
UNIVERSAL BOND SELECTION Internationaler Anlagefonds für Obligationen und aus Wandelrechten bezogene Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
UNIVERSAL FUND Anlagefonds für Aktienwerte europäischer und überseeischer Industrieländer	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
UNIWERT Anlagefonds für Wertschriften	Folag Fondsleitung AG Zürich
UTO Immobilien-Fonds **in Liq.**	Visura Treuhand-Gesellschaft Zürich
VALCA	IFAG Fondsleitung AG, Bern
Vontobel Swiss Equities	Vontobel Fondsleitung AG Zürich
Vontobel Swiss Small Companies	Vontobel Fondsleitung AG Zürich
WERT-INVEST Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds *	Wert-Invest AG Basel
YEN BOND SELECTION Anlagefonds für Yen-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Überseebank AG Zürich	1992	31. Dezember	OSE
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
Coutts & Co. AG Zürich	1973	31. Januar	ASE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Bank J. Vontobel & Co. AG Zürich	1990	30. September	AS
Bank J. Vontobel & Co. AG Zürich	1992	31. März	AS
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
YEN-INVEST Anlagefonds für Yen-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ZKB-Fonds Aktien	Zürcher Kantonalbank Zürich
ZKB-Fonds Fremdwährungsobligationen	Zürcher Kantonalbank Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE
	1989	30. September	ASE
	1989	30. September	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
AIG American Equity Trust	Irland
Akkumula	Deutschland
ALBIS INVESTMENT FUND – OBLIGATIONEN	Luxemburg
Asia Pacific Currencies Bond Citiportfolio	Luxemburg
Australian Dollar Bond Citiportfolio	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – EMERGING MARKETS SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – ESPANA SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – EUROPE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB DEUTSCHMARK RESERVE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPS U.S. DOLLAR RESERVE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB EMERGING MARKETS SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPS ESPANA SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB EUROPE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB EUROPEAN BOND SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPS JAPAN SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB NORTH AMERICAN BOND SUB-FUND	Luxemburg

* untersteht keiner der schweizerischen ähnlichen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

Vertreterbanken ***Banques chargées de la représentation***	***Abschluss*** ***Clôture***
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank Albis, Zürich	30. April
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB PACIFIC RIM SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB STERLING RESERVE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB SWISS FRANC RESERVE SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB UNITED KINGDOM SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – IPB UNITED STATES SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – JAPAN SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – PACIFIC RIM SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – UNITED KINGDOM SUB-FUND	Luxemburg
BARCLAYS DIVERSIFIED PORTFOLIO – UNITED STATES SUB-FUND	Luxemburg
* Bank Hofmann-Highrent	Guernsey
* Bank Hofmann-Saferent	Guernsey
* BIL Precious Metal Fund	Grand Cayman
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Barclays Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Bank Hofmann AG, Zürich	30. November
Bank Hofmann AG, Zürich	30. November
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 9	Luxemburg
Broadgate International Fund Portefeuille 10	Luxemburg
CANTO ECU BOND FUND	Luxemburg
CANTO MM Fund Can. Dollar	Luxemburg
CANTO MM Fund D-Mark	Luxemburg
Canto MM Fund ECU	Luxemburg
Canto MM Fund French Franc	Luxemburg
Canto MM Fund Gulden	Luxemburg
Canto MM Fund It. Lira	Luxemburg
Canto MM Fund Pesetas	Luxemburg
Canto MM Fund Schweizer Franken	Luxemburg
Canto MM Fund US-Dollar	Luxemburg
Canto MM Fund Yen	Luxemburg
Canto MM Fund £-Sterling	Luxemburg
Cantrade Invest-Capital Gain	Luxemburg
Cantrade Invest-Income	Luxemburg
Capital International Fund	Luxemburg
CB German Index Fund	Luxemburg
Citi-Liquid	Österreich

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Union Bancaire Privée, Genève	31. Oktober
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Bank Cantrade AG, Zürich	31. Dezember
Bank Cantrade AG, Zürich	31. Dezember
Chase Manhattan Bank (Switzerland), Genève	31. Dezember
Commerzbank (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Oktober

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Citicurrencies DM Portfolio	Luxemburg
Citicurrencies Pound Sterling Portfolio	Luxemburg
Citicurrencies US-Dollar Portfolio	Luxemburg
Citicurrencies Yen Portfolio	Luxemburg
Citinvest Guardian Euro Portfolio	Luxemburg
Citinvest Managed Growth US-Dollar Portfolio	Luxemburg
Citinvest Managed Growth Euro Portfolio	Luxemburg
Citinvest Value Investment Portfolio (VIP) – Selector	Luxemburg
Continental European Equity Citiportfolio	Luxemburg
CS Ecu Bond	Luxemburg
CS EUROREAL	Deutschland
CS Euro Blue Chips	Luxemburg
CS Europa Bond	Luxembourg
CS Fixed Interest DM 8% 1/96	Luxemburg
CS Fixed Interest ECU 8,75% 1/96	Luxemburg
CS Fixed Interest SFR 7% 1/96	Luxemburg
CS FRANCE FUND	Luxemburg
CS FRENCH FRANC BOND	Luxemburg
CS Germany Fund	Luxemburg
CS Gold Mines	Luxemburg
CS Gulden Bond	Luxemburg
CS HISPANO IBERIA FUND	Luxemburg
CS ITALY FUND	Luxemburg
CS JAPAN MEGATREND	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND BEF	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
CS MONEY MARKET FUND CAN-DOLLAR	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND DM	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND ECU	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND FF	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND GULDEN	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND LIRE	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND SFR	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND US-DOLLAR	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND YEN	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND £ STERLING	Luxemburg
CS MONEY MARKET FUND PESETAS	Luxemburg
CS NETHERLANDS FUND	Luxemburg
CS NORTH AMERICA FUND	Luxemburg
CS OEKO-PROTEC	Luxemburg
CS Prime Bond	Luxemburg
CS Short-Term Bond DM	Luxemburg
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxemburg
CS SWISS FRANC BOND	Luxemburg
CS UK FUND	Luxemburg
CURRENCY PROGRESS FUND – HFL Multi Currency	Luxemburg
CURRENCY PROGRESS FUND – SFR Multi Currency	Luxemburg
CURRENCY PROGRESS FUND – US$ Multi Currency	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Coutts & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Coutts & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Coutts & Co. AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
DWS Iberia-Fonds	Deutschland
Emerging Asian Markets Equity Citiportfolio	Luxemburg
EquiFund – Australasian National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Austrian National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Belgian/Luxemburg National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Canadian National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Dutch National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – French National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – German National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Hong Kong National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Italian National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Japanese National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Spanish National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – Swiss National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – U.S. National Equity Sub-Fund	Luxemburg
EquiFund – United Kingdom National Equity Sub-Fund	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
European Currencies Bond Citiportfolio	Luxemburg
Eurorenta	Luxemburg
Eurovesta	Deutschland
Far-East Equity	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – International Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – America Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Asean Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Australia Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Japan Smaller Companies Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Europe Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – European Bond Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – France Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Germany Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Hong Kong Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Iberia Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – International Bond Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Italie Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Japan Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Malaysia Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Nordic Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Singapore Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – South East Asia Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Sterling Bond Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Thailand Fund	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
FIDELITY FUNDS – United Kingdom Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – US Dollar Bond Fund	Luxemburg
FIDELITY FUNDS – Yen Bond Fund	Luxemburg
FINTER FUND Balanced	Luxemburg
* First Liechtenstein Swiss Fonds	Liechtenstein
FL Trust Switzerland	Luxemburg
* Formula Selection Fund	Panama
French Equity Citiportfolio	Luxemburg
FT Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
FT Interspezial II	Deutschland
FT Interzins	Deutschland
FT Nippon Dynamik Fonds	Deutschland
German Equity Citiportfolio	Luxemburg
* Gottardo Global Management Growth Ltd	Bahamas
* Gottardo Global Management Income Ltd	Bahamas
* Gottardo Portfolio EC-Currencies Ltd	Bahamas
* Gottardo Portfolio Multicurrency DM Ltd	Bahamas
* Gottardo Portfolio Multicurrency SFR Ltd	Bahamas
* Gottardo Portfolio Multicurrency USD Ltd	Bahamas
GRUNDBESITZ-INVEST	Deutschland
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Smaller Companies Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio North American Equity	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Finter Bank Zürich, Zürich	31. Dezember
Coutts & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Ferrier, Lullin & Cie SA, Genève	31. Dezember
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Banca del Gottardo, Lugano	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Hill Samuel Global Portfolio U.S. Smaller Companies Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Pacific Basin Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Japanese Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio European Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Sterling Fixed Interest	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio European Fixed Interest	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Global Equity	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Global Bond	Luxemburg
Hill Samuel Global Portfolio Global Managed	Luxemburg
IBJ Swiss Francs Convertible Bond Fund	Luxemburg
Industrialised Asia Pacific (ex-Japan) Equity Citiportfolio	Luxemburg
Inrenta	Deutschland
Inter-Renta	Deutschland
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxemburg
Intervest	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N.V.	Antilles néerlandaises

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
The Industrial Bank of Japan (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
CEG Genève, Genève	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Japan Selection Fund	Panama
Japanese Equity Citiportfolio	Luxemburg
JULIUS BAER MULTIBOND – DM BOND FUND	Luxemburg
JULIUS BAER MULTIBOND – DOLLAR BOND FUND	Luxemburg
JULIUS BAER MULTIBOND – EUROPE BOND FUND	Luxemburg
JULIUS BAER MULTIBOND – SWISS BOND FUND	Luxemburg
JULIUS BAER MULTIBOND – AUSTRO BOND FUND	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – DM Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – Dollar Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – ECU Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – French Franc Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – £ Sterling Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – Swiss Franc Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTICASH – Yen Cash Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTISTOCK – SPECIAL SWISS STOCK FUND	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
BIL Banque Internationale à Luxemburg (Suisse) SA, Lausanne	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
JULIUS BAER MULTISTOCK – Emerging Europe Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTISTOCK – Euro Stock Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTISTOCK – Swiss Stock Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTISTOCK – US Stock Fund	Luxemburg
JULIUS BAER MULTISTOCK – PACIFIC STOCK FUND	Luxemburg
Lake Intertrust Bond	Luxemburg
* LIQUIBAER, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Liquidity – Swiss Franc Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – Deutsche Mark Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – Sterling Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – US Dollar Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – Yen Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – Canadian Dollar Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – Ecu Fund	Luxemburg
Lloyds International Liquidity – French Franc Fund	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Crédit Lyonnais (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Portfolio – Smaller Companies Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – French Franc Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Sterling Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Swiss Franc Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – US Dollar Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Yen Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Gold Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – UK Equity Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Warrant Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Convertible Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Canadian Dollar Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Deutsche Mark Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Dutch Guilder Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – ECU Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Europe Equity Fund	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Portfolio – Japan Equity Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Multicurrency Bond Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – Pacific Equity Fund	Luxemburg
Lloyds International Potfolio World Equity Fund	Luxemburg
Lloyds International Portfolio – North America Equity Fund	Luxemburg
* Mercury Bond Fund Ltd	Bermudas
MK Alfakapital	Deutschland
MK Analytik Fonds	Deutschland
MK ASIA-PAZIFIK	Deutschland
MK DM-VARIOZINS	Deutschland
MK EUROAKTIV	Deutschland
MK Interrent	Deutschland
MK Investors Fonds	Deutschland
MK Rentak Fonds	Deutschland
MK Rentex Fonds	Deutschland
Multinvest International SA	Luxemburg
Nomura Global Fund Asian Pacific Portfolio	Luxemburg
North American Equity Citiportfolio	Luxemburg
North American USD Bond Citiportfolio	Luxemburg
* Obliflex Limited Convertibles à réinvestissement	Jersey

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres Genève	31. Dezember
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	30. September
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Banquiers, Basel	30. Juni
La Roche & Co., Banquiers, Basel	30. Juni
La Roche & Co., Banquiers, Basel	30. Juni
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Banquiers, Basel	31. Dezember
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Nomura Bank (Switzerland) AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Obliflex Limited Deutsche Mark à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Devises européennes à rendement élevé, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited, Devises européennes à rendement élevé, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Dollar canadien, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., court terme, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., moyen terme, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., long terme, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Franc français, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Livre Sterling, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en dollars E-U, à réinvestissement	Jersey

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en dollars E-U, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en florins néerlandais, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais, à réinvestissement	Jersey
Parvest Asia-Pacific	Luxemburg
Parvest Europe	Luxemburg
Parvest Holland	Luxemburg
Parvest Japan	Luxemburg
Parvest Obli-DM	Luxemburg
Parvest Obli-Dollar	Luxemburg
Parvest Obli-Franc	Luxemburg
Parvest Obli-Gulden	Luxemburg
Parvest Obli-Sterling	Luxemburg
Parvest Obli-Yen	Luxemburg
Parvest Short Term Dollar	Luxemburg
Parvest USA	Luxemburg
Pioneer Fund	USA
Pioneer Fund II	USA

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
PrimeBOND	Italien
PrimeCAPITAL	Italien
PrimeCASH	Italien
PrimeCLUB Azionario	Italien
PrimeCLUB Obbligazionario	Italien
PrimeItaly	Italien
PrimeMediterraneo	Italien
PrimeMONETARIO	Italien
PrimeREND	Italien
Provesta	Deutschland
Re-Inrenta	Deutschland
RG AMERICA FUND N.V.	Niederlande-
RG DIVIRENTE FUND N.V.	Niederlande
RG EUROPE FUND N.V.	Niederlande
RG FLORENTE FUND N.V.	Niederlande
RG MONEY PLUS FUND – D-MARK	Luxemburg
RG MONEY PLUS FUND – GUILDER	Luxemburg
RG MONEY FLUS FUND – SWISS FRANC	Luxemburg
RG MONEY PLUS FUND – US-DOLLAR	Luxemburg
RG PACIFIC FUND N.V.	Niederlande
SBC BOND PORTFOLIO – CAN-DOLLAR	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – ECU	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – FRENCH FRANC	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – AUSTRAL. DOLLAR	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA	30. September
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SBC BOND PORTFOLIO – D-MARK	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – DUTCH GUILDER	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – STERLING	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – US DOLLAR	Luxemburg
SBC BOND PORTFOLIO – YEN	Luxemburg
SBC DM Short-Term Bond Fund	Luxemburg
SBC Euro-Stock Portfolio	Luxemburg
SBC Global Portfolio – Sfr Yield	Luxemburg
SBC Global Portfolio – ECU Yield	Luxemburg
SBC Global Portfolio – Sfr Growth	Luxemburg
SBC Global Portfolio – ECU Growth	Luxemburg
SBC Global Portfolio – US$ Growth	Luxemburg
SBC Global Portfolio – US$ Yield	Luxemburg
SBC Global Portfolio – ECU Income	Luxemburg
SBC Global Portfolio – Sfr. Income	Luxemburg
SBC Global Portfolio – US$ Income	Luxemburg
SBC Money Market Fund – French Franc	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Can-Dollar	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Dutch Guilder	Luxemburg
SBC Money Market Fund – ECU	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Italian Lira	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Sterling	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Swiss Franc	Luxemburg
SBC Money Market Fund – US-Dollar	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SBC Money Market Fund – Yen	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Austr. Dollar	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Belgian Franc	Luxemburg
SBC Money Market Fund – Pesetas	Luxemburg
SBC Money Market Fund – US-Dollar/II	Luxemburg
SBC Swiss Franc Bond Fund	Luxemburg
SCANDIA SICAV – A: Skandinavische Obligationen	Luxemburg
SCANDIA SICAV – B: Skandinavische Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – C: Deutsche Obligationen	Luxemburg
SCANDIA SICAV – D: Deutsche Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – E: Britische Obligationen	Luxemburg
SCANDIA SICAV – F: Britische Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – G: US-Obligationen	Luxemburg
SCANDIA SICAV – H: US-Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – I: Spanische Obligationen	Luxemburg
SCANDIA SICAV – J: Spanische Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – K: Japanische Obligationen	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SCANDIA SICAV – L: Japanische Aktien	Luxemburg
SCANDIA SICAV – M: Schweizer Aktien	Luxemburg
SCHRODER (SWITZERLAND) FUND – JAPAN CONVERT	Luxemburg
SCI/TECH SA	Luxemburg
SCONTINVEST FUND – Multicurrency, Euroval – European Equity	Luxemburg
SCONTINVEST FUND – MULTICURRENCY BOND	Luxemburg
SCONTINVEST FUND MULTICURRENCY DOLVAL BOND	Luxemburg
SCONTIVEST FUND NORTH AMERICA EQUITY	Luxemburg
SOGENALUX FUND – BOND	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY Belgian Franc	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY Deutsche Mark	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY ECU	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY French Franc	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY Swiss Franc	Luxemburg
SOGENALUX FUND – TREASURY US Dollar	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
J. Henry Schroder Bank AG, Zürich	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. Oktober

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SoGen International Fund Inc.	USA
State Street Actions France, Société d'Investissement à Capital Variable	Frankreich
SVB BOND FUND - AUS$	Luxemburg
SVB BOND FUND - CAN$	Luxemburg
SVB BOND FUND - DM	Luxemburg
SVB BOND FUND - ECU	Luxemburg
SVB BOND FUND - FF	Luxemburg
SVB BOND FUND - HFL	Luxemburg
SVB BOND FUND - £ STERLING	Luxemburg
SVB BOND FUND - US DOLLAR	Luxemburg
SVB BOND FUND - YEN	Luxemburg
SVB Money Market Fund - ECU	Luxemburg
SVB Money Market Fund - SFR	Luxemburg
SVB Money Market Fund - US$	Luxemburg
SVB PORTFOLIO GROWTH (DM)	Luxemburg
SVB PORTFOLIO GROWTH (SFR)	Luxemburg
SVB PORTFOLIO INCOME (SFR)	Luxemburg
SVB PORTFOLIO INCOME/GROWTH (DM)	Luxemburg
SVB PORTFOLIO INCOME/GROWTH (SFR)	Luxemburg
Swiss Equity Citiportfolio	Luxemburg
* Techno-Growth Fund	Panama
The Interallianz Fund - Convertible Growth Sub-Fund	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Zürich	31. März
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	31. August
Interallianz Bank Zürich AG, Zürich	30. Juni

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
The Interallianz Fund – German Equity Sub-Fund	Luxemburg
The Interallianz Fund – Warrants and Options Sub-Fund	Luxemburg
Turquoise Fund	Luxemburg
U.K. Equity Citiportfolio	Luxemburg
UBAM-$ BOND	Luxemburg
UBAM-GERMANY	Luxemburg
UBAM-GLOBAL BOND	Luxemburg
UBAM-JAPAN	Luxemburg
UBAM-SOUTH PACIFIC AND ASIA	Luxemburg
UBAM-US EQUITIES	Luxemburg
UBS Bond Invest Ecu	Luxemburg
UBS CAPITAL INVEST 90/10 SFR	Luxemburg
UBS CAPITAL INVEST 90/10 GERMANY	Luxemburg
UBS CAPITAL INVEST 90/10 US$	Luxemburg
UBS Equity Invest – Small Cap USA	Luxemburg
UBS Equity Invest-Europe DM	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – DM 96	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – ECU 96	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – FF 96	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – SFR 96	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – US$ 94	Luxemburg
UBS Fixed Term Invest – £Sterling 94	Luxemburg
UBS Money Market Invest Can$	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Interallianz Bank Zürich AG, Zürich	30. Juni
Interallianz Bank Zürich AG, Zürich	30. Juni
Mirabaud & Cie, Banquiers, Genève	31. März
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
UBS Money Market Invest Ecu	Luxemburg
UBS Money Market Invest FF	Luxemburg
UBS Money Market Invest Hfl.	Luxemburg
UBS Money Market Invest Lit	Luxemburg
UBS Money Market Invest Sfr.	Luxemburg
UBS Money Market Invest US Dollar	Luxemburg
UBS Money Market Invest Yen	Luxemburg
UBS Money Market Invest-£-Sterling	Luxemburg
UBS Short Term Invest DM	Luxemburg
UBZ Euro-Income Fund	Luxemburg
UBZ Liquidity Fund – DM	Irland
UBZ Liquidity Fund – ECU	Irland
UBZ Liquidity Fund – Swiss Franc	Irland
UBZ Liquidity Fund – US-Dollar	Irland
Unico Investment-Fund	Luxemburg
Unifonds	Deutschland
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Überseebank AG, Zürich	31. März
Überseebank AG, Zürich	31. März
Überseebank AG, Zürich	31. März
Überseebank AG, Zürich	31. März
DG Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Unirenta	Deutschland
Unizins	Deutschland
UOB Euro 92 Fund	Luxemburg
UOB Super Ecu Fund	Luxemburg
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
Vontobel Fund European Equity	Luxemburg
Vontobel Fund EC Currencies Bond	Luxemburg
Vontobel Fund US Dollar Bond	Luxemburg
Vontobel Fund US Value Equity	Luxemburg
Vontobel Fund Emerging Merkets Equity	Luxemburg
Vontobel Fund US Select Equity	Luxemburg
Vontobel Fund Japanese Equity	Luxemburg
Vontobel Fund Swiss Franc Bond	Luxemburg
Win Global Fund International Bond Portfolio	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Bankiers, Basel	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Win Global Fund International Equity Portfolio	Luxemburg
Win Global Fund International Reserve Portfolio	Luxemburg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (Institutions de révision et fonds de placement) 93

Version française 193

Inhaltsübersicht

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 93

Französische Fassung 193

Table des matières Page

Abréviations 200

Commission des banques et Secrétariat 201

I. Introduction 203

II. Points essentiels 204

III. Environnement économique / Problèmes actuels des banques 206

1. Récession économique 206
2. Marché immobilier 206
3. Problème du refinancement 207
4. Effets sur les banques 208

IV. Surveillance des banques 209

1. Législation 209
   1.1 Révision de la loi sur les banques 209
      1.1.1 Introduction 209
      1.1.2 Champ d'application 210
      1.1.3 Licence unique 211
      1.1.4 Conditions d'autorisation 212
      1.1.5 Relations avec la Banque nationale suisse 214
      1.1.6 Surveillance consolidée 214
      1.1.7 Coopération internationale 215
      1.1.8 Fonds propres 217
   1.2 Relation entre le droit révisé de la société anonyme et la loi sur les banques 218
   1.3 Les tâches de l'autorité de surveillance d'après le projet de loi sur les bourses 219
2. Circulaires 221
   2.1 Autorisations et annonces obligatoires 221
   2.2 Information préalable 221

2.3 Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés 222
2.4 Risques-pays 224
2.5 Allégement des fonds propres 225
2.6 Annulation de la circulaire 91/1 «Identification de l'ayant droit économique/Interdiction des formulaires B – CDB», du 25 avril 1991 226
2.7 Nouveau recueil des circulaires 227

3. Pratique de l'autorité de surveillance 227
3.1 Garantie d'une activité irréprochable 227
3.1.1 Convention relative à l'obligation de diligence des banques 227
3.1.2 Etablissement de fausses attestations 229
3.1.3 Blanchiment de capitaux 229
3.1.4 Rothschild Bank AG 230
3.2 Banques en mains étrangères 231
3.2.1 Liste des Etats garantissant la réciprocité 231
3.2.2 Japon et Corée du Sud 232
3.2.3 Banque des Affaires Economiques Extérieures de l'URSS, succursale de Zurich/Création de la Banque Commerciale Russe SA 233
3.2.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI)/Banque de Commerce et de Placement S.A. (BCP) 235
3.2.5 Surveillance consolidée des Broker-Dealer américains 236
3.3 Fonds propres 237
3.3.1 Banque cantonale de Berne 237
3.3.2 Banque cantonale de Soleure 238
3.3.3 Crédit Suisse/CS Holding 239
3.3.4 Fonds propres pour les «Autres immeubles» 239
3.3.5 Garantie des communes 240
3.3.6 Déduction en faveur des banques cantonales 241
3.3.7 Fonds propres devant couvrir les risques du marché 242

3.4 Reddition des comptes 244
3.4.1 Révision totale des prescriptions concernant le plan comptable 244
3.4.2 Interprétation de la circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» 245
3.4.3 Nouvelle publication des comptes annuels 246
3.5 Révision 247
3.5.1 Indépendance des sociétés de révision 247
3.5.2 Evaluation des crédits du secteur immobilier 248
3.5.3 Tarif des indemnités pour la révision des banques et des fonds de placement 248
3.6 Banques cantonales 249
3.6.1 Institutions de révision externe 249
3.6.2 Surveillance des banques cantonales 250
3.7 Banques Raiffeisen 251
3.8 Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune 252

4. Relations avec d'autres autorités et des associations 254
4.1 Autorités fédérales 254
4.2 Banque Nationale Suisse 255
4.3 Associations 255

5. Affaires internationales 256
5.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire 256
5.2 Communauté Européenne 257
5.3 International Organization of Securities Commissions (IOSCO) 258
5.4 Rencontre tripartite 260
5.5 Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux (GAFI) 260

6. Affaires traitées (statistiques) 262
6.1 Séances 262
6.2 Décisions 262
6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques 263

7. Banques, sociétés financières et institutions de révision assujetties à la loi 263
7.1 Etat à fin 1992 263

7.2 Autorisations délivrées 264
7.3 Cessation d'activité 266

V. Surveillance des fonds de placement 270

1. Révision de la loi sur les fonds de placement 270
2. Pratique de l'autorité de surveillance 273
   2.1 Fonds de placement immobiliers 273
      2.1.1 Estimation de la valeur vénale des immeubles 273
      2.1.2 Demande en vue de mesures administratives 275
      2.1.3 Europrogramme 276
      2.1.4 Fonds immobilier UTO 276
   2.2 Fonds mobiliers 277
      2.2.1 Circulaire no 20 sur le prêt de titres 277
      2.2.2 Dématérialisation des parts de fonds de placement 278
      2.2.3 Investment Manager suisse pour fonds étrangers 279
      2.2.4 Admissibilité de commissions de gérance liées à la performance 279
      2.2.5 Amortissement des actions minières 280
3. Affaires traitées 281
4. Développement des fonds de placement en 1992 281

VI. Surveillance des lettres de gage 283

VII. Commission des banques et Secrétariat 284

1. Commission des banques 284
2. Secrétariat 284
3. Comptes annuels 284
4. Organigramme 285

Listes 93

Institutions de révision reconnues
- pour banques et fonds de placement
- pour fonds de placement uniquement

Fonds de placement suisses
Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse

Abréviations

CDB 92	Convention du 1er juillet 1992 relative à l'obligation de diligence des banques
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFP étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.41)
pLB	Projet de modification de la loi sur les banques dans le cadre de la procédure Eurolex
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président

Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich

Vice-président

Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel

Membres

Bruno Gehrig, professeur, docteur en sciences économiques, Winterthour
Peter Nobel, professeur, docteur en sciences politiques, Zurich
Flavio Pedrazzoli, Lugano
Hans Schmid, professeur, docteur en sciences économiques, St-Gall
Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur: Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique: Daniel Zuberbühler, avocat, directeur suppléant

Service des autorisations et des fonds de placement:
Romain Marti, *sous-directeur*

Service de révision: Kurt Lindegger, sous-directeur

Services centraux: Max Nydegger

Adresse

Marktgasse 37, Case postale, 3001 Berne
Téléphone 031 61 69 11, Téléfax 031 61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières. Il lui a été confié la surveillance d'une façon indépendante des banques (art. 23 al. 1 LB), des fonds de placement (art. 40 LFP en relation avec l'art. 23 al. 1 LB) et des lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1992, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de révision agréées par la Commission des banques pour la révision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se référera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1992» qui paraîtra en automne 1993. A côté de commentaires des données statistiques elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de son rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (en 1992, fascicule 22).

II. Points essentiels

Durant l'année sous revue, l'assainissement structurel dans le secteur des banques régionales s'est encore renforcé. D'une part, de nombreux établissements dont les besoins en provisions avaient massivement augmenté ont dû chercher appui auprès d'une grande banque ou auprès d'une autre banque régionale. D'autre part, quelques fusions librement consenties et effectuées dans le cadre d'une stratégie orientée vers l'avenir constituent un élément positif. Il est réjouissant de constater que, dans aucun des cas concernés, les clients n'ont eu à subir de dommages.

Malgré le rejet de l'Accord EEE lors de la votation populaire du 6 décembre 1992, la Commission des banques est favorable à la reprise des propositions contenues dans le paquet Eurolex tendant à adapter la législation bancaire aux directives de la CE. Le postulat le plus important aux yeux de l'autorité de surveillance est la création d'une base légale pour la coopération avec les autorités étrangères, coopération devenue aujourd'hui plus que jamais nécessaire.

Durant l'année sour revue, cinq circulaires ont été édictées. A côté de l'importante amélioration de l'information préalable fournie à l'autorité de surveillance au moyen de données clés, des réglementations nouvelles et en partie plus favorables pour les banques ont été introduites dans le domaine des gros risques, dans celui des risques-pays ainsi qu'en ce qui concerne les immeubles propriété des banques, mais étrangers à l'exploitation bancaire.

La Commission des banques salue le projet de révision de la loi sur les fonds de placement présenté par le Conseil fédéral en décembre 1992. Le projet de révision offre non seulement une conception moderne de la protection de l'investisseur, mais devrait rétablir la capacité concurrentielle et l'attractivité des instruments helvétiques en matière de placement collectif.

Sur la base des résultats d'une nouvelle estimation qu'elle a ordonnée, la Commission des banques a pris connaissance qu'une direction d'un fonds de placement immobilier avait massivement sous-évalué les immeubles appartenant à ce fonds. Dans l'intervalle, dans un deuxième cas, elle a dû ordonner une nouvelle estimation de la valeur vénale des immeubles. Enfin, une comparaison générale du produit de la vente d'un grand nombre d'immeubles vendus

durant les années 1990 et 1991 par rapport à la dernière estimation a démontré que les estimations sont en général conformes au marché et par voie de conséquence conformes à la loi.

III. Environnement économique / Problèmes actuels des banques

1. Récession économique

Dans son dernier rapport de gestion, la Commission des banques avait relevé que la situation économique générale et la récession qui s'annonçait en Suisse provoquaient aussi des difficultés dans le secteur bancaire (Rapport de gestion 1991 p. 200 ss). Cette tendance s'est confirmée pendant l'année sous revue. L'économie mondiale se trouve maintenant au creux de la vague.

En Suisse, l'insécurité qui régnait quant à l'issue du scrutin sur l'Espace économique européen a contribué au recul des activités économiques. La majorité des entreprises ont retenu leurs investissements pour des projets en Suisse jusqu'à la date de la votation, le 6 décembre 1992. Il a donc manqué des impulsions qui auraient favorisé la reprise de l'économie nationale. La mauvaise situation de l'économie s'est aussi reflétée dans les déficits massifs des corporations de droit public. De ce côté aussi, on ne pouvait pas s'attendre à ce que des impulsions importantes se manifestent. Les taux d'intérêt élevés ont également freiné les investissements qui auraient pu relancer l'économie. Mais on peut voir une lueur d'espoir dans le fait que le niveau des intérêts s'est détendu.

2. Marché immobilier

Le marché immobilier a été atteint par les corrections qu'a subies la surchauffe économique et il s'est encore fortement contracté. Il en est résulté un recul considérable de l'industrie de la construction. Etant donné que les investissements dans le domaine de la construction et de l'immobilier sont traditionnellement financés dans une mesure importante par les banques, notamment par les banques cantonales et régionales, et que l'endettement hypothécaire en Suisse est très élevé, la mauvaise situation de cette branche économique a de fortes répercussions sur le secteur bancaire.

En particulier, les banques qui n'ont pas observé les principes classiques régissant l'octroi de prêts hypothécaires, en ne se préoccupant pas suffisamment de s'assurer un refinancement adéquat et de maintenir une saine proportion entre les fonds propres et les fonds

étrangers et qui n'ont pas examiné avec assez de soin les immeubles grevés, sont aujourd'hui confrontées à la nécessité de constituer des provisions massives. Comme l'année précédente, les banques n'ont plus été disposées ou en mesure de reprendre à leur compte n'importe quels immeubles afin de sauver des crédits en souffrance. Etant donné que précédemment des provisions importantes avaient déjà dû être constituées, certaines banques ont atteint de nouveau les limites de ce qu'elles peuvent supporter. De plus, les dettes hypothécaires dont les intérêts n'ont plus été payés ont encore aggravé la situation. Ces prêts sont devenus des actifs sans rendement.

La plupart des fusions réalisées pendant l'année et le rapprochement de banques ayant des problèmes vers des banques plus solides sont aussi dus au fait qu'elles devaient constituer dans une mesure qui n'était plus supportable des provisions sur des prêts hypothécaires. A titre d'exemple, on peut citer la reprise de l'EKO Hypothekar- und Handelsbank Olten par le Crédit Suisse, celle de l'Ersparniskasse des Amtsbezirkes Signau par la Bank in Langnau ou celle de la Bank in Kriegstetten par la Banque cantonale de Soleure.

3. Problème du refinancement

Le niveau élevé des taux d'intérêt et la tendance des investisseurs à rechercher des placements offrant un meilleur rendement ont provoqué pour les banques des coûts de refinancement plus élevés. L'apport de fonds du public sur des carnets d'épargne donnant un faible taux d'intérêt a stagné chez bien des banques. Le déplacement de ces fonds vers des formes de placements plus rémunératrices s'est poursuivi. Ce sont les petits instituts du secteur des banques régionales qui ont été spécialement touchés. A la suite des cas de difficultés ou de fusions qui ont été rendus publics, ils ont été confrontés à une crise de confiance dans le public. Certains investisseurs institutionnels ont aussi fait preuve d'une grande retenue dans leurs placements auprès de ces banques ou n'ont opéré leurs dépôts chez elles que contre des garanties étendues ou des intérêts plus élevés. Pour ces banques, le recours à la Banque nationale pour se procurer des liquidités temporaires à des taux lombards entre 9 et 11,5% n'était

pas non plus une solution durable à leurs problèmes de refinancement. Le coût élevé du refinancement a encore réduit les marges d'intérêt, ce qui a eu aussi des conséquences négatives sur le résultat.

4. Effets sur les banques

La récession économique en général et les problèmes évoqués ci-dessus en particulier ont eu, comme l'année précédente, des répercussions dans le secteur bancaire. L'assainissement des structures et le redimensionnement se sont poursuivis. Les banques les plus touchées ont été reprises ou ont fusionné. Ainsi, le nombre des banques régionales qui sont particulièrement atteintes par ce processus a diminué pendant l'année 1992 de 192 à 175. La Commission des banques est toujours d'avis que cette évolution est inévitable et qu'elle ne doit pas être enrayée par des mesures de soutien. Conformément à la tâche que lui a confiée le législateur, elle continuera de veiller à ce que l'assainissement des structures se déroule dans la mesure du possible sans pertes pour les créanciers et sans dommages pour la place bancaire suisse. En étroite collaboration avec les banques et leurs associations, elle a réussi jusqu'ici à atteindre cet objectif. Les moyens d'intervention ont été étendus. Par la réduction de 30 à 10 % du taux des fonds propres exigés sur la position «Autres immeubles» (cf. art. 13 al. 1 let. a ch. 8 OB), il a été possible de détendre un peu la situation des fonds propres que la nécessité de constituer des provisions importantes rendait difficile (voir aussi ch. IV 2.5 p. 225 ci-après).

IV. Surveillance des banques

1. Législation

1.1 Révision de la loi sur les banques

1.1.1 Introduction

Durant l'année 1992, la Commission des banques a étroitement collaboré avec le Département fédéral des finances en vue d'adapter la loi sur les banques, dans le cadre de la procédure Eurolex, à la suite de la signature de l'accord sur l'Espace économique européen par le Conseil fédéral (cf. Message relatif à l'approbation de l'Accord EEE, FF 1992 no 33 Volume IV p. 267 ss et Message complémentaire II relatif à l'Accord EEE, FF 1992 no 35 Volume V p. 673 ss). Le peuple et les cantons suisses ayant rejeté l'Accord EEE, les modifications de la loi sur les banques n'entreront pas en vigueur comme prévu au 1er janvier 1993. Celles-ci se limitaient à l'adaptation de notre droit interne aux règles communautaires pertinentes qui n'ont pas de pendant dans la législation suisse. Cette dernière étant déjà amplement conforme à l'acquis communautaire, les modifications envisagées n'auraient pas révolutionné notre système de surveillance bancaire. En effet, les exigences des directives communautaires ne sont pas disproportionnées mais reflètent un standard minimum largement reconnu au plan international. Elles s'inspirent des conceptions du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire (ci-après Comité de Bâle). A la différence des directives communautaires, les recommandations émises par celui-ci n'ont pas le caractère de règles de droit international public. Elles sont moins détaillées et ne visent pas, comme les directives, à introduire une licence unique et à harmoniser les conditions d'autorisation. Elles exposent cependant certains principes de base que les Etats membres, dont la Suisse, se sont engagés à appliquer en fonction des moyens dont ils disposent.

Dans ce contexte, la Commission des banques est d'avis qu'il serait judicieux, malgré le refus de l'Accord EEE, d'envisager de manière unilatérale une modification de notre législation. En effet, si la Suisse entend être reconnue comme partenaire sérieux sur le plan international, il importe qu'elle se mette au diapason et qu'elle adapte son ordre juridique interne de manière adéquate afin de démontrer qu'elle tient compte des recommandations internationales, dont le

bien-fondé n'est pas contesté, même si elles n'ont pas de caractère strictement obligatoire.

Ainsi, certaines des modifications prévues et exposées ci-après, qui auraient dû entrer en vigueur en cas d'approbation de l'Accord EEE, devraient malgré tout être prises en considération.

Les articles ci-dessous qui se réfèrent au projet de modification de la loi sur les banques sont suivis de l'abréviation pLB. Le texte définitif pour la votation finale, du 9 octobre 1992, a été publié par l'Office central fédéral des imprimés et du matériel sous no 92.057-43.

1.1.2 **Champ d'application**

La première directive de coordination bancaire 77/780/CEE définit l'établissement de crédit comme une entreprise dont l'activité consiste à recevoir du public des dépôts ou d'autres fonds remboursables et à octroyer des crédits pour son propre compte. En outre, la deuxième directive bancaire 89/646/CEE (ci-après deuxième directive) oblige les Etats à interdire à toute personne ou entreprise qui n'est pas un établissement de crédit la réception de dépôts du public à titre professionnel.

En tenant compte du fait que le droit communautaire n'a pas pour but de créer un système bancaire unique mais d'harmoniser les conditions d'exercice de l'activité, il n'avait pas été jugé indispensable de modifier la conception suisse de la banque, dont la notion est définie à l'article 2a de l'Ordonnance de façon plus large que dans la directive communautaire, ni d'introduire une définition directement dans la loi. Cependant, il n'était plus possible de maintenir un statut intermédiaire entre banques et non banques. Les sociétés financières assimilées aux banques en vertu de l'article premier alinéa 2 LB et soumises à certaines dispositions de la loi ne pouvaient être maintenues. En effet, soit ces sociétés remplissent les conditions pour exercer une activité bancaire et elles sont des banques, avec la conséquence qu'elles sont soumises à toutes les dispositions de la loi, soit elles ne remplissent pas les conditions et elles ne peuvent être considérées comme banques et ne sont alors plus soumises à aucune disposition de la loi.

Pratiquement, le statut légal de société financière à caractère bancaire qui fait appel au public pour obtenir des fonds en dépôt (art. 1 al. 2 let. a LB, 1ère phrase) ne revêt plus qu'une importance modeste puisque seules trois sociétés sont encore concernées. Quant aux sociétés financières soumises uniquement aux articles 7 et 8 de la loi sur les banques (sociétés financières à caractère bancaire qui ne font pas appel au public pour obtenir des fonds en dépôt; art. 1 al. 2 let. a LB, 2ème phrase) elles ne font en fait l'objet d'aucune surveillance de la part de la Commission des banques. Au contraire, ce statut laisse parfois croire à tort, à l'étranger surtout, qu'une telle surveillance existe, ce qui est regrettable. En outre, l'article premier alinéa 2 lettres b et c LB contient des dispositions qui sont sans objet puisqu'aucune société n'est assujettie à la loi sur les banques en vertu de celles-ci. Rien ne s'opposerait dès lors à la suppression de l'article premier alinéa 2 LB.

1.1.3 **Licence unique**

L'alinéa 3 de l'article 2 pLB visait à introduire l'important principe de la licence unique. Actuellement, une banque qui a reçu l'autorisation d'exercer son activité dans son pays doit, si elle veut s'établir dans un autre pays sous forme de succursale, demander une autorisation ponctuelle dans chaque autre Etat. Le système de l'autorisation unique permet à une banque d'exercer dans les autres Etats membres de l'EEE les activités pour lesquelles elle a obtenu l'agrément dans son pays d'origine pour autant que ces activités soient recensées dans la liste qui fait l'objet de l'annexe à la deuxième directive. Ce sont en fait les quatorze activités décrites dans cette annexe qui bénéficient de la reconnaissance mutuelle. Il s'agit des activités bancaires les plus courantes (réception de dépôts, prêts, opérations de paiement, participations à des émissions, etc.). Pour que ce principe puisse être accepté par chacun des Etats, une harmonisation des conditions d'accès à l'activité est nécessaire. En outre, afin de ne pas discriminer les pays qui ne connaissent pas le système de banque universelle et dans lesquels les banques n'exercent pas directement toutes les activités énumérées dans la liste, mais seulement indirectement par l'intermédiaire de filiales créées à cet effet, il est prévu, dans la deuxième directive, que certains établissements financiers, sans

statut bancaire, puissent se prévaloir également de la reconnaissance mutuelle. Ceux-ci doivent cependant être dans le pays d'origine des filiales à 90 % au moins d'un établissement de crédit et être inclus dans la surveillance consolidée de la banque mère qui en garantit également solidairement les engagements.

La modification légale proposée était étroitement liée à une participation de la Suisse à l'EEE.

1.1.4 **Conditions d'autorisation**

Les conditions d'autorisation devaient être complétées notamment par l'obligation d'annoncer toute détention d'une participation qualifiée dans une banque (art. 3 al. 5 et 6 pLB). En outre, les détenteurs de telles participations devaient garantir que leur influence ne s'exerçait pas au détriment d'une gestion saine et prudente de la banque (art. 3 al. 2 let. c bis pLB). La tendance actuelle qui va vers une plus grande transparence est également valable pour ce qui concerne la structure de l'actionnariat. En effet, les actionnaires importants peuvent avoir une influence non négligeable sur la marche d'une société. Tant le nouvel art. 663 c du Code des obligations relatif à la société anonyme que le projet de loi sur les bourses contiennent des dispositions obligeant à faire connaître publiquement les actionnaires importants. La transparence profite à la société, aux autres actionnaires ainsi qu'à l'autorité de surveillance. Dans cette optique, il serait tout à fait adéquat de modifier également la loi sur les banques dans le sens qui avait été prévu.

L'article 3 alinéa 7 pLB, faisant obligation aux banques d'annoncer les activités effectuées à l'étranger, avait pour but de permettre à la Commission des banques de satisfaire à ses obligations internationales et en particulier d'exercer la surveillance sur l'ensemble des activités d'un groupe bancaire. C'est également une priorité du Comité de Bâle qui préconise, comme préalable à toute activité internationale, tant l'accord des autorités de surveillance du pays d'origine (siège de la banque) que de celles du pays d'accueil («inward» et «outward consent»). Indépendamment de l'Accord EEE, une telle disposition aurait donc également toute sa raison d'être.

Quant à l'article 3 alinéa 4 pLB, s'il laissait comme par le passé au canton la responsabilité de l'organisation interne et de l'examen de la gestion irréprochable des dirigeants d'une banque cantonale, il précisait cependant que la surveillance devait être effective à cet égard. Cette disposition engageait les cantons à prévoir des instances indépendantes pour surveiller leur banque cantonale. Il s'agit en fait d'une exigence déjà valable actuellement ainsi que l'avait souligné la Commission des banques dans son précédent rapport (cf. Rapport de gestion 1991 p. 239 ss). Indépendamment de l'Accord EEE, la conception de la surveillance des banques cantonales est aujourd'hui discutée et la nécessité de préciser cette disposition apparaît de plus en plus évidente (cf. ch. 3.6 p. 249). Dans son rapport précédent, la Commission des banques signalait en outre qu'elle renforcerait ses efforts afin que toutes les banques cantonales transfèrent le mandat de révision à un organe de révision externe. En vertu de l'article 18 alinéa 2 LB, les banques cantonales ne sont pas tenues de se faire contrôler par une société de révision externe pour autant qu'elles possèdent un service de révision interne qualifié. Or, les activités des banques cantonales se sont considérablement étendues et les innovations dans le secteur bancaire ont accru les exigences imposées au contrôle et à la révision, de sorte qu'un inspectorat interne n'est plus suffisant et ne peut plus faire face seul à la situation. Dès lors que se pose la question d'une modification de la loi sur les banques et, en particulier, de l'article 3 alinéa 4 LB, il faudrait aussi envisager de supprimer l'article 18 alinéa 2 LB qui n'a plus de raison d'être. Une adaptation de l'article 3 alinéa 4 LB serait également l'occasion d'en préciser la portée en ce qui concerne les engagements des banques cantonales. En effet, aujourd'hui les banques cantonales sont traitées différemment des autres banques pour le calcul des fonds propres. Elles peuvent opérer une déduction de 12,5% sur le total des fonds propres exigibles, mais ne peuvent, en revanche, compter comme fonds propres leurs dettes de rang subordonné (cf. ch. 3.3.6 p. 241).

Enfin, il était prévu un article 3quater pLB – imposé par l'Accord EEE qui interdit toute discrimination basée sur la nationalité – selon lequel les personnes physiques ou morales d'un Etat de l'EEE ne devaient plus être considérées comme étrangères au sens des articles 3bis et 3ter LB. Matériellement, l'article 3quater pLB signifiait

principalement et pour ainsi dire exclusivement que la condition de la réciprocité, que doivent remplir toutes les banques étrangères, n'aurait plus pu être soulevée à l'égard d'un ressortissant ou d'une société de l'EEE, cette condition étant donnée par principe dans tout l'EEE en vertu de l'Accord. Pratiquement, il s'agissait cependant d'une modification mineure car la grande majorité des Etats de l'EEE garantit aujourd'hui la réciprocité.

1.1.5 **Relations avec la Banque nationale suisse**

Les articles 7 et 8 LB qui servent de base à une réglementation assez restrictive de la Banque nationale suisse afférente à la constitution de syndicats d'émissions avaient été revus dans un sens plus libéral. Il n'avait toutefois pas été renoncé à toute prescription en matière d'exportation de capitaux. Une autorisation aurait encore été nécessaire en cas de fortes tensions sur les marchés des devises ou de mise en danger de la politique monétaire suisse. Pour permettre un certain contrôle des opérations financières effectuées en francs suisses, l'article 7 alinéa 5 pLB aurait permis à la Banque nationale suisse, à l'instar des prescriptions en vigueur en Allemagne, d'exiger que le chef de file du syndicat soit une banque suisse ou une banque étrangère domiciliée en Suisse.

1.1.6 **Surveillance consolidée**

La directive 83/350/CEE relative à la surveillance des établissements de crédit sur une base consolidée remplacée en 1992 par la directive 92/30/CEE, impose de supprimer tout obstacle de nature juridique empêchant la circulation des informations nécessaires à la surveillance consolidée à l'intérieur d'un groupe bancaire. Même si la transmission d'informations est déjà possible à certaines conditions, l'introduction d'une base légale expresse apparaissait judicieuse pour permettre aux banques de communiquer certaines informations à leurs sociétés mères (art. 4 al. 4 pLB).

On sait en effet que les difficultés d'une entité peuvent déstabiliser le groupe dans son ensemble. Il est dès lors extrêmement impor-

tant d'avoir une vue globale de toute l'entité économique, même si juridiquement il s'agit de plusieurs entreprises. Tant la banque que l'autorité de surveillance doivent être à même de contrôler les risques importants encourus à tous les niveaux du groupe. Cela peut exiger, dans certains cas, des données sur certains clients, car il est évident qu'un groupe bancaire moderne ne saurait être dirigé sans une connaissance globale et détaillée des positions des clients et des limites de crédit. Pour le calcul des fonds propres du groupe, l'Ordonnance sur les banques exige des banques, depuis des années déjà, l'établissement d'un bilan consolidé des sociétés qu'elles dominent directement ou indirectement ainsi que l'annonce des gros risques des groupes bancaires sur base consolidée. Il s'ensuit que les banques suisses doivent obtenir de leurs filiales étrangères les informations nécessaires à cet effet. A l'inverse, la Suisse ne saurait refuser aux groupes étrangers ce qu'elle exige de ses propres établissements. Il en découle que les filiales en Suisse de banques étrangères devraient être autorisées elles aussi à fournir à leurs sociétés mères les informations nécessaires, étant donné qu'elles seront traitées confidentiellement et dans un but spécifique, conformément au principe de la spécialité. La nécessité d'un tel flux d'informations est particulièrement soulignée tant dans les recommandations d'avril 1990 que dans celles de juillet 1992 du Comité de Bâle. En conséquence, il *conviendrait de maintenir cette disposition.*

En outre, il faudrait fixer dans la loi le principe même de la surveillance consolidée qui n'y figure pas actuellement. Une adaptation de la loi serait judicieuse sur ce point même si, en pratique, la Commission des banques surveille déjà les conglomérats financiers sur une base consolidée. Le Tribunal fédéral a confirmé le bien-fondé de cette pratique dans son arrêt CS Holding.

1.1.7 **Coopération internationale**

Une des dispositions les plus importantes qui aurait dû entrer en vigueur est l'article 23sexies pLB qui introduisait une base légale permettant à la Commission des banques d'intensifier la coopération internationale avec les autorités de surveillance étrangères. La législation sur les banques ne contient aucune disposition expresse en cette

matière. Cependant, les autorités de surveillance coopèrent déjà dans certaines conditions. Cette collaboration se déroule pour ainsi dire sans difficulté, car elle répond la plupart du temps à l'intérêt des établissements concernés. Les directives communautaires pertinentes en matière de surveillance bancaire exigent une collaboration accrue entre autorités administratives, raison pour laquelle il importait de prévoir une réglementation claire fixant les principes et les limites de cet échange d'informations. Il avait été prévu en premier lieu que les informations ne devaient être utilisées qu'à des fins exclusives de surveillance (principe de la spécialité). Ensuite, les destinataires devaient être liés par le secret professionnel ou le secret de fonction. Finalement, les informations reçues ne pouvaient être retransmises à des tiers qu'avec l'autorisation préalable de la Commission des banques. L'Office fédéral de la police devait également être consulté en cas de transmission des informations à une autorité pénale, de sorte que l'entraide judiciaire en matière pénale ne puisse pas être détournée par la voie administrative (art. 23sexies al. 2 let. a, b et c pLB). En outre, une protection particulière était offerte aux clients des banques touchés par des informations à transmettre à une autorité étrangère. L'application de la procédure administrative leur aurait permis d'exiger une décision formelle avec possibilité de recours au Tribunal fédéral (al. 3).

L'alinéa 4 devait permettre aux autorités de surveillance étrangères d'effectuer des contrôles directs auprès des succursales suisses des banques qu'elles surveillent. Cette faculté n'était cependant accordée qu'aux Etats de l'EEE, la compétence étant laissée par ailleurs à la Commission des banques d'autoriser, à certaines conditions, des autorités d'autres Etats à procéder à de tels contrôles.

Quant à l'alinéa 5, il prévoyait d'octroyer au Conseil fédéral la compétence de conclure des traités internationaux en respectant les conditions de l'alinéa 2. La conclusion de tels traités peut s'avérer très utile pour formaliser avec certains Etats et leurs autorités les relations bilatérales. Ils peuvent permettre de désigner précisément les autorités compétentes, répartir les tâches, fonder des obligations mutuelles, prévoir la reconnaissance mutuelle des autorités de surveillance, régler des modalités importantes ou encore fixer de manière générale les informations qu'une autorité étrangère peut

retransmettre lorsque la surveillance est exercée par plusieurs autorités. En outre, si parfois aucune nécessité n'apparaît du point de vue suisse, il se peut qu'un Etat étranger sollicite la conclusion formelle d'un accord international et il faut pouvoir répondre à cette attente.

On remarquera, qu'à l'exception des contrôles sur place, la disposition accordant l'entraide administrative a été conçue «erga omnes» afin de permettre à la Commission des banques d'accorder l'assistance administrative de façon générale, c'est-à-dire à des autorités d'Etats non parties à l'Accord EEE également. En effet, indépendamment de l'obligation dictée par les directives communautaires, la nécessité d'une coopération internationale plus intense résulte également des recommandations du Comité de Bâle. Celui-ci recommandait notamment, en avril 1990, en relation avec le secret bancaire, de modifier ou d'adapter les règles de droit interne qui restreignent ou empêchent la transmission d'informations aux autorités de contrôle bancaire à l'étranger, étant entendu que les informations ont un caractère confidentiel et ne sont destinées qu'à des fins liées à la surveillance prudentielle. L'accès complet aux informations sur les filiales et succursales à l'étranger est également une des thèses des recommandations de juillet 1992 de ce Comité (cf. ch. 5.1 p. 256).

Il importe de souligner que l'objectif primaire de la coopération internationale n'est pas d'échanger des informations relatives à des faits du passé où la recherche de moyens de preuve concernant d'éventuels comportements fautifs. Cette coopération vise avant tout des buts de nature préventive. C'est la viabilité des établissements concernés dans une optique actuelle et future qui est au premier plan. La coopération internationale revêt une importance croissante et la Suisse ne saurait s'y soustraire. Les motifs qui ont présidé à l'élaboration d'une disposition législative adéquate «erga omnes» et non limitée à l'Espace économique européen conservent toute leur valeur, si bien qu'une telle norme doit être ancrée au plus tôt dans notre législation.

1.1.8 **Fonds propres**

En matière de fonds propres, il est admis que les normes suisses supportent largement la comparaison internationale. Globalement, les

exigences suisses sont plus strictes que les exigences communautaires. Des examens approfondis systématiques portant sur des détails de nature technique auraient été nécessaires pour arriver à une adéquation parfaite entre le droit suisse et le droit communautaire. Il était dès lors prévu de ne modifier dans un premier temps, dans l'Ordonnance sur les banques, que les dispositions clairement contraires au droit communautaire, à savoir de supprimer la garantie des communes (art. 11 al. 1 let. c LB) et d'adapter les dispositions touchant les banques cantonales (art. 13 al. 3 let. b et art. 11 al. 3 OB). La Commission des banques est d'avis qu'il conviendrait d'adopter ces modifications car elles correspondent à un besoin pratique et sont conformes à l'évolution internationale (cf. ch. 3.3.5 et 3.3.6 p. 240 ss).

1.2 Relation entre le droit révisé de la société anonyme et la loi sur les banques

Le 1er juillet 1992, le droit révisé de la SA est entré en vigueur. Il y a lieu d'éclaircir dans quelle mesure les nouvelles dispositions de ce droit s'appliquent aux banques et aux institutions de révision et quel est leur rapport avec les dispositions de la loi sur les banques et de l'ordonnance.

Il faut d'abord relever que les banques organisées sous la forme de société anonyme sont soumises en principe aux nouvelles dispositions du droit de la SA. Mais comme c'était déjà le cas sous l'ancien droit de la SA, la loi sur les banques, par rapport au droit révisé de la SA, doit être considérée comme une loi spéciale, ce qui signifie que celles de ses dispositions qui divergent de celles du droit de la SA ont le pas sur ces dernières. Il est opportun de considérer que les nouvelles dispositions du droit de la SA qui vont plus loin que la loi sur les banques et de l'ordonnance ne divergent pas de la législation bancaire et qu'elles doivent dès lors être respectées par toutes les banques ayant la forme de la société anonyme. Les nouvelles dispositions du droit de la SA ne s'appliquent pas aux banques qui ne sont pas constituées sous la forme de la SA, sauf si la loi sur les banques elle-même (art. 6 al. 2 LB) ou d'autres dispositions légales (art. 827

et 920 CO) stipulent expressément que les dispositions du droit de la SA s'appliquent à toutes les banques (par exemple art. 6 al. 2 LB). La relation entre les différentes dispositions du droit de la SA et celles de la loi sur les banques et de l'ordonnance doit être appréciée en appliquant ces principes.

Après l'entrée en vigueur du droit révisé de la SA, la Commission des banques s'est trouvée confrontée à diverses questions relatives à la validité de certaines dispositions nouvelles en relation avec la loi sur les banques. Comme les réponses intéressent toutes les banques et les institutions de révision, la Commission des banques a décidé de ne pas répondre individuellement à ces questions mais de prendre position dans une circulaire sur les nouvelles dispositions du droit de la SA. Les travaux préparatoires pour cette circulaire ne sont pas encore terminés.

1.3 Les tâches de l'autorité de surveillance d'après le projet de loi sur les bourses

Le groupe d'experts institué par le Conseil fédéral en juin 1990 a remis en mars 1991 son avant-projet, accompagné d'un rapport, d'une loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières (loi sur les bourses). En janvier 1992, le Conseil fédéral a publié le rapport sur le résultat de la procédure de consultation entreprise en été 1991 (voir aussi Rapport de gestion 1991 p. 245 ss). Le concept d'une loi-cadre laissant une large place à l'autorégulation mais liée à une surveillance efficace a été bien accueilli. Une forte majorité des avis s'est dégagée pour proposer la Commission des banques comme autorité de surveillance. Par la suite, le Conseil fédéral a chargé le Département des finances de préparer le message. Comme ce dernier n'est pas encore disponible, les considérations qui vont suivre se réfèrent au rapport du groupe d'experts.

D'après la conception du projet de loi, les bourses doivent pouvoir s'adapter sans contraintes légales trop rigides aux conditions changeantes du marché. Le projet se limite à assurer des conditions cadres, dans les limites desquelles l'autorégulation doit prendre

place. Mais autorégulation dans ce sens ne signifie toutefois pas l'abandon ou la renonciation à la surveillance de l'Etat mais une répartition adéquate des tâches entre la haute surveillance exercée par l'Etat et l'autorégulation privée se basant sur des obligations fixées par la loi. L'autorité de surveillance doit être en mesure d'intervenir directement et d'une façon efficace en cas de besoin et doit pouvoir prendre rapidement les mesures nécessaires. La surveillance du marché par l'autorité de surveillance doit aussi avoir lieu dans le cadre d'un système d'autorégulation présentant un degré élevé de flexibilité. L'autorité ne doit certes pas être présente en permanence sur le marché mais elle doit toujours en être proche afin d'être prête en tout temps à intervenir rapidement et si nécessaire directement sur place et pour une longue période.

Pour l'essentiel, les tâches de l'autorité de surveillance se concentreront sur les domaines suivants:

A côté des autorisations formelles données aux bourses et aux négociants en valeurs mobilières et de la reconnaissance des organes de révision habilités à contrôler les négociants, l'activité de l'autorité de surveillance sera centrée d'une part sur la surveillance des bourses et des négociants en valeurs mobilières. Les bourses et les négociants sont soumis, en ce qui concerne le respect de la loi sur les bourses et des règlements émis par les bourses, à la surveillance et au contrôle de l'autorité de surveillance. Pour accomplir sa tâche, celle-ci dispose d'un droit d'information étendu envers celui qui est soumis à sa surveillance et envers le réviseur. D'autre part, l'autorité exercera la surveillance sur la publication des participations à des sociétés cotées et sur les offres publiques d'acquisition. Les compétences nécessaires seront données à l'autorité de surveillance pour lui permettre de procéder aux enquêtes qui sont nécessaires pour appliquer la loi sur les bourses.

En outre, la coopération internationale constituera à l'avenir une part importante de l'activité de l'autorité de surveillance. A la suite de l'internationalisation grandissante et de la globalisation des marchés financiers ainsi que du rapide développement des transactions transfrontalières, une surveillance coordonnée sur le plan international prend de plus en plus d'importance.

2. Circulaires

2.1 Autorisations et annonces obligatoires

En relation avec la nouvelle édition du recueil des circulaires (cf. ch. 2.7 p. 227), la circulaire «Annonces obligatoires (résumé)» du 11 mai 1978 a été revue et renouvelée. Le but de cette révision était de présenter un résumé clair des faits soumis à autorisation et à des annonces obligatoires pour les banques et les institutions de révision sur la base de la loi sur les banques, de l'Ordonnance sur les banques, de l'Ordonnance concernant les banques étrangères en Suisse ainsi que des circulaires CFB. La circulaire 92/1 «Autorisations et annonces obligatoires» a été mise en vigueur le 31 décembre 1992 et sera mise à jour périodiquement.

2.2 Information préalable

L'analyse statistique des données clés des banques constitue un important pilier de l'activité de surveillance de la Commission des banques. Ces données sont soumises à des comparaisons avec celles relatives à la période précédente ainsi qu'à des comparaisons à l'intérieur d'un groupe bancaire. Ces analyses permettent pour chaque banque de faire ressortir assez tôt des développements ou des situations présentant des points faibles. De cette manière elles rendent possible, le cas échéant, une intervention en temps utile. Plus le matériel statistique servant de base à ces analyses est récent, plus tôt il est possible d'en tirer des conclusions et de prendre des mesures susceptibles d'éviter une dégradation de la situation.

La Commission des banques reçoit chaque année les données clés des banques par l'intermédiaire des institutions de révision au moyen des formulaires «Analyse du résultat» et «Analyse des fonds propres» intégrés au rapport de révision. La majorité des rapports de révision parviennent à la Commission des banques pendant les mois d'été de l'année qui suit l'exercice faisant l'objet de la révision. Jusqu'ici la Commission des banques recevait donc les données clés les plus importantes dans un délai relativement long. Jusqu'à la réception du rapport de révision, elle devait par conséquent se baser

sur des chiffres remontant à l'avant-dernier exercice. L'activité de la Commission des banques dans le domaine statistique se fondait en partie sur des faits qui remontaient jusqu'à 18 mois. Vu leur manque d'actualité, de telles analyses ne pouvaient plus remplir les exigences d'une surveillance moderne des banques. Particulièrement en période de récession économique, il devenait évident que la Commission des banques devait disposer de données statistiques récentes.

La circulaire 92/2 «Information préalable», entrée en vigueur le 31 décembre 1992, impose maintenant aux banques d'adresser aussi directement à la Commission des banques les formulaires «Analyse du résultat» et «Analyse des fonds propres» dans les 60 jours suivant la clôture de l'exercice. Grâce à cette mesure, on est assuré que les analyses statistiques pourront déjà être effectuées environ 3 mois après la clôture de l'exercice. Cela représente une amélioration très sensible par rapport à la situation actuelle de l'information dont dispose la Commission des banques dans le domaine des données clés.

2.3 Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés

Pour les nouveaux instruments financiers et d'une manière générale pour les opérations hors bilan, il se pose la question de savoir quel pourrait être le montant de la perte maximale respectivement quel est le montant qui est exposé au risque de crédit (dit «équivalent-risque de crédit») et dans quelle mesure les engagements des clients découlant des opérations hors bilan doivent être pris en considération dans le calcul des engagements à annoncer d'après l'article 21 alinéa 1 OB. La législation bancaire, en particulier l'article 21 OB, est muette sur ce point.

D'après la pratique de la Commission des banques, les engagements des clients découlant d'opérations hors bilan doivent en principe être pris en considération dans leur totalité, soit à 100% du montant du contrat. Des réglementations différentes n'existaient jusqu'ici que pour les opérations de devises à terme (cf. ch. 3 let. b de la circu-

laire 74/1 «Positions en devises étrangères» du 19 décembre 1974), pour les Options et Financial Futures (cf. ch. 4 de la circulaire 91/2 «Options et Financial Futures» du 29 mai 1991) ainsi que pour les Forward Rate Agreements (FRA) (cf. Bulletin CFB 21 p. 19). L'équivalent-risque de crédit est déterminé pour ces opérations au moyen de pourcentages fixes de la valeur du contrat ou de la valeur nominale, en partie indépendants de la durée du contrat. Avec sa circulaire 92/3 «Gros risques inhérents aux opérations à terme et aux instruments dérivés» du 16 décembre 1992, qui entrera en vigueur le 31 mars 1993, la Commission des banques modifie sa pratique dans le sens où, d'une part, elle étend d'une façon générale la réglementation d'exception aux opérations hors bilan sur taux d'intérêt, devises, actions, indices d'actions, métaux précieux, métaux non ferreux et autres marchandises et, d'autre part, elle admet maintenant aussi comme alternative au système actuel des quotes-parts d'imputation fixes, l'évaluation au prix du marché (Current Exposure Method).

D'après la méthode de l'évaluation au prix du marché, préconisée par le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et par la Communauté Européenne, l'équivalent-risque de crédit se calcule pour les opérations à terme et les instruments dérivés en additionnant au coût de remplacement actuel («replacement value») la majoration («Add-on») destinée à couvrir le risque de crédit pendant la durée résiduelle du contrat. Contrairement à la méthode des quotes-parts d'imputation fixes, pour laquelle l'équivalent-risque de crédit de chaque contrat est estimé en quelque sorte indépendamment de l'évolution du marché, la méthode de l'évaluation au prix du marché qui est maintenant autorisée prend en considération d'une façon continue les modifications des risques.

Le coût de remplacement exprime le prix actuel que la banque devrait payer, en cas de défaillance de la contrepartie, pour conclure une opération de remplacement similaire. Le calcul s'effectue sur la base du cours du marché au moment retenu pour l'opération de remplacement.

La majoration Add-on est une valeur calculée sur la base d'un coefficient qui sert à couvrir les risques de crédit résultant des fluctuations du coût de remplacement. Comme les banques doivent calculer au moins une fois par semaine et même chaque jour si la situation

du marché est inhabituelle, les risques de crédit se réduisent à une semaine au maximum. On part de l'idée que les conditions du marché sont normales et que les banques ont la possibilité de réduire l'engagement ou le risque de perte lié à une contrepartie par une contre-opération. Les facteurs Add-on prévus sont calculés d'après des données statistiques sur la volatilité hebdomadaire de la valeur de base sous-jacente au contrat. Les facteurs Add-on prévus dans la circulaire sont passablement plus élevés que ceux prévus par le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et par la Communauté Européenne. La conception de la circulaire est basée sur la considération qu'à la différence des prescriptions sur les fonds propres, qui partent de la répartition des risques parmi une pluralité de contreparties et s'orientent principalement vers la perte moyenne attendue pour un type d'opérations déterminées, les règles sur les gros risques doivent viser la perte maximale en cas de défaillance d'une contrepartie.

La méthode de l'évaluation au prix du marché est plus adéquate et plus exacte pour mesurer l'équivalent-risque de crédit que la méthode des quotes-parts d'imputation fixes. Cette dernière méthode continue cependant à être autorisée car il y a actuellement peu de banques en Suisse qui disposent des systèmes électroniques nécessaires à l'application de la méthode de l'évaluation au prix du marché. Chaque banque a donc le choix de déterminer les gros risques soit en appliquant les quotes-parts d'imputation fixes soit en utilisant la nouvelle méthode. Mais la banque ne peut choisir cette nouvelle méthode que si elle est en mesure de calculer chaque semaine, voire chaque jour, les valeurs de remplacement en y incluant le facteur Add-on.

2.4 Risques-pays

La circulaire du 17 décembre 1990 exigeait pour les engagements dans des pays à risques une provision forfaitaire de 65%. Cette façon de considérer les risques-pays d'une façon globale a été critiquée de différents côtés. Un taux unique de provisions ne tenait pas compte des particularités économiques et politiques des différents pays et donc du risque effectif que représente chaque pays. L'octroi de nouveaux crédits impliquant des pays à risques n'a plus

pu être effectué à cause de l'obligation de constituer immédiatement une provision de 65%.

Cette situation a amené la Commission des banques à charger un groupe de travail, composé de représentants de la Banque Nationale, de l'Association suisse des banquiers et de la Chambre fiduciaire ainsi que de collaborateurs du Secrétariat de la Commission des banques, de présenter leurs propositions en vue d'un traitement plus différencié des provisions s'appliquant aux risques-pays (cf. Rapport de gestion 1991 p. 231 s.).

Le groupe de travail a remis à la Commission des banques le projet d'une nouvelle circulaire 92/4 «Risque-pays», qui a été mise en vigueur le 31 décembre 1992.

Le point essentiel de la nouvelle circulaire est le passage du système du taux forfaitaire unique à un système fondé sur des taux minimaux de correctifs de valeurs spécifiques à chaque pays. La Commission des banques détermine au moins une fois par an les taux minimaux de correction de valeur différenciés par pays. Dans ce but, elle publie au cours du dernier trimestre de chaque année la liste correspondante des pays, laquelle fixe les correctifs de valeurs minimaux applicables à la fin de l'année civile. Pour établir la liste des pays à risques et pour fixer le montant des provisions spécifiques à chaque pays, la Commission des banques n'évalue pas elle-même les différents pays mais elle s'appuie d'une part sur l'estimation du risque propre à chaque pays effectuée par les banques commerciales importantes avec siège en Suisse et d'autre part sur les analyses de pays élaborées par des instituts spécialisés.

La circulaire révisée introduit aussi la disposition selon laquelle des banques peuvent être autorisées, sur demande, pour des positions en titres détenues pour le négoce ainsi que pour des portefeuilles gérés activement, à évaluer les créances comprenant un risque-pays selon le prix du marché secondaire.

2.5 Allégement des fonds propres

Les tensions sur le marché immobilier font aussi que, de plus en plus, des immeubles mis en gage pour garantir des prêts hypothécai-

res doivent être vendus ou font l'objet d'une réalisation forcée. Dans ces cas, il est souvent difficile de trouver un acheteur. C'est pourquoi, les banques se portent fréquemment acquéreurs et reprennent les immeubles, non destinés à leur propre usage, qui garantissent des crédits compromis ou qui font l'objet d'une réalisation forcée (cf. III ch. 2 et Rapport de gestion 1991 p. 200 s.). Cette situation exige des banques une augmentation des fonds propres car, conformément aux prescriptions de l'Ordonnance sur les banques, les immeubles qui ne sont pas à l'usage de la banque doivent être couverts par des fonds propres à hauteur de 30% au moins de leur valeur comptable (art. 13 al. 1 let. a ch. 8 OB).

Afin de faciliter la reprise des immeubles par les banques et de raviver ainsi quelque peu le marché immobilier, la Commission fédérale des banques a décidé d'accorder à toutes les banques un allégement des exigences en matière de fonds propres, limité dans le temps, sur les immeubles acquis à partir du 1er janvier 1993 et qui ne sont pas destinés à un usage propre. A cet effet, conformément à l' art. 4 al. 3 LB, elle a abaissé à 10% le taux minimal de 30%, par sa circulaire du 16 décembre 1992 «Allégement des exigences en matière de fonds propres relatifs à la rubrique «Autres immeubles». Ce taux réduit est encore supérieur à celui prévu par le droit communautaire qui exige un minimum de 8%. Cet allégement est valable jusqu'à fin 1994.

2.6 Annulation de la circulaire 91/1 «Identification de l'ayant droit économique / Interdiction des formulaires B – CDB», du 25 avril 1991

Le 1er octobre 1992, la nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques du 1er juillet 1992 (CDB 92) est entrée en vigueur. En même temps, la convention de diligence du 1er juillet 1987 a été supprimée. Etant donné que la nouvelle convention de diligence a repris le contenu essentiel de la circulaire 91/1 «Identification de l'ayant droit économique / Interdiction des formulaire B – CDB» du 25 avril 1991, la Commission des banques a annulé avec effet au 1er octobre 1992 la circulaire 91/1 (cf. ch. 3.1.1 p. 227).

2.7 Nouveau recueil des circulaires

La Commission des banques peut émettre des circulaires et les adresser à tous les intéressés afin de les renseigner sur la pratique suivie par la Commission, leur envoyer des recommandations et leur demander certaines informations (art. 8 al. 2 RO – CFB). Les circulaires contribuent à la sécurité du droit, dans le sens où elles renseignent sur la manière dont la Commission des banques entend appliquer les dispositions légales dans un cas concret. Si une banque ou une institution de révision n'est pas d'accord, elle peut déposer un recours au Tribunal fédéral pour inégalité de droit contre la décision que la Commission des banques a prise à son égard.

En dernier lieu, la collection des circulaires avait été publiée en 1978. Au cours des années, elle avait été plusieurs fois modifiée et elle avait perdu sa clarté. A la fin de l'automne 1992, elle a paru sous une nouvelle forme, dans un seul classeur en langues allemande et française. Elle est complétée par une liste chronologique, une table des matières systématique et un index. L'ancienne distinction entre «Instruction» et «Explication» a été abandonnée.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Garantie d'une activité irréprochable

3.1.1 Convention relative à l'obligation de diligence des banques

La nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques du 1er juillet 1992 (CDB 92), passée entre l'Association suisse des banquiers et les banques signataires, est entrée en vigueur le 1er octobre 1992. Elle remplace la convention de diligence signée en 1987 (CDB 87), qui est arrivée à échéance le 30 septembre 1992. Les règles valables jusque-là sur l'identification du cocontractant lors de l'établissement de relations d'affaires et sur l'identification de l'ayant droit économique ont été adaptées à l'évolution intervenue depuis 1987 (entre autre l'introduction de l'article 305ter CP et l'adoption de la directive du Conseil de la Communauté Européenne relative «A la prévention de l'utilisation du système financier aux fins de

blanchiment de capitaux») et elles ont été affinées. Pour l'essentiel, la CDB 92 apporte, par rapport à la CDB 87, les modifications et compléments suivants: La limite pour l'identification du cocontractant lors d'opérations de caisse a été abaissée de frs 100000.– à frs 25000.–. A l'avenir, lors d'opérations de caisse d'un montant supérieur à frs 25000.–, il sera toujours nécessaire de se poser la question de l'ayant droit économique. Une réglementation a été introduite en ce qui concerne les problèmes d'identification que posent les trusts et l'identification des ayants droit économiques dans le cas de comptes et dépôts collectifs des intermédiaires agissant à titre professionnel, soit brokers, gérants de fortune et fiduciaires (cf. Rapport de gestion 1991 p. 204). Il faut enfin mentionner que les règles d'exception pour les personnes tenues à un secret professionnel prévues dans la circulaire CFB 91/1 concernant «L'identification de l'ayant droit économique / Interdiction des formulaires B-CDB» du 25 avril 1991 ont été transposées dans la CDB 92. Les avocats et les notaires ne sont donc pas tenus de divulguer l'identité des ayants droit économiques qu'ils représentent dans la mesure où ils confirment, au moyen du formulaire R, que la nature du mandat est celle d'un avocat respectivement que ce mandat tombe exclusivement sous l'une des rubriques mentionnées.

La Commission des banques approuve la conclusion de la nouvelle convention de diligence et les améliorations qu'elle contient. Elle reconnaît – sous réserve de cas spéciaux et de faits nouveaux importants – les règles déontologiques en matière d'identification comme un standard minimum en vue du respect de l'exigence légale de la garantie d'une activité irréprochable (cf. Rapport de gestion 1991 p. 204). En règle générale, les dispositions de nature privée concernant l'identification des clients ont fait leurs preuves depuis la première convention de diligence de 1977. La nouvelle CDB 92 est de nature à remplir les exigences actuelles d'une identification correcte et appropriée. Il n'y a donc pas lieu de les remplacer par des directives de l'autorité. La coexistence de directives de l'autorité et de règles déontologiques privées nuirait à la sécurité du droit et à leur application pratique. Pour ces raisons, la Commission des banques a renoncé dans sa circulaire 91/3 «Directives relatives à la prévention et à la lutte contre le blanchiment de capitaux» du 18 décembre 1991 à réglementer d'une façon autonome le domaine de l'identification

des clients et s'est contentée d'une simple référence à l'article 305ter CP et aux règles déontologiques des banques (CDB 92).

3.1.2 **Etablissement de fausses attestations**

D'après l'article 12 alinéa 9 de la convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB), les décisions de la Commission de surveillance CDB sont envoyées à la Commission des banques pour information. Au printemps 1992, la Commission de surveillance CDB a adressé à la Commission des banques plusieurs décisions. Presque toutes se rapportaient à des faits pour ainsi dire identiques qui remplissaient les éléments constitutifs de l'établissement de fausses attestations. Toutes les procédures concernaient des banques Raiffeisen.

Il s'agissait dans tous les cas de manipulations de comptes de clients, respectivement dans un cas du compte du gérant, à la fin de l'année 1990. Après avoir transféré des avoirs de clients sur le compte interne de la banque «Divers» à la fin de décembre 1990 et avoir extourné ces mêmes montants au début de janvier 1991, les banques ont établi en fin d'année des soldes de comptes de clients inférieurs à la réalité et donc falsifiés. Ces manipulations ont visiblement été effectuées dans le but de tromper les autorités fiscales.

D'après la pratique constante de la Commission des banques, l'établissement de fausses attestations n'est pas compatible avec l'exigence de la garantie d'une gestion irréprochable (cf. par exemple Bulletin CFB 15 p. 5 ss et 11 ss). La Commission des banques a donc ouvert contre les banques Raiffeisen impliquées dans ces affaires des procédures concernant la garantie d'une activité irréprochable. Par la suite, les gérants fautifs ont reçu un blâme et ont été menacés d'être écartés en cas de récidive.

3.1.3 **Blanchiment de capitaux**

Selon la pratique bien établie de la Commission des banques et confirmée par le Tribunal fédéral, la banque doit éclaircir avec soin et d'une manière approfondie l'arrière-plan économique d'une transaction lorsque des indices laissent supposer un contenu illégal ou

immoral ou lorsqu'il s'agit d'une affaire compliquée, inhabituelle ou importante (Bulletin CFB 15 p. 6; ATF 108 Ib 191 cons. 3b et 111 Ib 127). Ce principe du droit de surveillance, qui a été affiné et concrétisé dans la circulaire 91/3 «Directives relatives à la prévention et à la lutte contre le blanchiment de capitaux» du 18 décembre 1991, entrée en vigueur le 1er mai 1992, défend – et pas seulement depuis l'entrée en vigueur de l'article 305bis CP sur le blanchiment de capitaux – non seulement la participation intentionnelle mais aussi la participation par négligence à des opérations servant à masquer l'origine criminelle de valeurs patrimoniales.

Dans un cas décidé en 1992, la Commission des banques a constaté qu'une banque avait violé l'obligation de diligence que lui imposait la garantie d'une gestion irréprochable lors de l'exécution de transactions désirées par un client et qui se sont ensuite révélées comme devant cacher l'origine criminelle des valeurs partrimoniales déposées. La banque a négligé plusieurs faits qui pouvaient laisser supposer le caractère délictueux de toute l'affaire et qui auraient dû l'inciter à observer une attention particulière. Un indice consistait dans le refus persistant du client à révéler aussi bien à la banque qu'à son avocat le nom de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales déposées. Un autre indice important était le fait que le client, sans autre explication, désirait que les avoirs du compte existant soient transférés sur de nouveaux comptes et que ces transferts ne laissent aucune trace «paper-trail». La banque a non seulement accédé aux demandes exagérées du client de préserver le secret et la discrétion, mais elle a encore mis à sa disposition une fiduciaire proche pour mieux camoufler la véritable origine et le véritable propriétaire des avoirs. Etant donné que la banque, après la découverte du cas a pris diverses mesures opportunes et convaincantes, la Commission des banques a renoncé à prendre des mesures concrètes. Elle s'en est tenue à la constatation que la banque, lors de ces transactions discutables, n'avait pas fait preuve de la diligence nécessaire et que son comportement n'était pas compatible avec la garantie d'une activité irréprochable.

3.1.4 **Rothschild Bank AG**

Après que la Commission des banques eut attiré à plusieurs reprises l'attention de la Banque Rothschild AG sur de gros risques

présumés et sur des provisions à constituer, la banque a annoncé, au cours de l'année 1992, qu'à la suite de crédits devenus douteux elle devait constituer des provisions importantes qui entamaient les fonds propres. Sur intervention de la Commission des banques, la banque a assaini la situation de ses fonds propres en vendant, à la valeur nominale, les crédits en souffrance à une nouvelle société. La banque a déposé plainte pénale contre son chef des crédits pour soupçon de gestion déloyale, abus de confiance, falsification de documents et éventuellement autres délits.

Des manquements sérieux dans le domaine des crédits et des violations graves des dispositions légales et des prescriptions internes de la banque ont été constatés lors d'un contrôle plus approfondi par une société de révision indépendante des crédits en souffrance qui ont été vendus. Comme les relations de confiance avaient été profondément détériorées par les événements, la banque a changé d'institution de révision avec l'accord de la Commission des banques.

Actuellement la Commission des banques examine les responsabilités des personnes impliquées dans les crédits qui étaient en souffrance ainsi que le rôle de l'institution de révision bancaire.

3.2 Banques en mains étrangères

3.2.1 Liste des Etats garantissant la réciprocité

Il ressort des procédures d'autorisation menées jusqu'à présent que la réciprocité est garantie actuellement par les pays suivants, toutefois avec des restrictions pour certains d'entre eux: les Etats membres de la CE (jusqu'à présent, la question de la réciprocité n'a encore jamais dû être décidée en ce qui concerne la Grèce, l'Irlande et le Portugal), l'Autriche, le Canada, la Corée du Sud, la Finlande, Hong Kong, Israël, le Japon, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, la Suède et la Turquie ainsi que les Etats suivants des Etats-Unis: Californie, Colorado, Connecticut, Floride, Illinois, Indiana, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvanie, Texas et Wisconsin.

3.2.2 **Japon et Corée du Sud**

Les négociations bilatérales interrompues par le Ministry of Finance ont été reprises au printemps 1992 (Rapport de gestion 1991 p. 223). Les négociations ont été pour l'essentiel influencées par la réforme du système financier du Japon. Un catalogue remanié d'exigences a été présenté par la Commission des banques et le Département fédéral des affaires étrangères. Sur la base des résultats obtenus lors de ces négociations, la Commission des banques a pu reconnaître que l'exigence de la réciprocité était remplie avec le Japon dans le cas de dix autres demandes en vue de transformer en banques des sociétés financières à caractère bancaire. Les dix instituts ont reçu une licence bancaire.

La Commission des banques a prolongé d'un an maximum le délai transitoire pour les 8 sociétés financières japonaises qui, à la suite de la modification de l'Ordonnance du 23 août 1989, sont maintenant soumises à la loi sur les banques parce qu'elles sont actives dans le domaine des émissions. Cette prolongation paraît justifiée car ces instituts ne sont pas responsables du retard de presque une année qu'ont pris les négociations relatives à la réciprocité.

En 1992, les pourparlers ont commencé entre le Département fédéral des affaires étrangères et les autorités sud-coréennes. Compte tenu du processus de déréglementation entamé en Corée du Sud, dans le domaine financier, l'octroi de deux licences aux deux plus grands établissements bancaires sud-coréens a été discuté. Actuellement, les trois grandes banques suisses disposent d'une représentation pour les affaires de titres et l'une des grandes banques a en plus une représentation bancaire. Les autorités sud-coréennes sont favorables à la transformation de ces représentations en véritables succursales.

La Corée du Sud travaille depuis 1981 à la réalisation d'un plan à long terme visant la libéralisation du marché financier et son internationalisation et elle a mis en oeuvre un processus d'ouverture progressive (Rapport de gestion 1991 p. 223 s.). Malgré ces efforts de libéralisation et les progrès déjà obtenus, on ne peut pas encore dire que la Corée du Sud donne d'une façon générale la garantie de la réciprocité. En particulier, la transparence des critères d'accès au marché n'est pas encore assurée malgré le processus de dérégle-

mentation. Vu les limitations massives auxquelles sont soumises les banques suisses dans leur activité en Corée du Sud, la garantie de la réciprocité par ce pays ne peut être examinée que de cas en cas en tenant compte des faits concrets et des améliorations qui peuvent être obtenues au sujet des possibilités d'activité qu'ont les banques suisses en Corée du Sud. C'est dans ce sens que la Commission des banques a accordé la licence à une banque sud-coréenne. Les différences les plus importantes d'ordre qualitatif qui font que la Corée du Sud ne donne toujours pas la réciprocité d'une manière générale feront l'objet des prochains pourparlers avec les autorités sud-coréennes.

3.2.3 Banque des Affaires Economiques Extérieures de l'URSS, succursale de Zurich / Création de la Banque Commerciale Russe SA

La Commission des banques a accordé en 1992 à la Banque Commerciale Russe SA, une filiale à 100% de la Rosvneshtorgbank, Moscou, l'autorisation d'exercer son activité comme banque. Il était nécessaire de réagir car après les bouleversements politiques et économiques intervenus dans l'ancienne URSS, la succursale de Zurich de la Banque des Affaires Economiques Extérieures de l'URSS, qui n'avait aucune indépendance juridique à l'égard du siège central de Moscou, se trouvait relativement désarmée face à ses créanciers internationaux. Les créanciers de la banque avaient la possibilité de procéder à des saisies sur les avoirs de la succursale pour obtenir le paiement de leurs créances. Le siège de Moscou aurait été alors obligé soit d'opérer des versements continus à sa succursale pour débloquer les avoirs faisant l'objet des saisies soit de la laisser tomber en faillite. Mais en cas de liquidation, la Commission des banques aurait dû retirer à la banque l'autorisation de continuer son activité comme banque. Par cette mesure, on aurait amené pratiquement tous les créanciers à rendre impossible la liquidation ordinaire en ayant recours à des saisies ou d'autres mesures d'exécution. Si la succursale avait continué sans changement son existence, les saisies auraient constitué un danger croissant qui aurait en définitive conduit à ce que les actifs devant couvrir les prétentions des créanciers suisses auraient été toujours plus insuffisants et que le dividende de faillite

serait devenu toujours plus petit. Des mesures étaient donc nécessaires surtout pour protéger les créanciers suisses.

Comme en 1985 et 1988 déjà, lorsque la Commission des banques était intervenue dans le cas de la Banque pour le Commerce Extérieur de l'URSS, respectivement Banque des Affaires Economiques Extérieures de l'URSS, il s'est de nouveau posé la question, lors de la décision prise en 1992, de savoir si les conditions d'autorisation spécialement en ce qui concerne la réciprocité et la surveillance consolidée étaient remplies.

Sur la base des deux décisions prises dans les années 80 ainsi que de la nouvelle législation de la Fédération de Russie, la garantie de la réciprocité, du point de vue strictement juridique, aurait pu être considérée comme étant donnée en ce qui concerne la Russie. Faute d'expérience, il n'a pas pu être définitivement jugé si de plus la réciprocité de fait était aussi donnée. Mais la Commission des banques est partie de l'idée que sur la base des conditions économiques actuelles, le projet d'acheter ou de fonder une banque en Russie pour y exercer une activité étendue et rentable ne devrait pas se heurter à de grands obstacles. Mais il n'a pas été possible, vu les circonstances particulières, de décider à titre définitif que la réciprocité complète était garantie. L'autorisation donnée ne constitue donc pas un précédent sous l'angle de la réciprocité.

D'après la législation bancaire russe actuelle, la Banque centrale de la Fédération de Russie exerce la surveillance de toute activité bancaire dans la Fédération de Russie. La Commission des banques est aussi d'avis que dans la phase de changement que connaît la Russie actuellement, la surveillance consolidée exercée par la Banque centrale de Russie est certes recherchée mais qu'en réalité elle ne correspond guère à l'exécution effective que demande le «Concordat de Bâle». Sur la base de cette constatation, la Commission des banques a été disposée, dans le sens d'une réglementation d'exception, à accorder un délai transitoire. Mais il faudra lui prouver, dans un délai approprié, que la maison mère, la Rosvneshtorgbank est surveillée sur une base consolidée selon les normes internationales et que la Banque Commerciale Russe SA à Zurich est aussi englobée dans cette surveillance.

3.2.4 **Bank of Commerce and Credit International (BCCI)/ Banque de Commerce et de Placement S.A. (BCP)**

Après la fermeture de la BCCI par différentes autorités de surveillance étrangères, la Commission des banques n'a pas retiré l'autorisation à la BCP, filiale de la BCCI (cf. Rapport de gestion 1991 p. 225 ss). Les intérêts des créanciers de la banque ont pu être mieux sauvegardés par la reprise de la banque par un nouvel actionnaire qui a investi un nouveau capital. A cette époque, il n'y avait encore aucune indication selon laquelle la BCP aurait été aussi impliquée dans des affaires déloyales ou illicites. La Commission des banques a cependant examiné pendant l'année 1992 si les organes de la BCP portaient une part de responsabilité dans les manoeuvres criminelles de la direction à l'étranger de la BCCI.

Dans son rapport d'enquête du 4 mai 1992, la Commission des banques est arrivée à la conclusion que la BCP avait été utilisée d'une manière très grave par le groupe de la BCCI pour accomplir des desseins frauduleux. Ainsi particulièrement au milieu des années 80, des paiements ont été effectués sur une grande échelle par l'intermédiaire de la BCP pour permettre à la BCCI de camoufler des pertes et de produire des bénéfices fictifs. En outre, la BCP a été entraînée en 1988 par une société dans une opération de blanchiment de fonds provenant de la drogue, comme l'ont montré les recherches entreprises par des autorités étrangères.

L'enquête n'a cependant pas révélé d'éléments selon lesquels les personnes qui sont encore actives à la banque avaient connaissance de l'arrière-plan de ces machinations. Sur la base des informations dont elle disposait et sous la réserve de faits nouveaux, la Commission des banques a donc constaté que la banque remplissait les conditions légales de l'autorisation. La Commission des banques a cependant reproché à la banque sur différents points un manque de diligence dans ses affaires. Pour l'avenir, elle a demandé à la BCP, entre autres,

- d'observer avec la plus grande minutie son devoir de diligence lors de l'ouverture de comptes et d'éclaircir l'arrière-plan économique et le but de transactions qui, du point de vue de leur forme et de leur montant ne sont pas habituelles, et pour lesquelles le but éco-

nomique et la régularité juridique ne sont pas immédiatement évidents;

- de ne procéder à des paiements interbancaires d'une certaine importance que si les comptes «Vostro» correspondants sont régulièrement ouverts. La banque ne doit pas indiquer à sa banque correspondante que son nom doit être caché à l'égard des bénéficiaires du paiement;
- que le Conseil d'administration doit toujours être renseigné, au moins oralement, par la direction sur l'identité du client et son activité lorsqu'elle lui soumet une demande de crédit pour un client ayant un compte numéroté. Le procès-verbal de la séance doit mentionner que cette orientation a eu lieu.

3.2.5 **Surveillance consolidée des Broker-Dealer américains**

En 1989, la Commission des banques a décidé que les Broker-Dealer américains qui sont dirigés par des sociétés holding et qui ne sont que partiellement soumis à la surveillance de la Securities and Exchange Commission (SEC), ne remplissent pas encore les exigences du Comité de Bâle en matière de surveillance consolidée (Rapport de gestion 1989 p. 188 ss, Bulletin CFB 21 p. 34–38).

Dans le cadre de l'octroi d'une autorisation à une banque, la Commission des banques a tenu compte du fait qu'en 1992 la SEC avait reçu des compétences élargies. Sur la base d'une modification du Securities Exchange Act 1933, la SEC est maintenant habilitée à demander non seulement d'un Broker-Dealer qui lui est directement soumis mais aussi de toutes les autres sociétés du groupe des informations sur leur situation financière et leur activité. La SEC a émis dans ce contexte des prescriptions d'exécution, les «Temporary Risk Assessment Provisions» qui obligent toutes les sociétés du groupe à lui fournir chaque trimestre des informations sur les fonds propres, la liquidité, le refinancement et tous les autres aspects importants de leur activité.

En outre, la SEC a assuré la Commission des banques qu'elle porterait à sa connaissance tous les faits intervenant chez les sociétés soeurs et les filiales du Broker-Dealer qui pourraient avoir un effet

négatif sur l'ensemble du groupe. Compte tenu de ces faits, la Commission des banques a pu constater en modifiant partiellement sa pratique, que la surveillance de la SEC sur les Broker-Dealer et les sociétés de leur groupe est très proche de la surveillance consolidée d'un groupe bancaire.

3.3 Fonds propres

3.3.1 Banque Cantonale de Berne

Selon l'article 4 alinéa 1 lettre a LB, les banques sont tenues de maintenir une proportion appropriée entre leurs fonds propres et l'ensemble de leurs engagements. La Commission des banques peut dans des cas spéciaux accorder des allégements ou ordonner des renforcements de ces prescriptions (art. 4 al. 3 LB).

Les prescriptions régissant les fonds propres sont aussi valables pour les banques cantonales. A la suite de correctifs de valeurs et de provisions exceptionnellement élevés, la Banque Cantonale de Berne n'a pas pu maintenir à fin 1991 le montant des fonds propres exigé par la loi. La Commission des banques a accordé à la Banque Cantonale de Berne un allégement de durée limitée en matière de fonds propres et l'a autorisée jusqu'à fin 1992 à montrer une insuffisance de fonds propres. Ce montant a été limité au niveau des fonds propres que la Banque cantonale avait à fournir en relation avec des actions de secours en faveur des banques régionales. L'allégement a été consenti à la condition que des distributions ne soient faites ni sur le capital de dotation ni sur le capital de bons de participation car elles auraient eu pour effet d'augmenter encore le montant des fonds propres manquants.

En automne, lors de la discussion du Grand Conseil du canton de Berne au sujet de l'augmentation du capital de dotation de la Banque Cantonale de Berne, celle-ci a rendu public le fait qu'il serait nécessaire de procéder à nouveau à d'importants correctifs de valeurs. Ceux-ci sont notamment en relation avec des engagements pris les années précédentes de l'ordre de 5 à 7 milliards de francs qui ne sont pas compatibles avec la politique de la nouvelle direction de la banque et qui sont grevés d'énormes risques de pertes.

Par la suite, la Commission des banques a été invitée par le Conseil d'Etat du canton de Berne à prendre position au sujet de ces engagements problématiques et des mesures qu'il y aurait lieu de prendre. La Commission des banques a relevé tout d'abord que l'appareil de surveillance cantonal devrait être amélioré afin que dans les domaines de l'organisation et de la garantie d'une gestion irréprochable, qui ne relèvent pas de la surveillance fédérale, les compétences en matière de surveillance puissent aussi être assurées d'une façon efficace (cf. aussi ch. 3.6.2 et Rapport de gestion 1991 p. 239 ss). En outre, la Commission des banques a constaté que le montant des correctifs de valeurs nécessaires devra être revu en fin d'année sur la base d'analyses détaillées. Afin d'assurer la publication de comptes annuels conformes à la loi, la Commission des banques a demandé qu'ils lui soient soumis avant d'être publiés. La Commission des banques a aussi mis en évidence la nécessité de réduire des positions débitrices ainsi que des investissements et de procéder à une enquête sur les circonstances et les responsabilités liées aux engagements présentant des risques.

A côté d'autres mesures, le Conseil d'Etat du canton de Berne a ordonné une telle enquête. En outre, il envisage, comme d'autres cantons, de transférer à la Commission des banques les compétences cantonales de surveillance (cf. ch. 3.6.2).

3.3.2 **Banque Cantonale de Soleure**

Dans le deuxième semestre de l'année 1992, la Banque Cantonale de Soleure a repris la Bank in Kriegstetten tombée en difficultés. A la suite de cette action de secours, les fonds propres exigibles de la Banque Cantonale de Soleure se sont augmentés du montant de la reprise.

La Banque Cantonale de Soleure a alors présenté une requête visant à obtenir un allégement des fonds propres. Comme pour la Banque Cantonale de Berne, la Commission des banques a considéré cette intervention faite dans l'intérêt d'une banque régionale et de ses créanciers comme un cas spécial au sens de l'article 4 alinéa 3 de la loi sur les banques, qui justifie un allégement des prescriptions en matière de fonds propres. Pour cette raison, la Banque Can-

tonale de Soleure a été autorisée à montrer un manque de fonds propres limité dans le temps et dans son montant.

3.3.3 **Crédit Suisse / CS Holding**

Depuis l'arrêt du Tribunal fédéral, qui a rejeté le 11 décembre 1990 les deux recours de droit administratif du Crédit Suisse et du CS Holding (cf. Rapport de gestion 1990 p. 176 s.), le Crédit Suisse est responsable à l'égard de la Commission des banques du respect des prescriptions en matière de fonds propres de la loi sur les banques sur une base consolidée au niveau de sa société mère, le CS Holding. A la fin de 1991, au moment de l'expiration du délai transitoire accordé par la Commission des banques dans sa décision de 1989, le CS Holding remplissait sur une base consolidée les prescriptions suisses en matière de fonds propres selon la loi sur les banques pour l'ensemble du groupe du CS Holding.

La Commission des banques examine actuellement la question de savoir si et dans quelle mesure le respect des prescriptions suisses en matière de fonds propres appliquées sur une base consolidée, qui sont en général sévères en comparaison avec les normes internationales, pénalisent les holdings bancaires suisses dans leur concurrence sur le plan international avec des banques et des maisons de titres d'autres Etats du groupe des Dix. La connaissance des effets concrets des prescriptions suisses sur le groupe du Crédit Suisse – qui est un des rares cas d'application chiffré de la surveillance consolidée sur un groupe financier international (cf. ch. 5.3) – revêt une grande importance pour cette analyse.

3.3.4 **Fonds propres pour les «Autres immeubles»**

A la fin de 1991, une banque régionale a annoncé à la Commission des banques, en application des prescriptions sur la répartition des risques (art. 4bis LB, art. 21 OB, circulaire CFB 72/2), qu'elle projetait d'acheter quelques maisons familiales entièrement louées. Ce sont des considérations de placement qui motivaient cette acquisition. Il ne s'agissait donc pas de la reprise forcée de gages donnés par des débiteurs insolvables.

A la suite de l'achat de ces maisons, la banque régionale disposait d'un portefeuille d'autres immeubles dont la valeur comptable représentait respectivement environ 12% de la somme du bilan et 150% des fonds propres existants.

La Commission des banques est d'avis qu'une telle proportion d'autres immeubles constitue une répartition défavorable des risques qui est encore accentuée dans le contexte économique actuel.

La Commission des banques a laissé ouverte la question de savoir si de telles opérations sont conciliables ou non avec le but primaire d'une banque et si les autres conditions (statuts, règlements, organisation, personnel) sont respectées. En fin de compte, l'ensemble des biens immobilisés des banques devrait aussi être largement refinancé par des fonds propres.

Il a été recommandé à la banque (sur la base de l'art. 4 al. 3 LB et en dérogation à l'art. 13 al. 1 let. a ch. 8 OB) de couvrir entièrement, c'est-à-dire à 100% au lieu de 30%, avec des fonds propres la part des «Autres immeubles» qui dépasse les fonds propres existants. La banque a dû faire ce calcul la première fois à fin 1992, après expiration du délai qui lui avait été accordé.

La banque a accepté cette recommandation.

3.3.5 **Garantie des communes**

L'article 11 alinéa 1 lettre c OB admet comme élément de fonds propres d'une banque le montant garanti par des communes (communes politiques, communes bourgeoises, paroisses ou communautés scolaires). En revanche, l'article 4 de la directive 89/299/CEE de la Communauté Européenne concernant les fonds propres des établissements de crédit, interdit expressément d'inclure dans les fonds propres d'un établissement de crédit les garanties qu'un Etat ou ses autorités lui accordent. Il a été reconnu que la disposition légale suisse en cause (art. 11 al. 1 let. c OB) était clairement contraire au droit communautaire, raison pour laquelle il était prévu, dans le cadre d'Eurolex, qu'elle soit rayée du catalogue des fonds propres admis.

La Commission des banques estime que cette norme est de toute façon dépassée et qu'elle conduit à de gros problèmes prati-

ques, de sorte qu'elle devrait être abrogée, sous réserve d'un délai adéquat à accorder aux banques concernées. A l'instar des directives communautaires, les principes développés par le Comité de Bâle ne reconnaissent pas comme fonds propres de telles garanties. En effet, économiquement il ne s'agit pas de fonds propres car la garantie n'équivaut pas à une mise à disposition de fonds que la banque peut utiliser pour ses activités. En outre, les difficultés de plusieurs banques régionales ont montré que ces garanties – qui étaient jusqu'à une époque récente considérées comme des engagements plutôt théoriques – entraîneraient des difficultés pour les communes si elles devaient s'exécuter.

3.3.6 **Déduction en faveur des banques cantonales**

L'article 13 alinéa 3 lettre b OB accorde aux banques cantonales une déduction de 12,5% sur les fonds propres exigibles pour tenir compte, d'une part, de la garantie étatique dont bénéficient ces banques et, d'autre part, du fait qu'elles ne peuvent, contrairement aux autres banques, prendre en compte comme fonds propres les dettes de rang postérieur.

Dans le cadre d'Eurolex, il est apparu, après examen et après un entretien avec l'Union des banques cantonales, que si la déduction en faveur des banques cantonales n'était pas en soi contraire aux directives communautaires, elle deviendrait en pratique inopérante et inutilisable, car son application entraînerait un manque de fonds propres par rapport aux exigences communautaires. En conséquence, il était envisagé d'abroger cette disposition et de permettre en compensation aux banques cantonales d'avoir des prêts subordonnés, pour autant que ceux-ci ne soient pas couverts par la garantie de l'Etat. En effet, si l'on devait admettre qu'une créance de rang postérieur est couverte par la garantie de l'Etat, la postériorité ne serait qu'une pure fiction, ainsi que l'avait relevé la Commission des banques lors de la modification de l'Ordonnance en 1989 (Bulletin CFB 19 p. 86). En revanche, il apparaît possible d'admettre qu'une banque cantonale puisse avoir des prêts de rang postérieur non couverts par la garantie de l'Etat, quand bien même, par définition, une banque cantonale est une banque dont l'Etat garantit les engagements,

en tenant compte du caractère particulier de l'engagement que constitue une dette de rang postérieur.

Si juridiquement une créance de rang postérieur est une dette, elle revêt cependant économiquement le caractère de fonds propres en cas de liquidation, de faillite ou de concordat. En outre, la garantie étatique sert à protéger les créanciers ordinaires et non ceux qui mettent à disposition de la banque des quasi-fonds propres. Ceux-ci acceptent que leurs créances prennent rang après toutes les autres et doivent en conséquence être distingués des créanciers ordinaires. Dès lors, il est soutenable d'affirmer qu'un emprunt subordonné n'est pas un engagement au sens de l'article 3 alinéa 4 LB. A l'époque de l'adoption de l'article 763 du Code des Obligations, qui est la base de l'article 3 alinéa 4 LB, la notion d'emprunt subordonné n'était pas connue. On ne saurait ainsi considérer qu'un emprunt subordonné sert à constituer des fonds propres pour les banques en général, mais est au contraire un engagement qui doit être couvert par la garantie de l'Etat pour une banque cantonale. Il faut logiquement admettre que cet engagement particulier puisse être exclu de la garantie.

Indépendamment de l'Accord EEE et pour s'adapter aux standards internationaux, il serait souhaitable que les banques cantonales puissent, elles aussi, bénéficier de la possibilité de prendre en compte dans leurs fonds propres des dettes de rang subordonné. Il va de soi cependant que cette faculté ne saurait être cumulée avec la déduction actuellement prévue de 12,5%. Il serait judicieux de modifier non seulement les articles 11 alinéa 3 et 13 alinéa 3 lettre b de l'Ordonnance sur les banques, mais également l'article 3 alinéa 4 de la loi sur les banques dans le sens exposé ci-dessus. Une adaptation de ce dernier aurait le mérite de la clarté sans en altérer le contenu matériel.

3.3.7 **Fonds propres devant couvrir les risques du marché**

La future directive de la CE sur l'adéquation des fonds propres des entreprises d'investissement et des établissements de crédit ne fait pas encore partie de l'acquis communautaire dans le cadre de l'Accord sur l'EEE. Elle devrait entrer en vigueur au début de 1995

dans la Communauté Européenne. La directive sur l'adéquation des fonds propres règle les exigences en fonds propres couvrant les risques du marché sur les positions en titres et en devises ainsi que la limitation des gros risques pour les maisons de titres et les banques. Concernant le risque du marché, elle reprend sous une forme un peu modifiée la proposition d'harmonisation discutée en janvier 1992 entre le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et l'International Organization of Securities Commissions (cf. ch. 5.1 et 5.3). Comme aucun accord ne s'est encore réalisé entre ces organisations sur le plan mondial, la Communauté Européenne a dû arriver, en vue de la réalisation du marché intérieur, à une solution provisoire. La directive sur l'adéquation des fonds propres contient cependant une clause de révision qui réserve son adaptation à une harmonisation ultérieure qui interviendrait à un niveau supérieur.

Malgré le rejet de l'Accord sur l'EEE, il se pose pour la Suisse la question de la transposition dans le droit national de la directive sur l'adéquation des fonds propres car dans ce domaine la CE est exceptionnellement en avance sur le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire. Comme il s'agit d'une réglementation très complexe, de longs travaux préparatoires sont nécessaires. Pour assurer l'égalité de droit et de concurrence, les dispositions spéciales régissant les fonds propres couvrant le commerce des titres doivent s'appliquer aussi bien aux banques qu'aux négociants en titres du secteur non bancaire qui seront exclusivement soumis à la future loi sur les bourses. Il s'agit donc d'une part de compléter les dispositions de l'Ordonnance sur les banques en matière de fonds propres et d'autre part de préparer l'Ordonnance d'exécution de la future loi sur les bourses. En particulier, les réglementations en vue de déterminer le risque afférent au changement de taux d'intérêt sur les titres à rendement fixe compris dans l'état des titres négociables ainsi qu'en général l'évaluation journalière des positions en titres au prix du marché posent de très hautes exigences. Il est donc nécessaire aussi bien pour les instituts financiers que pour l'autorité de surveillance que cette matière compliquée fasse assez tôt l'objet de discussions. Des modifications par rapport à la directive de la CE qui pourraient intervenir à la suite d'un accord éventuel entre le Comité de Bâle et l'IOSCO pourront toujours être prises en considération jusqu'à l'entrée en vigueur de la loi sur les bourses.

3.4 Reddition des comptes

3.4.1 Révision totale des prescriptions concernant le plan comptable

Les banques doivent établir le bilan, l'annexe qui l'accompagne et les comptes de résultats d'après les schémas prescrits aux articles 23-25 OB et dans l'annexe II OB. Ces prescriptions sur le plan comptable remontent à 1972. Elles ne correspondent plus au développement intervenu dans les affaires bancaires modernes et leur application aux innovations de l'activité bancaire devient toujours plus difficile. Elles ne remplissent plus non plus les exigences actuelles en ce qui concerne la transparence et la force d'expression que doivent avoir les comptes annuels. La Commission des banques a donc décidé de soumettre les articles 23-25 OB et l'annexe II OB a une refonte complète. Dans ce but, elle a désigné au printemps 1992 une commission d'experts placée sous la direction de M. Max Boemle, professeur ordinaire aux universités de Fribourg et Lausanne. Cette commission se compose de représentants des banques et des sociétés de révision ainsi que de la Banque Nationale Suisse et du Secrétariat de la Commission des banques.

La tâche de la Commission d'experts comprend l'adaptation des prescriptions de l'Ordonnance sur les banques concernant la reddition des comptes au développement intervenu depuis 1972 dans les affaires bancaires et aux exigences accrues d'une information claire et transparente. Il y a lieu de tenir compte aussi du droit révisé des sociétés anonymes et des directives de la Communauté Européenne en matière de droit du bilan bancaire. De plus, la révision doit prévoir l'inclusion de dispositions concernant la présentation des comptes d'un groupe bancaire.

Le but de la révision en ce qui concerne la clarté et la sincérité du bilan est d'améliorer la transparence et le contenu de l'information donnée par les bilans, les comptes de résultats et spécialement aussi l'annexe. Il faut notamment éliminer les possibilités de compensation et imposer le principe de la valeur brute.

La Commission d'experts a commencé ses travaux en automne 1992. Selon le mandat qu'elle a reçu, il est prévu qu'elle soumette son projet de révision à la Commission des banques au cours de l'année 1993.

3.4.2 Interprétation de la circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes»

L'application et l'interprétation de la circulaire 90/2 «Constitution et dissolution de réserves latentes», mise en vigueur le 31 décembre 1990 a donné lieu à des divergences d'opinion entre la Commission des banques, les banques et les institutions de révision, ce qui n'est pas étonnant compte tenu du caractère délicat de ce thème. Les différences dans les points de vue se sont accentuées au sujet de l'application de fourchettes d'estimation et du traitement des correctifs de valeurs et des provisions devenues libres.

Au printemps 1992, la Commission des banques a décidé a) que les fourchettes d'estimation pour les provisions et correctifs de valeurs ne sont pas admises et b) que l'utilisation tacite et pour d'autres périodes, d'autres positions et d'autres buts de correctifs de valeurs et de provisions constitue une entorse au principe de la valeur brute. Cette décision a été communiquée à l'Association suisse des banquiers et à la Chambre fiduciaire le 24 avril 1992.

La possibilité de pouvoir modifier à l'intérieur de fourchettes les principes d'évaluation sans que cela apparaisse et soit considéré comme une modification de l'évaluation au sens de la circulaire n'est pas compatible avec les buts de cette circulaire. Il serait ainsi possible de dissoudre des réserves latentes sans que cela doive être montré dans les comptes annuels. L'efficacité de la circulaire n'est donc garantie que si les principes d'évaluation sont clairement définis, fixés d'une manière évidente et si leur application est possibile. Les fourchettes d'estimation ne sont donc pas autorisées.

L'utilisation de correctifs de valeurs et de provisions à des fins autres que celles pour lesquelles ils ont été constitués à l'origine équivaut à une dissolution de réserves latentes qui doit être traitée selon la circulaire. L'utilisation nouvelle de provisions et de correctifs de valeurs doit donc être publiée si globalement avec d'autres dissolutions de réserves latentes elle est significative au sens de la circulaire.

Par la suite, la Commission des banques a été priée de revoir ses décisions. Elle a décidé de ne pas revenir sur l'interdiction des fourchettes d'estimation, mais elle a transmis pour examen la question concernant la nouvelle affectation de provisions et de correctifs de

valeurs à la Commission d'experts chargée de préparer la révision des articles 23–25 de l'Ordonnance sur les banques (cf. ch. 3.4.1 p. 244). La Commission d'experts a confirmé dans son principe la thèse de la Commission des banques mais en précisant les vues qu'elle avait exprimées dans sa lettre du 24 avril 1992. La Commission des banques a décidé le 24 septembre 1992 d'intégrer le texte formulé par la Commission d'experts dans la circulaire 90/2 comme nouveau chiffre 3.4. Ces modifications se présentent pour l'essentiel comme suit:

- Les provisions et correctifs de valeurs qui ne sont dorénavant plus économiquement nécessaires à l'exploitation constituent des réserves latentes
- Si les provisions et correctifs de valeurs qui ne sont plus nécessaires sont dissous par le compte de résultat, la comptabilisation doit intervenir par la rubrique de produit «Divers».
- Si les provisions et correctifs de valeurs qui ne sont plus nécessaires sont affectés à la constitution de provisions économiquement nécessaires pour d'autres buts (nouvelle affectation), une comptabilisation correspondante doit intervenir par la rubrique de charge «Pertes, amortissements et provisions».
- L'affectation des provisions et correctifs de valeurs tant spécifiques que forfaitaires doit être définie avec précision.

3.4.3 **Nouvelle publication des comptes annuels**

Une banque a publié dans la Feuille Officielle Suisse du Commerce des comptes annuels après avoir débité directement le report de bénéfice de l'exercice précédent afin de constituer des correctifs de valeurs pour des risques-pays. Ce procédé est en complète contradiction avec les prescriptions légales en matière de bilan bancaire. La Commission des banques a ordonné une nouvelle publication des comptes annuels.

En compensant directement des correctifs de valeurs pour des risques-pays avec le report de bénéfice de l'exercice précédent, la banque a violé le principe de la valeur brute et n'a pas respecté les prescriptions de l'article 25 chiffre 2.7 OB en liaison avec le chiffre 2.7

de l'annexe II OB qui stipule que la création de correctifs de valeurs doit être comptabilisée dans la position «Pertes, amortissements et provisions». L'objection de la banque qu'elle a par une note en dessous de la position «Report de bénéfice» expliqué cette charge directe ne pouvait pas justifier cette faute.

De plus, la banque en choisissant ce procédé a essayé d'éviter la publication d'une perte nette. Contrairement aux comptes annuels d'abord publiés, qui montraient un bénéfice net, la banque a dû dans la nouvelle publication exigée par la Commission des banques montrer une perte nette après que le compte de charges «Pertes, amortissements et provisions» ait été débité du montant des correctifs de valeurs.

3.5 Révision

3.5.1 Indépendance des sociétés de révision

Le système suisse de surveillance des banques repose d'une part sur le contrôle direct des établissements bancaires par les institutions de révision agréées par la Commission des banques et d'autre part sur la haute surveillance exercée par cette autorité administrative de la Confédération, indépendante et dotée de compétences d'interventions étendues. Le système actuel permet à l'administration publique d'être déchargée d'une tâche que l'économie privée peut généralement assumer avec compétence et flexibilité.

La dégradation de l'environnement économique et l'apparition de risques importants dans certaines affaires ont suscité des interrogations sur le fonctionnement du système de surveillance bancaire. A l'instar des banques, les institutions de révision bancaires sont aussi soumises à la surveillance de la Commission des banques. A ce titre, des procédures administratives ont dû être ouvertes contre les responsables qui n'ont pas informé correctement l'autorité de surveillance de l'apparition de graves irrégularités dans l'organisation interne ou la situation financière d'une banque. Face à de tels faits, la Commission des banques est habilitée à intervenir soit en émettant des instructions concernant l'organisation des institutions de révision,

soit en ordonnant l'éviction des réviseurs responsables qui ne donnent plus la garantie d'une activité irréprochable. La mesure la plus grave peut même conduire au retrait de l'autorisation d'exercer l'activité de révision bancaire.

Jusqu'à aujourd'hui, le système suisse de surveillance a dans l'ensemble fonctionné de manière satisfaisante. Des améliorations sont néanmoins envisageables. Il importe notamment d'examiner les moyens d'accroître l'indépendance, vis-à-vis des banques à réviser, des institutions de révision agréées par l'autorité de surveillance. Les sévères exigences en vigueur concernant l'indépendance sur le plan personnel et financier, la limitation des honoraires perçus par mandat, la nécessité d'obtenir une autorisation pour changer d'organe de révision et les sanctions de la Commission des banques en cas d'infractions aux devoirs de révision ne suffisent pas à éliminer complètement les conflits d'intérêts. D'autres mesures ponctuelles sont également envisageables en cas de nécessité comme par exemple l'attribution des mandats de révision par la Commission des banques, l'obligation de procéder périodiquement à un changement d'organe de révision ou le contrôle régulier de la qualité du travail de révision par un autre organe de révision.

3.5.2 Evaluation des crédits du secteur immobilier

Des divergences importantes concernant en particulier l'évaluation des crédits du secteur immobilier sont apparues au cours des dernières années (cf. Rapport de gestion 1991 p. 229 ss). Des discussions ont été engagées avec l'Association suisse des banquiers dans le but d'élaborer des directives susceptibles d'uniformiser l'approche en la matière afin de réduire autant que possible les problèmes d'évaluation. L'initiative de la Commission des banques a été favorablement accueillie et les premières réactions permettent d'escompter la mise en vigueur d'une recommandation de l'Association suisse des banquiers dans un avenir proche (cf. aussi III ch. 2 p. 206).

3.5.3 Tarif des indemnités pour la révision des banques et des fonds de placement

La Commission des banques a approuvé la révision partielle du tarif des indemnités pour la révision des banques et des fonds de pla-

cement (RS 952.715). Le nouveau tarif est entré en vigueur le 1er janvier 1992 et il est applicable pour la révision des comptes annuels arrêtés au 31 décembre 1991 et ultérieurement. Les honoraires qui jusqu'ici correspondent au tarif des honoraires de la Chambre fiduciaire, ont été adaptés au renchérissement et ils tiennent compte du rôle spécifique et de la responsabilité croissante des institutions de révision bancaire.

3.6 Banques cantonales

Dans le rapport de gestion 1991, la Commission des banques s'est fermement prononcée sur la nécessité de renforcer l'appareil de surveillance des instances cantonales chargées de surveiller leur banque cantonale et de transférer le mandat de révision à une institution de révision externe lorsque cela n'est pas encore le cas (Rapport de gestion 1991 p., 239 ss).

3.6.1 Institutions de révision externe

En rapport avec ce postulat, la Commission des banques a fait une enquête au début de 1992 auprès des 11 banques cantonales, chez lesquelles l'inspectorat interne remplit les tâches de l'organe de révision externe, dans le but d'examiner si ces inspectorats remplissaient toujours les exigences selon l'article 18 alinéa 2 LB pour la bonne exécution des tâches de la révision externe. L'enquête a montré que l'effectif du personnel, les instruments de planification de la révision ainsi que l'organisation des inspectorats n'avaient pas toujours suivi la croissance des banques et les développements intervenus dans les affaires bancaires.

Dans deux cas, la Commission des banques a exigé le transfert immédiat de la révision à une institution de révision externe. Quatre autres banques cantonales se sont montrées disposées à confier la révision à une institution de révision externe ou à étudier cette mesure. En ce qui concerne les autres cas, la question reste ouverte de savoir comment ils seront réglés.

3.6.2 **Surveillance des banques cantonales**

Dans le cadre de «Eurolex» (cf. message complémentaire II au message sur l'EEE du 15 juin 1992 p. 182 et 198), il aurait fallu introduire expressément dans la loi, par une modification de l'article 3 alinéa 4 LB, l'obligation pour les cantons d'instituer une surveillance cantonale sur les banques cantonales, indépendante de l'établissement et pouvant aussi assurer le respect des conditions d'autorisation selon l'article 3 alinéa 2 LB. Le renforcement de l'appareil de surveillance cantonal demandé par la Commission des banques l'année dernière aurait ainsi pu être fixé dans le droit positif.

Mais sans disposition légale expresse, les cantons ont pris connaissance du postulat en faveur d'une surveillance renforcée des banques cantonales qui soit adaptée aux besoins de la banque moderne. Le résultat de ces réflexions a été que les instances cantonales de surveillance ne peuvent pas sans autre se charger de cette tâche car la création d'une surveillance cantonale adéquate peut pour certains établissements être liée à des dépenses disproportionnées. On en est ainsi arrivé à l'idée qu'on pourrait transférer à la Commission des banques les compétences de surveillance cantonale et renoncer à organiser sa propre surveillance.

Par la suite, la question a été posée à la Commission des banques de savoir si et dans quel cadre cela pourrait être éventuellement possible. En principe, la Commission des banques est favorable à l'idée que les compétences cantonales en matière de surveillance pourraient lui être transférées. Comme les exigences liées à la surveillance des banques ont augmenté et augmenteront encore, il apparaît comme tout à fait opportun et judicieux du point de vue administratif de concentrer aussi la surveillance des banques cantonales auprès d'une seule autorité.

Les bases d'un tel transfert devraient tout d'abord être créées dans le droit cantonal. Il appartient à chaque canton d'examiner dans quelle mesure cette réglementation est compatible avec sa souveraineté et sa constitution. Mais il faut aussi éclaircir des questions relatives au droit public et administratif fédéral. On peut cependant tirer de la jurisprudence qui n'est pas très abondante qu'une répartition de compétences entre la Confédération et les cantons qui a une base

constitutionnelle et légale ne peut pas être sans autre modifiée, en tout cas pas sur la base d'une convention passée entre la Confédération et un canton.

La Commission des banques a soumis pour consultation à l'Office fédéral de la Justice les questions de droit public qui se posent. Dans sa prise de position, il arrive à la conclusion qu'un transfert de la surveillance des banques cantonales à la Commission des banques est possible du point de vue du droit constitutionnel. Au niveau du droit fédéral, il faudrait étendre le champ de la surveillance de la Commission des banques en adaptant la loi sur les banques et prévoir que le transfert peut intervenir par un acte unilatéral du canton concerné. La réglementation fédérale devrait déterminer le cadre des fonctions de surveillance transférées et fixer les possibilités d'intervention de la Commission des banques à l'égard des banques cantonales. Un avis de droit demandé par un canton intéressé au transfert des compétences de surveillance arrive aussi à la conclusion qu'une base devrait être introduite dans la loi sur les banques. Sur la base de la législation existante, un canton pourrait tout au plus s'engager d'une façon unilatérale a) à demander à la Commission des banques de lui faire des recommandations et b) à les appliquer ensuite en vertu de ses compétences.

3.7 Banques Raiffeisen

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a eu à préciser que les banques Raiffeisen sont soumises à l'obligation de maintenir une proportion appropriée entre le montant des fonds propres et celui de l'ensemble des engagements, au même titre que les autres banques. Les fonds propres disponibles ne sont déterminés que par l'article 11 OB. Il s'ensuit qu'en principe, les banques Raiffeisen n'ont pas le droit de couvrir des insuffisances en fonds propres exigibles par les garanties émises par la Banque centrale de l'Union suisse des Banques Raiffeisen. Des exceptions ne peuvent être admises, pour un temps limité, que dans l'hypothèse d'une insuffisance de moindre importance.

3.8 Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune

Nous avons rendu compte de la fermeture de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune, qui avait marqué d'une manière durable l'année 1991, dans le Rapport de gestion 1991 p. 198 et 212 ss, ainsi que dans le Bulletin CFB 22 p. 9 ss.

En août 1992, le commissaire a remis à l'autorité de surveillance pour les offices de poursuites et de faillites du canton de Berne (Cour suprême du canton de Berne) l'état de situation de la banque au 30 juin 1992. Il a en même temps orienté le public sur les résultats de ses enquêtes et sur les évaluations sur l'état de fortune de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune en liquidation. L'état de situation était établi sur la base de l'estimation directe de 80% de tous les prêts et sur l'évaluation forfaitaire des 20% restants. La valeur des autres postes du bilan a été examinée en tenant compte des risques futurs devant être couverts par des provisions. Le commissaire a constaté que la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune en liquidation présentait au 30 juin 1992 un surendettement de frs 170 millions en chiffres ronds. Ce surendettement massif a fait suite à l'obligation d'effectuer d'importants correctifs de valeurs pour frs 255 millions en chiffres ronds alors que les fonds propres ne se montaient qu'à frs 85 millions. Au sujet de la grandeur des chiffres et de la cote de perte d'environ 25% qui en résulte, il faut relever que les actifs d'une banque en liquidation ont en définitive la valeur qui est obtenue lors de leur réalisation et que tout état de situation ne peut avoir que le caractère d'une estimation. Le liquidateur s'est rallié au jugement du commissaire concluant que la banque était surendettée. Par la suite, au nom de la banque, il a présenté auprès de la Cour suprême du canton de Berne une demande de sursis concordataire. Le tribunal a accepté cette demande si bien que la banque se trouve en sursis concordataire depuis le 1er janvier 1993. En même temps, la Cour suprême a nommé un administrateur. Ce dernier et le liquidateur auront à préparer en 1993 le projet de concordat par abandon d'actifs qui doit être approuvé par la Cour suprême. Ils auront aussi à établir l'état de collocation.

A l'exception des hypothèques fixes, le liquidateur a dénoncé tous les crédits. Au cours de l'année, 45% des avoirs échus et les avoirs nets de moins de frs 5000.– ont été intégralement payés. Le

remboursement des crédits a été activement poussé. La mise en application de la convention XVIII de l'Association suisse des banquiers a été préparée si bien que le paiement rapide d'un maximum de frs 30000.– par créancier de dépôts d'épargne et d'avoirs en compte salaire peut être effectué à la date de l'octroi du sursis concordataire par la Cour suprême (1er janvier 1993). Il faut prendre en considération que c'est seulement à ce moment que les banques mettent à disposition leur contribution selon la convention XVIII de l'Association suisse des banquiers. Dans ce contexte, il y a certainement lieu d'examiner si la protection accordée par la convention ne devrait pas être complétée en ce qui concerne son étendue, le cercle des bénéficiaires et le moment où la prestation est faite.

Les irrégularités qui ont conduit à la liquidation de la banque ont amené la Commission des banques à déposer auprès du Département fédéral des finances plainte pénale contre la banque et ses organes responsables. Les affaires entreprises par le chef des crédits et tolérées par la direction et le Conseil d'administration ne sont ni conformes aux normes internes de la banque en ce qui concerne le déroulement des opérations et le respect des compétences, ni aux exigences légales en ce qui concerne la documentation et la surveillance des dossiers. Les organes de la banque ont donc à répondre de la violation des prescriptions régissant l'autorisation, les devoirs d'annonce et la tenue de la comptabilité. De plus, la Commission des banques a déposé auprès du juge d'instruction de Thoune une plainte pénale contre l'ancien chef des crédits de la banque pour gestion déloyale.

La Spar- und Leihkasse Niedersimmental, qui était une filiale à 60% de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune, est entrée au début de juillet en liquidation volontaire. L'état de situation a montré que la banque n'était pas surendettée. Le paiement des créances des clients a pu être effectué et la reprise par la Banque cantonale de Berne des crédits, des emprunts de lettres de gage et des obligations de caisse a pu être réalisée selon l'arrangement conclu. Les prétentions de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune en liquidation sur le produit de la liquidation ont été compensées avec les prétentions en dommages-intérêts de la Spar- und Leihkasse Niedersimmental. Cela a permis une répartition du produit de liquidation aux

actionnaires publics, qui ont reçu un multiple de la valeur nominale de leur part. On ne doit pas s'attendre à la clôture de la liquidation avant le milieu de 1993.

4. Relations avec d'autres autorités et des associations

4.1. Autorités fédérales

La Commission des banques a pris position à l'intention du Département fédéral des finances au sujet de diverses interventions parlementaires, notamment sur les questions ordinaires concernant d'anciennes sociétés camouflées de l'ex-RDA, un contrôle amélioré et plus rapide des banques, un contrôle des banques cantonales, sur les motions concernant les banques et un registre centralisé des clients ainsi que sur l'initiative parlementaire concernant la révision de la loi sur les banques (haute surveillance parlementaire de la Commission des banques).

Sous l'angle du droit de la surveillance, une intervention du surveillant des prix contre l'augmentation des taux hypothécaires d'une banque n'a pas pu être approuvée. La structure du refinancement d'une banque est en premier lieu l'affaire de sa direction. La banque augmente les taux hypothécaires sur la base de ses conditions de rentabilité et de risques et du niveau général de l'intérêt.

Dans sa prise de position concernant une loi fédérale sur les services financiers, la Commission des banques a exprimé l'avis que, contrairement à la proposition du groupe d'experts d'ajouter au projet de loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières un chapitre sur les gérants de fortune, il y aurait lieu d'édicter deux lois distinctes (Rapport de gestion 1991 p. 247). La Commission des banques a également soulevé la question de savoir si des services financiers autres que la gérance de fortune ne devraient pas être réglés dans la loi.

Sous la direction du Département fédéral des finances, un groupe de travail formé à l'intérieur de l'administration et auquel participent des représentants de la Commission des banques prépare

actuellement le projet d'une loi fédérale concernant la lutte contre le blanchiment de capitaux, qui s'inspire de la directive du 10 juin 1991 de la CE relative à la prévention de l'utilisation du système financier aux fins de blanchiment de capitaux.

4.2. Banque Nationale Suisse

Lors de leurs deux séances annuelles, la Commission des banques a discuté avec le directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- des perspectives de l'évolution des taux d'intérêt;
- du jugement qu'on peut porter sur la situation économique et sur la situation des banques, en particulier des banques régionales;
- de la fonction de la Banque Nationale Suisse comme «lender of last resort»;
- de l'assujettissement des maisons de titres et des intermédiaires financiers à la surveillance bancaire;
- du traitement différencié des correctifs de valeurs pour les risques-pays.

4.3 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à deux reprises pour discuter notamment:

- de l'entraide internationale sous l'angle de la modification de la loi sur les banques prévue dans le cadre Eurolex;
- de la nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 92);
- de questions d'interprétation que pose la circulaire CFB 90/2 «Constitution et dissolution de réserves latentes»;
- des mesures étendues à prendre pour que l'assainissement des structures dans le secteur bancaire puisse se dérouler si possible sans pertes pour les créanciers.

La Commission des banques a collaboré étroitement avec le Comité institué à fin 1991 par l'Association suisse des banques régionales et qui a pour tâche d'identifier chez toutes les banques membres de l'association d'éventuels points faibles et en cas de besoin de provoquer le soutien nécessaire.

Un petit groupe de contact de la Chambre fiduciaire et de la Commission des banques a commencé à examiner des problèmes de fond relatifs à la collaboration entre les institutions de révision et l'autorité de surveillance.

5. Affaires internationales

5.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Après une longue période de préparation, le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire a eu une première réunion avec le Comité technique de l'IOSCO (International Organization of Securities Commissions). Les efforts communs visent à coordonner la couverture, par des fonds propres, du risque du marché sur les positions en titres des banques agissant sur le plan international et des maisons de titres, et à trouver un standard minimum. Les travaux se sont concentrés sur les fonds propres devant couvrir les risques que présentent les positions en titres à revenu fixe et en titres de participation ainsi que sur la définition des fonds propres. Vu qu'aujourd'hui les maisons de titres peuvent en règle générale compter plus largement comme fonds propres le capital de rang subordonné, il y a un risque, de l'avis de la Commission des banques, que la notion de fonds propres définie par le Comité de Bâle soit affaiblie à la suite des efforts de coordination, car sinon les banques subiraient à l'égard des maisons de titres un désavantage sur le plan de la concurrence. La publication prévue d'un document consultatif par le Comité n'a pu encore être réalisée à cause de problèmes d'harmonisation avec le Comité technique de l'IOSCO (cf. ch. 3.3.7 et 5.3).

A la suite du scandale de la BCCI (Rapport de gestion 1991 p. 250), le Comité a ajouté au concordat de Bâle quatre exigences

minimales pour la surveillance des groupes bancaires internationaux et de leurs succursales à l'étranger. Pour l'essentiel, il s'agit de la collaboration et de l'échange d'informations entre les autorités du pays d'origine et celles du pays d'accueil. Des difficultés surgissent notamment lors de la communication de renseignements en relation avec les normes nationales protégeant le secret. Les recommandations concernent des questions visant à éclaircir si et dans quelle mesure l'autorité de surveillance du pays d'origine est à même d'effectuer une surveillance consolidée adéquate. En outre, avant l'ouverture de succursales à l'étranger, toutes les autorités concernées doivent être entendues et donner leur accord. L'autorité de surveillance du pays d'origine doit recevoir toutes les informations des succursales à l'étranger. Si une des exigences minimales n'est pas remplie, l'autorité du pays d'accueil peut ordonner des mesures restrictives ou même, le cas échéant, refuser l'admission.

Le Comité s'est occupé à plusieurs reprises de la surveillance des groupes financiers (Rapport de gestion 1991 p. 250 s.). Ce problème a aussi été traité par les autorités de surveillance en matière d'assurance du groupe des Dix d'une part et par le Comité technique de l'IOSCO d'autre part. Ce dernier a établi sur la base de différentes considérations un document de travail (Principles for the Supervision of Financial Conglomerates). Mais il a refusé d'institutionnaliser une collaboration dans ce domaine avec le Comité de Bâle.

5.2 Communauté Européenne

Alors que le grand marché intérieur de la Communauté est devenu une réalité le 1er janvier 1993, il faut relever, dans le domaine bancaire, diverses directives qui n'ont pas encore pu être adoptées mais qui, le moment venu, seront aussi importantes pour les banques suisses.

La proposition d'une directive du Conseil relative au système de garantie des dépôts [COM (92) 188] prévoit que l'ensemble des dépôts d'un même déposant doit être couvert jusqu'à concurrence de 15000 ECU par un système de garantie des dépôts. Cependant, certaines sortes de dépôts – par exemple ceux des autres banques – peuvent être exclues de cette garantie. L'indemnité doit être payée

dans les trois mois à compter de la date à laquelle l'institut en question est devenu insolvable. Pour l'adaptation de cette directive à la Suisse, une modification de la Convention XVIII de l'Association suisse des banquiers «concernant le paiement de dépôts d'épargne et d'avoirs en compte-salaire en cas de liquidation forcée d'une banque» devrait suffir.

En revanche, l'adaptation de l'article 21 OB à la «proposition modifiée de directive du Conseil sur la surveillance et le contrôle des gros risques des établissements de crédit» [COM (92) 273] devrait, dans l'état actuel des choses, nécessiter certaines modifications de la réglementation suisse relative aux gros risques. D'après le projet de directive cité ci-dessus, sont considérés comme «grands crédits» tous ceux qui dépassent 10% des fonds propres de la banque. Ils doivent être annoncés à la banque selon un certain rythme et ne doivent pas ensemble dépasser 800% des fonds propres. En outre, les grands crédits qui dépassent 25% des fonds propres de la banque sont en principe interdits. Cependant, ce plafond peut être supprimé en tout ou en partie pour toute une série d'opérations de crédit qui sont énumérées dans la directive, par exemple les crédits à des corporations de droit public et les crédits avec gage hypothécaire. La réglementation est cependant sur certains points plus sévère que les dispositions en vigueur dans plusieurs Etats membres et en Suisse, si bien que des dispositions transitoires de longue durée ont été prévues.

Enfin, les Etats membres de la CE se sont mis d'accord sur une «directive du Conseil sur l'adéquation des fonds propres des entreprises d'investissement et des établissements de crédit», qui doit introduire des règles communes concernant les risques de marché liés au commerce des titres et cela tant pour les banques que pour les maisons de titres. En ce qui concerne le contenu de cette circulaire, on se référera au chiffre 3.3.7 p. 242.

5.3 International Organization of Securities Commissions (IOSCO)

Un représentant de la Commission des banques participe depuis 1990 au groupe de travail no 3 de l'IOSCO, l'organisation internationale des autorités de surveillance des bourses (cf. Rapport

de gestion 1990 p. 189 s. et Rapport de gestion 1991 p. 252 s.). Ce groupe a pour tâche principale d'harmoniser les exigences relatives aux fonds propres devant couvrir les risques de marché que présentent les positions en titres détenues par les maisons de titres et les banques opérant sur le plan international. L'IOSCO et le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire s'efforcent depuis plusieurs années d'atteindre ce but (cf. ch. 5.1). L'entente espérée n'a cependant pas pu être réalisée jusqu'ici en raison de divergences entre les autorités de surveillance des bourses au sein du comité technique de l'IOSCO. En particulier la SEC a fait valoir des objections à l'égard de la méthode dite «building block approach» développée ensemble par le groupe de travail no 3 et le Comité de Bâle pour le calcul du risque général de marché d'une part et des risques spécifiques des différentes catégories de titres d'autre part. La SEC s'oppose avant tout à un affaiblissement de ses prescriptions plus sévères en matière de fonds propres pour les titres de participation (equities). Elle craint en outre une distorsion de concurrence en faveur des banques dans le cas où celles-ci ne rangeraient pas tous les titres à rendement fixe dans l'état des titres négociables (trading portfolio), étant donné que, d'après le concept du Comité de Bâle, les titres à rendement fixe émis par des corporations de droit public et figurant dans le compte de fortune ne doivent être couverts qu'à des taux très réduits en ce qui concerne le risque de crédit et sans que le risque lié au changement d'intérêt soit pris en considération. Une harmonisation avec les autorités de surveillance bancaire semble difficile aussi longtemps que les autorités de surveillance des bourses n'auront pas réussi à se mettre d'accord entre elles sur ces points litigieux.

En revanche, une issue favorable est intervenue dans les discussions menées dans le groupe de travail no 3 dans le domaine de la surveillance des groupes financiers. Les principes proposés ont été acceptés par le Comité technique et ont été publiés lors de la conférence annuelle de l'IOSCO en automne 1992. Cette publication remarquée témoigne d'un heureux rapprochement des points de vue entre les autorités de surveillance des bourses et celles des banques et met clairement en évidence les différentes méthodes de surveillance des groupes financiers et les moyens d'assurer la collaboration entre les autorités chargées de surveiller les différentes parties d'un groupe (cf. ch. 3.3.7 p. 242).

5.4 Rencontre tripartite

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance de l'Autriche, de l'Allemagne et de la Suisse, qui s'est tenue à Vienne les 10 et 11 septembre 1992, les participants ont procédé à un précieux échange d'idées sur le projet d'une nouvelle loi bancaire autrichienne, sur le renouvellement de diverses lois allemandes du secteur bancaire (caisses d'épargne, caisses d'épargne pour la construction, fonds d'investissement), sur l'indépendance des institutions de révision, sur l'évaluation des postes débiteurs ainsi que sur le prêt de titres.

5.5 Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux (GAFI)

Le groupe international pour combattre le blanchiment de capitaux dans le secteur bancaire, appelé groupe d'action financière (GAFI) – en anglais: Financial Action Task Force on Money Laundering –, fondé en 1989 et dont font partie actuellement tous les membres de l'OCDE ainsi que Hong Kong et Singapour, a été placé pendant sa troisième année d'existence sous la présidence suisse. L'année de présidence de la Suisse sous la direction du Ministre Alexis Lautenberg, chef du service économique et financier du Département fédéral des affaires étrangères, s'est terminée avec succès en juin 1992 par une séance plénière à Lugano.

La tâche principale du GAFI consiste à développer une procédure objective pour contrôler l'application de ses 40 recommandations dans les différents pays membres (cf. Rapport de gestion 1991 p. 253 s.). Chaque pays membre doit se soumettre, au plus tard trois ans après avoir accepté les recommandations, à un contrôle sévère effectué par un groupe d'experts composé d'autres pays membres. Leur rapport, après avoir été soumis en consultation au pays concerné, est discuté dans les groupes de travail du GAFI. Il est ensuite accepté avec d'éventuelles modifications par la séance plénière et publié dans une version abrégée dans le rapport annuel du GAFI. Cette procédure complexe représente tant pour le pays concerné et les experts que pour les délégués du GAFI un investissement en temps considérable. Pendant l'année de présidence de la Suisse,

quatre pays ont été contrôlés (la France, la Suède, l'Angleterre et l'Autriche). Dans l'année en cours, huit pays doivent être contrôlés, dont en mars 1993 la Suisse. Un représentant de la Commission des banques a participé en outre comme expert en décembre 1992 au contrôle des USA qui a duré une semaine.

Avec raison, le GAFI a renoncé pour le moment à émettre de nouvelles recommandations car l'exécution des 40 recommandations existantes, et particulièrement leur application à des instituts financiers ne faisant pas partie du secteur bancaire, demande déjà de gros efforts. En voulant aller trop vite de l'avant, on augmenterait non seulement l'écart avec les pays qui sont devenus membres du GAFI plus tard, mais on porterait aussi préjudice aux pays qui se sont employés à appliquer rapidement les recommandations actuelles. Le GAFI se limite dès lors actuellement à donner des instructions concernant l'interprétation des recommandations existantes, en prenant en considération les nouvelles méthodes de blanchiment de capitaux et les lacunes qui ont été constatées. Dans ce sens, des recommandations sur le trafic électronique des paiements ont été discutées avec la SWIFT (Society for Worldwide International Financial Telecommunication) et communiquées par la SWIFT à ses participants. Elles ont pour but de faciliter, lors de transactions faites par les clients, l'identification du donneur d'ordre et du bénéficiaire par les autorités pénales par l'indication, dans l'avis électronique, du nom et de l'adresse ou du numéro du compte. Du point de vue suisse, de telles indications ne sont cependant possibles, à cause du secret bancaire, que si le client concerné donne son accord. Si cela n'est pas le cas, le but visé pourrait quand même être atteint si chaque transaction porte un numéro de référence et que l'identité de l'institut financier qui a reçu l'ordre de paiement du client est conservée. Ces indications permettront aux autorités pénales, par la voix de l'entraide judiciaire internationale, d'obtenir de l'institut financier qui a reçu l'ordre de paiement tous les renseignements nécessaires sur la transaction ainsi que sur l'identité du client, qui pourront être facilement repérés grâce au numéro de référence. Il faut cependant rejeter résolument la tendance qui se manifeste dans certains pays d'ouvrir d'une façon générale les systèmes nationaux et internationaux de trafic électronique des paiements à la surveillance systématique et aux opérations de recherche camouflées.

6. Affaires traitées (statistiques)

6.1 Séances

Lors de 11 séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 216 affaires (228 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année 1992, la Commission des banques a rendu 74 (86) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

• autorisations en vertu des articles 3, 3bis et 3ter LB	37	(28)
• assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux articles 7 et 8 LB	–	(–)
• reconnaissance d'institutions de révision bancaire (art. 20 LB)	–	(2)
• changement d'institutions de révision bancaire (art. 39 al. 2 OB)	20	(31)
• fonds propres, liquidité et répartition des risques	1	(2)
• garantie d'une activité irréprochable, organisation interne	2	(6)
• dénonciations pénales	3	(2)
• retrait d'autorisation	–	(1)
• divers (entre autre art. 14 LB)	11	(14)

Commes les années précédentes, quelques décisions de la Commission des banques ont fait l'objet de recours de droit administratif au Tribunal fédéral. Compte tenu de la surveillance des fonds de placement, la situation se présente comme suit:

Recours pendants à la fin de 1991	5
Nouveaux recours en 1992	3
Recours tranchés en 1992	3
Recours pendant à la fin de 1992	5

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'article 5 RO-CFB. Par ces recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter dans un laps de temps déterminé un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

En 1992, 90 (83) recommandations ont été émises. A l'exception d'une seule, elles ont toutes été acceptées par les banques. Les recommandations du Secrétariat concernaient les domaines suivants:

◦ Fonds propres	3	(1)
◦ Répartition des risques	12	(11)
◦ Comptes annuels	75	(69)
◦ Organisation	–	(2)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'article 21 OB traité par le Secrétariat a diminué à 178 (201).

7. Banques, sociétés financières et institutions de révision assujetties à la loi

7.1 Etat à fin 1992

• Banques	487	(493)
– en mains étrangères	145	(131)
– succursales de banques étrangères	23	(25)
• Banques Raiffeisen	1158	(1185)

• Fédération Vaudoise des caisses de crédit mutuel	11	(13)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	3	(4)
• Sociétés financières à caractère bancaire, assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB	91	(112)
• Représentations de banques étrangères	71	(78)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	26	(22)
• Institutions de révision agréées pour la révision bancaire	19	(19)

7.2 Autorisations délivrées

Banques organisées selon le droit suisse

- Asahi Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Bank Globo, Pfäffikon; transformation d'une société financière en banque
- Bank Harwanne, Bâle; reprise des activités bancaires de BHB Beteiligungs- und Finanzgesellschaft, Bâle (auparavant «Basler Handelsbank» Beteiligungs- und Finanzgesellschaft)
- Bank of Yokohama (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Daiwa Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Ersparniskasse Schaffhausen, Schaffhouse; reprise des activités bancaires de Stiftung EK Schaffhausen, Schaffhouse (auparavant Ersparniskasse in Schaffhausen)
- Goldman Sachs & Co. Bank, Zurich

- KDB Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une représentation en banque
- Kokusai Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Nippon Credit Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Norinchukin Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Russische Kommerz Bank AG, Zurich; reprise des actifs et passifs de Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moscou, succursale de Zurich
- Sumitomo Bank (Schweiz) AG, Zoug; transformation d'une société financière en banque
- Takugin Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Toyo Trust & Banking (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Von Graffenried AG, Berne; transformation d'une société en banque
- Wako Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque

Représentations

- Banco Cooperativo Espanol, S. A., Madrid, représentation à Genève
- Banco de Fomento e Exterior, Lisbonne; représentation à Genève
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de l'Ain/Saône & Loire, Bourg-en-Bresse; représentation à Genève
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de la Haute-Savoie, Annecy; représentation à Genève
- Credit Suisse Financial Products, Londres; représentation à Zurich

Réception de fonds en dépôt par des banques étrangères auprès d'un intermédiaire en Suisse

- Banco Cooperativo Espanol, S.A., Madrid
- Banco Commercial Português, Porto
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de l'Ain/Saône & Loire, Bourg-en-Bresse
- Caisse Régionale de Crédit Agricole de la Haute-Savoie, Annecy

7.3. Cessation d'activité

Cessation d'activité comme banque

- Bank EvK Ersparniskasse von Konolfingen, Grosshöchstetten; reprise des actifs et passifs par l'Union de Banques Suisses, Zurich
- Bank in Ins, Ins; fusion avec Seeland Bank SB, Bienne
- Bank in Thun, Thoune; reprise par la Banque cantonale de Berne, Berne
- Bank Innova Zürich AG, Zurich; reprise par Banca del Gottardo, Lugano
- Banque de la Glâne et de la Gruyère, Romont; fusion avec Banque de l'Etat de Fribourg, Fribourg
- Caisse de Crédit Mutuel de Bassins-le-Vaud-Genolier, Bassins; fusion avec Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne
- Caisse de Crédit Mutuel de Combremont, Combremont-le-Petit; fusion avec Crédit Mutuel de la Broye, Granges
- Darlehens- und Immobilienbank AG, Lucerne; fusion avec Volksbank Willisau AG, Willisau
- Darlehenskasse der Kirchgemeinde Zimmerwald, Zimmerwald; fusion avec BB Bank Belp, Belp
- EKO Hypothekar und Handelsbank, Olten; reprise des actifs et passifs par le Crédit Suisse, Zurich

- Ersparniskasse Aeschi, Aeschi; fusion avec Spar- und Leihkasse Frutigen, Frutigen
- Ersparniskasse Huttwil, Huttwil; fusion avec Bank in Huttwil, Huttwil
- Ersparniskasse Niedersimmental, Wimmis; fusion avec Amtsersparniskasse Thun, Thoune
- Ersparniskasse Schwanden, Schwanden; fusion avec Ersparniskasse Sernftal, Engi, pour devenir GRB Glarner Regionalbank, Schwanden
- Ersparniskasse des Amtsbezirks Signau, Signau; reprise par Bank in Langnau, Langnau
- Ersparniskasse Ursenbach, Ursenbach; reprise par Ersparniskasse des Amtsbezirks Wangen, Wangen
- Kredit- und Handelsbank Lyss KKL, Lyss; reprise par l'Union de Banques Suisses, Zurich
- Spar- und Kreditkasse Wohlen bei Berne, Wohlen; reprise par Gewerbekasse in Bern, Berne
- Spar- und Leihkasse Niedersimmental, Wimmis; en liquidation
- Sparkasse Diepoldsau-Schmitter, Diepoldsau; reprise par la Banque cantonale de St-Gall, St-Gall
- Sparkasse Limmattal, Zurich; fusion avec Gewerbebank Zürich, Zurich
- Stiftung EK Schaffhausen, Schaffhouse
- Südwestdeutsche Landesbank (Schweiz) AG SüdwestLB, Zürich; fusion avec Westdeutsche Landesbank (Schweiz) AG, Zurich

Cessation d'activité comme succursale ou agence d'une banque étrangère

- Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moscou, succursale de Zurich
- Chemical Bank, New York, succursale de Zurich

Cessation d'activité comme représentant

- Australia and New Zealand Banking Group Limited, Melbourne
- Banco de Crédito Agricola, Madrid
- Banco di Napoli S.p.A., Naples
- First National Bank of Atlanta, Géorgie
- Nedbank Limited, Johannesburg
- The Chuo Trust and Banking Co., Ltd., Tokyo
- The First National Bank of Chicago, Chicago
- The Korea Development Bank, Séoul
- The Mitsubishi Trust and Banking Corporation, Tokyo
- Wachovia Bank & Trust Company N.A., Winston-Salem
- Yapi ve Kredi Bankasi A.S., Istanbul

Cessation de la réception de fonds en dépôt par des banques étrangères auprès d'un intermédiaire en Suisse

- Banco de Crédito Agricola, Madrid

Cessation de l'activité comme société financière à caractère bancaire

- Asahi Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Attel & Cie. S.A., Lugano
- Barclays Finanz AG, Zurich; fusion avec Barclays Bank (Suisse) SA, Genève
- BHB Beteiligungs- und Finanzgesellschaft, Bâle
- Chemical New York – Capital Market Corporation Geneva SA, Genève
- Chuo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Daiwa Finanz AG, Zurich
- Fintrelex SA, Trélex

- Fuji Investment Management AG, Zurich
- Globo Investkredit AG, Pfäffikon
- Great Pacific Capital SA, Genève
- Kokusai (Schweiz) AG, Zurich
- Nippon Credit (Schweiz) AG, Zurich
- Norinchukin Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Ryoko Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Saudi Finance Corporation SAUDIFIN S.A., Genève (en faillite)
- SITA Investement AG, Weinfelden
- Sumitomo International Finance AG, Zoug
- Takugin Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Toyo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Wako (Schweiz) Finanz AG, Zurich
- Yokohama Finanz AG, Zurich

V. Surveillance des fonds de placement

1. Révision de la loi sur les fonds de placement

Le chef du Département fédéral des finances a chargé en juin 1990 une commission d'experts sous la présidence du Professeur Peter Forstmoser de préparer une nouvelle loi sur les fonds de placement. L'avant-projet du groupe d'experts a été présenté en décembre 1991. Il a été soumis de mars à juin 1992 en consultation auprès des cantons, des partis et des organisations intéressées. Le rapport sur les résultats de la consultation a été publié en juillet 1992. Après une consultation au sein de l'administration, le Conseil fédéral a remis au parlement le 14 décembre 1992 le projet de loi et le message concernant la nouvelle loi fédérale sur les fonds de placement.

Le projet de loi est conçu comme une loi-cadre et il ne contient que les principes importants. En ce qui concerne les dispositions de détail, le Conseil fédéral reçoit la compétence étendue d'édicter une ordonnance alors que la Commission des banques, comme autorité de surveillance, aura cette compétence limitée à des points spécifiques (prescriptions techniques sur les placements). Ainsi, le projet de loi se concentre sur les dispositions essentielles et il vise comme but unique la protection de l'investisseur. Sa position est renforcée par l'extension de ses droits comme partie dans les procédures administratives ainsi que par une amélioration de ses possibilités d'obtenir des renseignements et des informations.

Le champ d'application de la loi sur les fonds de placement n'est pas modifié dans ce sens que comme jusqu'ici seuls les placements collectifs sous la forme contractuelle, mais non sous la forme de la société, sont soumis à la loi. Par conséquent, les sociétés d'investissement à capital variable, qui sont très prisées à l'étranger, n'ont pas été réglées. L'extension du champ d'application de la loi à cette forme aurait d'une part exigé une adaptation du droit des sociétés, ce qui aurait beaucoup retardé la procédure de révision de la LFP, et d'autre part cette extension n'aurait eu des chances de succès que si elle avait été accompagnée d'allégements fiscaux dans des domaines très larges. Une nouvelle réglementation légale des portefeuilles collectifs internes des banques est prévue. Des portefeuilles collectifs internes gérés par des établissements qui ne sont pas des banques devront être liquidés. En outre, les fonds de placement étrangers, qui

étaient régis par une ordonnance spéciale, seront réglés à l'avenir directement dans la loi.

L'adaptation de la loi suisse à la directive communautaire no 85/611 CEE portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains organismes de placement collectif en valeurs mobilières (OPCVM) rend nécessaire en particulier la création d'une catégorie de fonds de placement en valeurs mobilières compatible avec le droit de la CE, la séparation de la direction et de la banque dépositaire ainsi qu'un renforcement des prescriptions concernant l'information et les publications. Avec l'adaptation de la loi suisse à la directive mentionnée ci-dessus, qui fait partie de «l'acquis communautaire», on obtient que la loi révisée, malgré le refus de la Suisse de participer à l'Accord sur l'Espace Economique Européen (EEE), remplisse les exigences dans ce domaine.

Pour le rétablissement de la capacité de concurrence de la place financière suisse et l'amélioration de son attractivité sur le plan européen et international, les possibilités de placement des fonds doivent être considérablement étendues. Ainsi, les directions des fonds pourront aussi investir dans des placements qui comportent un risque particulier, en raison d'un accès limité au marché, de fortes variations de cours, d'une répartition des risques insuffisante ou de difficultés d'évaluation. Cela est spécialement le cas pour les métaux précieux, les commodities, les options et les contrats à terme. A l'avenir, il sera aussi possible d'investir dans des fonds à compartiments multiples. Les directions pourront faire usage des techniques modernes de placement et utiliser des instruments financiers dérivés.

Il est aussi prévu des fonds hypothécaires, qui auront une durée maximum de 10 ans et pour lesquels le droit de dénonciation en tout temps est supprimé. La durée des fonds est prolongée automatiquement de la même période sauf si les parts sont dénoncées une année avant l'échéance.

Enfin, le projet de loi règle la collaboration de la Commission des banques avec les autorités de surveillance étrangères.

La Commission des banques avait déjà il y a quelques années relevé la nécessité de réviser la loi sur les fonds de placement (cf. Rapport de gestion 1990 p. 195 s.). Le projet présenté pour une révi-

sion de la LFP tient très largement compte de ces postulats. L'autorité de surveillance approuve et soutient donc les efforts du Conseil fédéral de ne pas seulement adapter la législation sur les fonds de placement au droit de la CE mais aussi de la soumettre à une révision totale. Elle est persuadée que le projet de loi contribuera au rétablissement d'une place financière suisse attractive et concurrentielle. Mais après le refus par le peuple et les cantons de l'Accord sur l'EEE en décembre 1992, l'industrie suisse des fonds de placement ne pourra pas profiter de la libre distribution des parts des fonds de placement suisses dans les pays de l'EEE. Il se pose donc à nouveau la question de la reconnaissance réciproque des dispositions suisses et des dispositions de la CE, respectivement des pays membres de la CE (cf. Rapport de gestion 1986 p. 148 et Rapport de gestion 1988 p. 196). Le déplacement des fonds suisses hors du pays, qui a pris ces dernières années des proportions de plus en plus grandes, montre nettement à quel point une amélioration des conditions cadres est nécessaire pour les fonds de placement suisses.

Bien que la Commission des banques soutienne sans réserve la révision totale de la loi sur les fonds de placement proposée par le Conseil fédéral, elle est pourtant d'avis que sous l'angle de la surveillance, l'introduction des fonds hypothécaires soulève certaines questions. Il n'est pas contesté que du point de vue économique et avant tout politique, il est désirable de stabiliser les taux de l'intérêt hypothécaire compte tenu de l'endettement très élevé dans ce domaine et des problèmes que cela implique. Mais il ne s'agit pas avec les opérations hypothécaires d'une activité de placement, mais d'une activité de crédit, c'est-à-dire d'une activité bancaire. Chaque demande de crédit devrait être étudiée par des spécialistes, ce qui demande de la direction du fonds des exigences tout à fait différentes sur le plan personnel et sur le plan technique (solvabilité du débiteur, problèmes d'évaluation). La question n'est pas non plus éclaircie de savoir si et à quelles conditions la banque dépositaire ou d'autres banques peuvent être autorisées à céder aux fonds leurs propres hypothèques (devoir de loyauté). On peut aussi se demander si le débiteur hypothécaire au terme de la durée du fonds, alors que la situation des taux d'intérêt sera peut-être toute différente, pourra trouver un nouveau créancier, respectivement de nouveaux investisseurs afin que le remboursement des parts aux investisseurs du fonds puisse être réalisé

et si pour des placements illiquides et non fongibles de cette sorte, une cotation à la bourse ou un marché organisé sera possible. Enfin, le fonds hypothécaire n'est pas un fonds de placement au sens de la loi car il lui manque, à cause de la suppression du droit de rachat en tout temps, un élément constitutif du fonds de placement.

2. Pratique de l'autorité de surveillance

2.1 Fonds de placement immobiliers

2.1.1 Estimation de la valeur vénale des immeubles

Déjà lors de l'introduction de la loi fédérale sur les fonds de placement, la question de l'estimation des immeubles a provoqué de nombreuses discussions et prises de positions. La difficulté d'exiger de la part des sociétés de direction de fonds des évaluations correctes figure plusieurs fois dans les Rapports de gestion de la Commission des banques durant ces dernières années. En 1990 et 1991 une situation particulière est apparue à la suite des difficultés conjoncturelles consécutives aux taux d'intérêt élevés incitant les investisseurs à déplacer leurs investissements vers d'autres placements offrant des rendements meilleurs. Des rachats massifs de parts ont dû être effectués par de nombreuses directions de fonds. Ils ont totalisé frs 2,7 milliards pour ces deux années (cf. Rapport de gestion 1991 p. 268). Afin de financer ces rachats, une importante quantité d'immeubles a été vendue. Cela a permis à la Commission des banques d'examiner pour la première fois, sur une large échelle, au printemps 1992, la corrélation entre le prix de vente d'une part et la valeur vénale retenue par les directions dans leurs derniers comptes annuels, d'autre part, et d'examiner si les marges usuelles en matière d'évaluation correspondaient à la réalité.

Durant la période observée, 357 immeubles ont été vendus au total pour un montant de frs 2,1 milliards, à savoir:

- 1990: 150 immeubles pour un montant total de frs 725 millions
- 1991: 207 immeubles pour un montant total de frs 1,4 milliard.

338 immeubles sur 357 ou 95% ont été réalisés à un prix supérieur à la dernière estimation. L'écart moyen entre le prix de vente et la dernière évaluation annuelle était de 10,1%. Seules 19 ventes ont été effectuées à des prix légèrement inférieurs aux dernières estimations. La moins-value globale est de 3,2% où, en chiffres absolus, de frs 5,4 millions sur une valeur globale de la dernière estimation des immeubles concernés de frs 169,3 millions. Ces résultats montrent que les ventes effectuées, en moyenne, l'ont été à des prix très proches de la dernière estimation et que les marges usuelles en matière d'évaluation des immeubles n'ont, en conséquence, pas été dépassées.

Les taux de capitalisation, pour la totalité des ventes réalisées en 1990 et 1991, se situaient entre 4,15% et 8,46%. Seuls 7 immeubles avaient des taux de capitalisation de 5% ou moins et seuls 5 immeubles avaient des taux de capitalisation de 8,0% ou plus. La grande majorité des ventes, à savoir 271 sur le total de 357, ont été effectuées à des taux allant de 5,51% à 7,0%. La répartition géographique est bien équilibrée à l'exception du Tessin où un seul immeuble a été vendu pour frs 10,1 millions. La Suisse romande a enregistré la vente de 68 immeubles et la Suisse alémanique la vente de 288 immeubles.

Dans son rapport de gestion 1991, la Commission des banques relevait qu'elle avait dû, dans un cas extrême, prendre la décision de faire examiner les valeurs vénales de certains immeubles d'un fonds de placement immobilier par deux experts neutres, nommés par elle (cf. Rapport de gestion 1991 p. 266). Les experts ont déposé leurs rapports au printemps 1992. Il ressortait de ces documents que la direction du fonds en question avait sous-évalué les immeubles d'un tiers environ, au 31 décembre 1990. Une telle différence dépassait manifestement la marge normale d'appréciation. Les conclusions des experts confirmaient les indices relevés par la Commission des banques selon lesquels le parc immobilier du fonds en question était sous-évalué. Elles confirmaient en outre également le fait que ces immeubles étaient sous-évalués depuis de nombreuses années. L'enquête précitée effectuée par la Commission des banques au printemps 1992 confirmait, elle aussi, que le fonds en question était fortement sous-évalué. Compte tenu des difficultés conjoncturelles

précitées, il est possible que la valeur vénale effective des immeubles concernés se soit rapprochée de la réalité. Aussi la Commission des banques a-t-elle pris la décision de forcer la direction, sous menace de retrait d'autorisation, de substituer les experts permanents actuels par des experts qui devront être agréés par elle et de faire réévaluer la totalité du parc immobilier par les nouveaux experts. Il s'agit en l'occurrence d'une mesure essentiellement tournée vers le futur.

Dans un autre cas, d'importants indices de sous-évaluation ont amené la Commission des banques à faire examiner les valeurs vénales d'un échantillon représentatif d'immeubles d'un fonds de placement immobilier par deux experts neutres, l'un proposé par la direction du fonds et agréé par la Commission des banques, l'autre nommé directement par la Commission des banques. Ces experts devraient déposer leurs rapports au printemps 1993.

2.1.2 **Demande en vue de mesures administratives**

Depuis plusieurs années, un investisseur bâlois revient toujours auprès de l'autorité de surveillance avec des requêtes au sujet du fonds immobilier «Interswiss». Il se plaint en particulier que les immeubles du fonds n'ont pas été évalués d'une façon conforme à la loi et que la direction a acquis d'une façon inadmissible des obligations à faible taux d'intérêt. A la suite de la hausse des taux d'intérêt et de la vague de rachat qu'elle a provoquée, ces obligations auraient dû être vendues avec des grosses pertes de cours pour créer des liquidités.

La Commission des banques a ouvert une procédure et elle est arrivée à la conclusion que les reproches n'étaient pas fondés. Après que le Tribunal fédéral ait annulé ces décisions pour refus du droit d'être entendu (Rapport de gestion 1990 p. 199 s.), le même investisseur a présenté une nouvelle requête qui était aussi dirigée contre le fonds immobilier «Swissimmobil nouvelle série». Après un nouvel examen de l'affaire, la Commission des banques a rejeté toutes les demandes par décision du 27 août 1992.

Le recours de droit administratif formé contre cette décision est actuellement pendant devant le Tribunal fédéral.

2.1.3 **Europrogramme**

Durant l'année sous revue, le liquidateur des fonds a versé un acompte de frs 19.– pour le fonds Europrogramme International Série 1969 en liq. et de frs 50.– pour le fonds Europrogramme en liq. Pour ce qui est du fonds Europrogramme, il n'y aura plus de versement aux porteurs de parts jusqu'à conclusion de la liquidation. En ce qui concerne le fonds Europrogramme International Série 1969 en liq., l'acheteur du parc immobilier du fonds doit encore payer la quatrième et dernière tranche correspondant au 20% du prix total.

Le 10 juillet 1992, le Tribunal fédéral a rejeté les recours qui avaient été interjetés contre la décision de la Commission des banques de retrait de l'autorisation à IFI Interfininvest SA et de nomination de Fiducia Bankenrevision AG en tant que gérante.

2.1.4 **Fonds immobilier UTO**

La banque dépositaire a provoqué la liquidation du fonds immobilier UTO en dénonçant le 31 décembre 1990 le contrat de placement collectif. Par la suite, la Commission des banques a retiré l'autorisation à la direction pour violation grave de ses obligations légales lors de l'émission de nouvelles parts. La VISURA Treuhandgesellschaft, Zurich, a été nommée comme gérante afin d'assurer une liquidation du fonds conforme à la loi (Rapport de gestion 1990 p. 198 s.). La direction a déposé un recours de droit administratif au Tribunal fédéral.

Après que le gérant ait réussi en juillet 1992 à régler toutes les prétentions du fonds dans un arrangement avec la recourante et ses organes, la direction a demandé au Tribunal fédéral de considérer le recours comme étant devenu sans objet et de le rayer du rôle.

Après examen des prestations prévues dans l'arrangement et des paiements déjà effectués au fonds par la recourante, la Commission des banques s'est ralliée à cette demande. Le Tribunal fédéral a alors clos la procédure à la suite du retrait du recours.

2.2 Fonds mobiliers

2.2.1 *Circulaire no 20 sur le prêt de titres*

Dans les pays anglo-saxons, le prêt de titres est un phénomène connu de longue date. Actuellement, il prend de plus en plus d'importance sur le continent européen. Servant à l'origine à résoudre les problèmes de livraison rencontrés par les commerçants de titres menacés de mise en demeure dans le cadre de leurs ventes de titres, le prêt de titres est aujourd'hui utilisé pour des stratégies commerciales et d'arbitrage diverses, par exemple pour livrer des titres pour des positions à découvert.

Cette technique de placement, intéressante également pour les fonds de placement, permet aux directions d'obtenir, pour le compte des investisseurs, des revenus supplémentaires en «prêtant», contre le paiement d'une commission, les titres des portefeuilles des fonds qu'elles gèrent.

Bien que juridiquement la propriété des titres passe à l'emprunteur, le prêteur – en l'occurrence la direction du fonds en tant que propriétaire à titre fiduciaire des actifs du fonds – est économiquement dans la même situation que s'il était resté propriétaire puisqu'il reçoit de l'emprunteur, pendant la durée du prêt, les dividendes, intérêts et autres revenus. En principe, seuls les droits de vote passent à l'emprunteur.

Cette technique ne présente aucun risque de fluctuation de cours, mais un risque ducroire. En effet, le danger existe que le cocontractant ne soit pas en mesure, après la dénonciation du prêt, de remplir son devoir de restitution des titres en genre, en quantité et en qualité identiques. Afin de réduire au maximum ce risque ducroire, des exigences élevées sont fixées quant à la couverture et à la responsabilité de la banque dépositaire.

Le prêt de titres n'est pas prévu par la loi sur les fonds de placement en vigueur actuellement. Cela étant et après qu'elle en ait admis le principe, la Commission des banques a émis la nouvelle circulaire no 20, entrée en vigueur le 1er octobre 1992, qui décrit les conditions requises pour la pratique du prêt de titres. Cette technique requiert une base expresse dans le règlement du fonds.

2.2.2 **Dématérialisation des parts de fonds de placement**

La loi fédérale sur les fonds de placement impose en son article 6 que les avoirs d'un fonds de placement ne soient placés qu'en papiers-valeurs, exception faite des immeubles et des liquidités. L'article 6 alinéa 3 LFP prescrit en outre que le Conseil fédéral peut autoriser certains placements qui ne sont pas incorporés dans des papiers-valeurs, s'ils se prêtent au placement dans des conditions analogues à des papiers-valeurs. C'est sur cette base qu'un important pas supplémentaire vers la dématérialisation des papiers-valeurs a été franchi par l'ordonnance du 6 novembre 1985, laquelle permet l'acquisition de participations ou créances fongibles qui ne sont pas incorporées dans un papier-valeur, mais sont négociées sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés.

Quant au projet de modification de la loi sur les fonds de placement, il tient compte de la tendance moderne qui va vers la dématérialisation des papiers-valeurs et prévoit d'une part la possibilité d'effectuer des placements en papiers-valeurs non matérialisés et, d'autre part, il autorise les directions de fonds de placement à ne matérialiser les certificats incorporant les droits des porteurs que sur demande, ce qu'interdit actuellement expressément l'article 20 alinéa 2 LFP.

Durant l'année 1992, un requérant désirant représenter en Suisse un fonds de placement français a été confronté au problème des exigences françaises selon lesquelles les certificats incorporant les droits des porteurs ne sont plus matérialisés dans des papiers-valeurs, d'une part, et, d'autre part, au problème des exigences helvétiques susmentionnées. Afin de respecter les dispositions françaises et helvétiques, la banque qui souhaitait commercialiser ce fonds en Suisse a proposé que les actions de la Société d'investissement à capital variable (Sicav) vendues sur le marché suisse ne soient matérialisées, avec impression différée, que sur demande de l'investisseur, disposition expressément autorisée par la législation française. Les conditions imposées par l'article 20 alinéa 2 LFP et reprises par l'article 4 alinéa 1 lettre h OFP étr étaient ainsi remplies.

2.2.3 **Investment Manager suisse pour fonds étrangers**

Au cours des dernières années, la Commission des banques a eu maintes fois l'occasion de discuter de la question du rôle qu'entendaient jouer des banques suisses dans le cadre de fonds de placement étrangers. Selon la pratique la plus récente (cf. Rapport de gestion 1990 p. 200 s.), une banque suisse pouvait, vu le caractère auxiliaire de la fonction de conseiller, être mandatée en tant que «Investment Advisor» sans que le fonds en question soit considéré comme ayant son siège effectif en Suisse.

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a modifié quelque peu sa position en autorisant une entité suisse à fonctionner, sur base contractuelle, comme «Investment Manager» d'un fonds de placement américain sans que cela entraîne pour ledit fonds un assujettissement à la loi fédérale sur les fonds de placement. La Commission des banques a néanmoins posé une condition selon laquelle la direction américaine du fonds, qui demeure pleinement responsable vis-à-vis des porteurs de parts, doit être informée journellement des décisions de gestion prises par cette entité suisse afin de pouvoir, en cas de désaccord, exercer immédiatement un droit de veto ou prendre une décision contraire.

2.2.4 **Admissibilité de commissions de gérance liées à la performance**

Durant l'année sous revue, une demande d'autorisation a été soumise à la Commission des banques pour un fonds de placement étranger dont le règlement prévoit entre autre une commission de gérance liée à la performance. L'ordonnance sur les fonds de placement étrangers précise seulement à ce sujet que le règlement du fonds doit indiquer la nature, le montant et le calcul de tous les frais et commissions qui peuvent être débités au fonds ou au porteur (art. 4 al. 2 let. e OFP étr). L'ordonnance ne se prononce pas sur les formes de bonification qui sont admises. En revanche, l'ordonnance sur les fonds de placement suisses prescrit qu'une disposition prévoyant qu'une partie des gains réalisés par le fonds de placement reviendrait à la direction ou à la banque dépositaire n'est pas licite (art. 13 al. 3 OFP).

Dans ce contexte, la Commission des banques avait à décider si, vu le manque d'une disposition à ce sujet dans l'ordonnance sur les fonds de placement étrangers, la perception d'une commission de gérance liée à la performance pouvait être autorisée ou si, sur la base du droit applicable aux fonds de placement suisses, cette sorte de calcul de la commission de gérance devait être interdite. La Commission des banques a décidé que les fonds de placement étrangers peuvent percevoir une commission de gérance liée à la performance pour autant que son calcul s'effectue d'après un indice représentatif (Bench-Mark). Si la performance est inférieure à l'évolution de l'indice de référence, cette moins-value de la performance doit d'abord être rattrapée avant que le fonds puisse de nouveau être débité d'une commission de gérance. Il n'est donc pas possible de recommencer chaque année à zéro. En outre, une commission de gérance liée à la performance peut être combinée avec une commission fixe.

2.2.5 **Amortissement des actions minières**

L'ordonnance sur les fonds de placement admet, en tant qu'exception, en son article 18 alinéa 3 lettre c, l'amortissement des actions de sociétés minières. Jusqu'à présent, la plupart des directions de fonds de placement principalement investis en actions minières ont régulièrement effectué des amortissements, spécialement pour les mines dont la durée d'exploitation était inférieure à 15 ans.

Etant donné qu'une mine ne forme que rarement une entité économique à elle seule, que les mines sont de plus en plus intégrées dans des conglomérats fortement diversifiés qui exploitent, achètent et vendent des mines, que les durées restantes d'exploitation sont difficilement évaluables et varient en fonction des prix du marché des différents métaux et des gisements nouvellement découverts et que, finalement le prix des actions tient déjà compte de tous ces paramètres, la nécessité économique d'amortir ces placements a disparu. Aussi, dans le but d'unifier la pratique relative aux amortissements des actions minières de toutes les directions de fonds de placement et compte tenu de la liberté précitée laissée par le législateur, la Commission des banques a-t-elle décidé en automne 1992 que les directions qui le souhaitaient pouvaient procéder à des amortissements

sur actions minières, mais n'avaient pas l'obligation d'en effectuer, comme la pratique actuelle le demandait.

La dissolution des amortissements accumulés effectués jusqu'à présent ne peut être réalisée qu'en cas de vente d'actions minières pour lesquelles des amortissements ont été effectués. Il faut alors réduire proportionnellement les amortissements accumulés et les inclure dans le produit de la vente des titres concernés.

3. Affaires traitées

Durant l'année 1992, 80 affaires (83) ont été traitées par la Commission des banques. Les recours de droit administratif reçus par le Tribunal fédéral sont encore pendants, à l'exception des recours interjetés en 1990 dans l'affaire Europrogramme et qui ont été rejetés en 1992. Un recours a été retiré.

4. Développement des fonds de placement en 1992

	nombre au 31. 12.		Fortune de fonds au 31. 12. en mio frs		Emissions ./. rachats au 31. 12. en mio frs	
	1992	1991	1992	1991	1992	1991
Fonds de placement suisses						
Fonds mobiliers	197	194	28 643	27 123	735	– 511
Fonds immobiliers	32	32	6 978	7 049	– 187	– 1 047
Total	229	226	35 621	34 172	548	– 1 558
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	442	352			26 742	21 431

Les bulletins mensuels de la Banque Nationale Suisse contiennent d'autres données statistiques (tableaux D 15_1 et D 15_2).

Durant l'année sous revue, 11 (5) nouveaux fonds mobiliers suisses ont été créés:

- CB WORLDWIDE EQUITY FUND
- DH MAJOR MARKETS FUND
- MLBS Balanced Fund A
- MLBS Balanced Fund B
- MLBS Fixed Income Fund A
- MLBS Fixed Income Fund B
- SWISSCA SMALL CAPS
- UBZ Gold Fund
- UBZ Nippon Convert
- UBZ World Income Fund
- Vontobel Swiss Small Companies

6 (3) fonds sont actuellement en liquidation.

Malgré la création de ces 11 nouveaux fonds helvétiques, leur nombre total n'a augmenté que de 3, passant de 226 à fin 1991 à 229 à fin 1992.

Les fonds étrangers ont à nouveau connu une très forte augmentation. Ils ont passé de 352 en 1991 à 442 en 1992. Sur les 90 fonds nouveaux, 75 ont leur domicile au Luxembourg.

A la fin de l'année 1992, la statistique par pays était la suivante:

• Pays sans surveillance équivalente à celle exercée en Suisse (Antilles néerlandaises, Bahamas, Bermudes, Grand Cayman, Guernsey, Jersey, Liechtenstein, Panama)	39	(39)
• Luxembourg	349	(274)
• Allemagne	30	(23)
• Italie	9	(8)
• Irlande	5	(1)
• Pays-Bas	5	(3)
• Etats-Unis	3	(3)
• Autriche	1	(1)
• France	1	(0)

VI. Surveillance des lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission des lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de révision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les révisions opérées en 1992 n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

VII. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Monsieur Silvio de Capitani, docteur en droit, jusqu'ici membre de la Commission, a été nommé Président de la Commission des banques.

Monsieur le Professeur Bruno Gehrig et Monsieur Flavio Pedrazzoli ont été nommés nouveaux membres de la Commission.

2. Secrétariat

L'effectif du Secrétariat s'est maintenu au niveau atteint l'année précédente, soit 41,5 postes de travail. Il a ainsi été possible de remplir les tâches prioritaires, malgré la forte augmentation du volume de travail. Cependant, plusieurs projets ont été ajournés.

Il faut relever avec satisfaction qu'un seul collaborateur a quitté le Secrétariat.

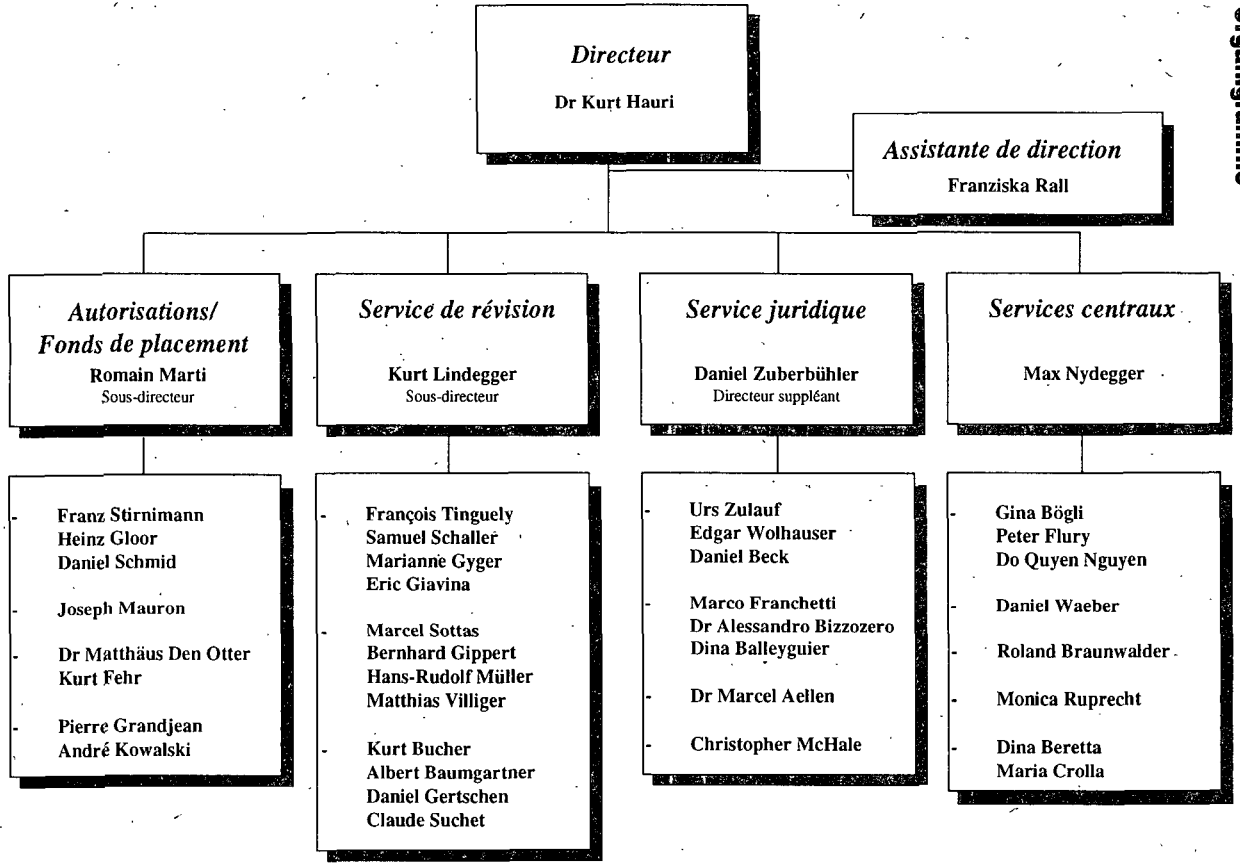
3. Comptes annuels

	Dépenses		Recettes	
	1992 frs	1991 frs	1992 frs	1991 frs
Autorités et Secrétariat[1]	5 601 470	4 619 569		
Frais généraux[2]	4 954 894	4 147 608		
Emoluments de surveillance[1]				
– Banques			6 675 096	5 423 416
– Fonds de placement			1 459 700	478 000
Emoluments d'arrêtés et d'écritures[1]			1 042 894	1 065 971
Report des années précédentes	2 155 871	356 081		
Insuffisance de couverture[3]			3 534 545	2 155 871
	12 712 235	9 123 258	12 712 235	9 123 258

[1] Selon le compte d'Etat

[2] Locaux, énergie, mobilier, informatique, imprimés, ports, téléphone, sécurité, etc.

[3] Selon l'article 1 alinéa 3 de l'ordonnance instituant des émoluments pour la surveillance des banques et des fonds de placement du 4 décembre 1978 (RS 611.014), les frais encourus l'année écoulée sont déterminants pour le calcul de l'émolument de surveillance. L'insuffisance de couverture est reportée, en conséquence, sur l'exercice 1992, respectivement 1993.


Directeur
Dr Kurt Hauri
Assistante de direction
Franziska Rall
Autorisations/ Fonds de placement
Romain Marti
Sous-directeur
Service de révision
Kurt Lindegger
Sous-directeur
Service juridique
Daniel Zuberbühler
Directeur suppléant
Services centraux
Max Nydegger
- Franz Stirnimann
Heinz Gloor
Daniel Schmid
- Joseph Mauron
- Dr Matthäus Den Otter
Kurt Fehr
- Pierre Grandjean
André Kowalski
- François Tinguely
Samuel Schaller
Marianne Gyger
Eric Giavina
- Marcel Sottas
Bernhard Gippert
Hans-Rudolf Müller
Matthias Villiger
- Kurt Bucher
Albert Baumgartner
Daniel Gertschen
Claude Suchet
- Urs Zulauf
Edgar Wolhauser
Daniel Beck
- Marco Franchetti
Dr Alessandro Bizzozero
Dina Balleyguier
- Dr Marcel Aellen
- Christopher McHale
- Gina Bögli
Peter Flury
Do Quyen Nguyen
- Daniel Waeber
- Roland Braunwalder
- Monica Ruprecht
- Dina Beretta
Maria Crolla

EBK CFB